

Volkswirtschaftliche Schriften

Heft 541

Weiche Standortfaktoren

Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung

**Interdisziplinäre Beiträge
zur regionalen Wirtschaftsforschung**

Herausgegeben von

**Friedrich Thießen, Oleg Cernavin, Martin Führ
und Martin Kaltenbach**



Duncker & Humblot · Berlin

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-51762-6>

Generated for Hochschule für angewandtes Management GmbH at 88.198.162.162 on 2025-12-20 22:35:45

FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

F. Thießen / O. Cernavin / M. Führ / M. Kaltenbach (Hrsg.)

Weiche Standortfaktoren

Volkswirtschaftliche Schriften

Begründet von Prof. Dr. Dr. h. c. J. Broermann †

Heft 541

Weiche Standortfaktoren

Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung

Interdisziplinäre Beiträge
zur regionalen Wirtschaftsforschung

Herausgegeben von

Friedrich Thießen, Oleg Cernavin, Martin Führ
und Martin Kaltenbach



Duncker & Humblot · Berlin

DOI <https://doi.org/10.3790/978-3-428-51762-6>

Generated for Hochschule für angewandtes Management GmbH at 88.198.162.162 on 2025-12-20 22:35:45

FOR PRIVATE USE ONLY | AUSSCHLIESSLICH ZUM PRIVATEN GEBRAUCH

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin
Printed in Germany

ISSN 0505-9372
ISBN 3-428-11762-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Der vorliegende Band ist Ergebnis einer Konferenz, die von interessierten Kommunen angeregt worden war und durch das Rhein-Main-Institut für regionale Wirtschaftsforschung ausgerichtet wurde.

Die Kommunen sehen sich in einer globalisierten Welt einem härter gewordenen Wettbewerb um ansiedlungswillige Unternehmen ausgesetzt. Sie fragen sich, was den Unternehmen geboten werden muss, um sie für einen bestimmten Ort zu interessieren. Moderne Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind weit weniger als früher auf bestimmte Standorte angewiesen. Sie haben die Möglichkeit, freier zu entscheiden, wo sie ihre Leistungen erbringen wollen. Für eine Reihe von Kommunen ist die Lage mittlerweile prekär. Sie beherbergen Unternehmen, die seit alters her ansässig sind, deren Standortentscheidungen also lange zurückliegen. Bei geänderten Rahmenbedingungen können sich die Kommunen nicht sicher sein, dass die Unternehmen an ihren alten Standorten noch optimale Bedingungen vorfinden. Betriebserweiterungen werden andernorts vorgenommen und im schlimmsten Fall wird der Standort ganz aufgegeben.

Aus Sicht der Kommunen gilt es, den Faktoren nachzuspüren, die das Interesse der Unternehmen an einem Standort determinieren. Dabei sind die so genannten weichen Standortfaktoren in den letzten Jahren in das Blickfeld gerückt. Viele Kommunen haben Projekte gestartet, die weichen Faktoren ihrer Gebiete zu verbessern. Das spektakulärste ist das Projekt der Stadt Leipzig, die eine 400 km² große Seenlandschaft errichtet (ausführlich in diesem Band). Aber wie wirkungsvoll sind Projekte zur Verbesserung der weichen Faktoren wirklich? Welche neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse und Erfahrungen gibt es?

Der vorliegende Band enthält eine Auswahl an aktuellen Beiträgen aus Wissenschaft und kommunaler Praxis zum Thema weiche Standortfaktoren. Es ist den Autoren bewusst, dass in keiner Weise eine vollständige Abdeckung des Themas erreicht wurde oder überhaupt erreichbar ist.

Darmstadt im Oktober 2004

*F. Thießen, O. Cernavin,
M. Führ, M. Kaltenbach,*

Inhaltsverzeichnis

Friedrich Thießen

Zum Geleit: Weiche Standortfaktoren – die fünf Sichtweisen 9

A. Theoretische und empirische Grundlagen

Busso Grabow

Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick 37

Dietrich Fürst und Stephan Löb

Kulturlandschaften – wachsende Bedeutung für regionalpolitische Strategien? 53

Kevin Stolarick

The „Soft“ Factors of Regional Growth: Technology, Talent and Tolerance 73

B. Probleme und Projekte ausgewählter Regionen

Fritz Schramma

Grünvernetzung zwischen Stadt und Umland: das RegioGrün der Region
Rheinland 103

Holger Tschense

Vom Bergbau zur Seenplatte: Europas größter Landschaftswandel 119

Peter Benz

Deutsche Mittelstädte zwischen High Tech und Lebensqualität:
Das Beispiel Darmstadt 127

C. Das Rhein-Main-Gebiet

Lorenz Rautenstrauch

Der Regionalpark Rhein-Main: Stand und Perspektiven: 133

Jürgen Schultheis

- Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und die Bedeutung der weichen Standortfaktoren am Beispiel des Grüngürtel-Konzepts 141

Thomas Sieverts

- Anmerkungen zur Planungsperspektive für den Lebensraum Rhein-Main 165

Klaus Werk

- Anforderungen zur Freiraumsicherung in Rhein-Main im Sinne einer Regionalentwicklung der Zukunft 171

- Autorenverzeichnis 179

Zum Geleit: Weiche Standortfaktoren – die fünf Sichtweisen

Von Friedrich Thießen

I. Einleitung

Vor einiger Zeit machten zwei amerikanische Wissenschaftler eine merkwürdige Entdeckung: Aktienkurse steigen schneller, wenn morgens früh die Sonne scheint. Sie setzten ein Forschungsprojekt auf, in das schließlich 26 Länder einbezogen wurden und veröffentlichten ihre Ergebnisse im renommierten Journal of Finance (vgl. Hirshleifer, Shumway 2003: 1009ff.). Die Autoren schlussfolgerten: „weiche“ Faktoren beeinflussen „harte“ wirtschaftliche Entscheidungen. Oder anders formuliert: Wirtschaftliches Handeln ist ganzheitliches Handeln; es lässt sich nicht auf ein kalkuliertes, von wenigen ökonomischen Faktoren beeinflusstes Agieren reduzieren.

In der Regionalpolitik spielen „weiche“ Faktoren eine bedeutende Rolle. Es wird zwischen harten ökonomischen und weichen außerökonomischen Faktoren der Standortqualität unterschieden. Wer die Internetsuchmaschine Google nach weichen Standortfaktoren suchen lässt, erhält die enorme Anzahl von 2.300 Rückmeldungen.¹ Diese beziehen sich ganz grob zu etwa gleichen Teilen auf wissenschaftliche Abhandlungen einerseits und Städte und Regionen andererseits, die mit den weichen Faktoren ihrer Gebiete für sich werben. Den weichen Faktoren wird eine Katalysatorfunktion für die Regionalentwicklung nachgesagt.

Aber *wie* relevant sind die weichen Faktoren wirklich? In welchem Ausmaß werden Investoren tatsächlich durch weiche Faktoren beeinflusst? Führen weiche Faktoren einer Region – im guten Fall – zu Wachstum und Ansiedlung neuer Unternehmen und – im negativen Fall – zu Schrumpfung, Arbeitslosigkeit

¹ „Harte Standortfaktoren“ werden etwa 1.060 mal gefunden (August 2003).

und einer Gefährdung getätigter Investitionen? Erfahrungen mit dem Niedergang im nördlichen Ruhrgebiet relativ zum südlichen oder dem Aufstieg Münchens relativ zu anderen Metropolregionen deuten an, dass weiche Faktoren wahrscheinlich eine wichtige Rolle für die Prosperität von Regionen spielen.

Der folgende Beitrag beleuchtet neue Erkenntnisse über die Bedeutung weicher Standortfaktoren. Er beruht auf den Ergebnissen einer Konferenz „Weiche Standortfaktoren“, die im Sommer 2003 in Darmstadt stattfand. Auf dieser Konferenz wurde deutlich, dass es derzeit fünf Sichtweisen gibt, aus denen die weichen Standortfaktoren betrachtet werden. Je nach Sichtweise kommt man zu unterschiedlichen Ergebnissen über die Relevanz weicher Faktoren. Die fünf Sichtweisen sind:

- Der traditionelle Ansatz (Sichtweise I)
- Die „Zünglein an der Waage“-These (Sichtweise II)
- Weiche Faktoren in der Dienstleistungsgesellschaft (Sichtweise III)
- Weiche Faktoren im Konzept der Stadtbilder (Sichtweise IV)
- Weiche Faktoren in der Ökonomie der Gegenwart (Sichtweise V)

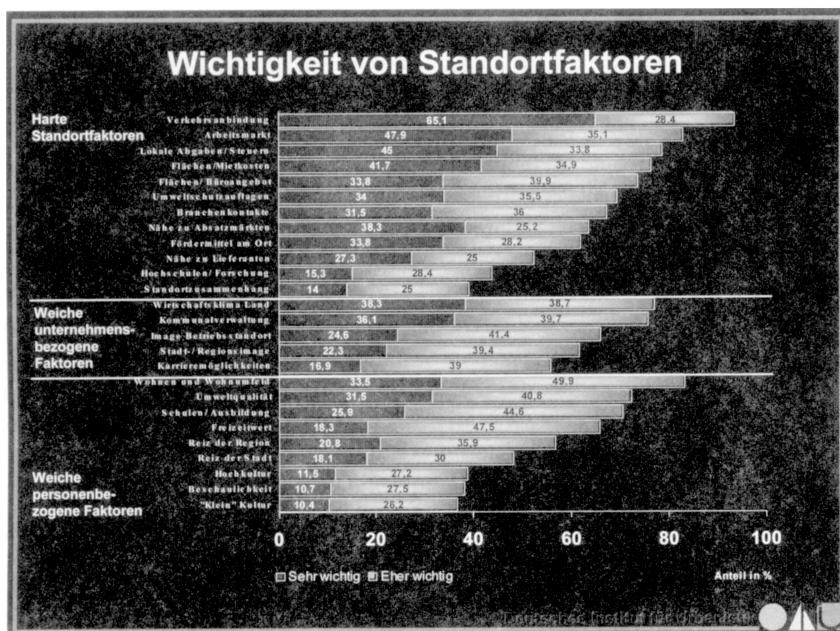
Im Folgenden werden die fünf Sichtweisen vorgestellt. Damit soll ein Beitrag zur Systematisierung der in der Diskussion befindlichen Aspekte um weiche Standortfaktoren geleistet und zu zielgerichteter weiterer Forschung angeregt werden.

II. Harte und Weiche Faktoren – Begriffsbestimmung

Zunächst aber seien die Begriffe „harte Standortfaktoren“ und „weiche Standortfaktoren“ abgegrenzt. Diese Begriffe sind relativ jung. Früher wurde von „ökonomischen“ und „außerökonomischen“ Faktoren gesprochen. (vgl. Grabow u.a. 1995: 63) Als harte Standortfaktoren gelten heute diejenigen Einflussfaktoren auf die Standortentscheidungen² von Unternehmen, die man ob-

² Standortentscheidungen sind: Schließung oder Verlagerung von Betrieben oder Betriebsstellen, Ausbau auf Kosten anderer Standorte, Schrumpfung oder Unterlassung eines Ausbaus zugunsten anderer Standorte, Eröffnung von Zweigbetrieben, Neugründungen (im Ausland oder im Inland); hierzu Grabow u.a. (1995). Zu diesen direkten Standortentscheidungen gehören die indirekten, die alle wirtschaftlichen Alternativen zu den genannten Maßnahmen umfassen, wie z.B. das Outsourcing von Produktionsteilen an Partner an anderen Standorten als Alternative zum Ausbau einer Fertigung am eigenen oder fremden Standort. Die indirekten Standortentscheidungen sind bisher empirisch auf ihre standortrelevanten Informationen hin noch nicht untersucht worden.

jektiv messen kann, wie z.B. der verfügbare Büraum oder die Gewerbesteuerröhre. Derartige Zahlen können ohne weiteres in ökonometrischen Analysen und bestimmten Entscheidungsmodellen verarbeitet werden. Als weich gelten Faktoren demgegenüber dann, wenn sie erst nach einer subjektiven Bewertung in Zahlen transformiert werden können, wie z.B. die Qualität eines Kulturangebotes, die Unternehmerfreundlichkeit oder der Freizeitwert einer Region.³ Eine Auflistung wichtiger harter und weicher Standortfaktoren zeigt Abb. 1.



Quelle: Grabow u.a. 1995: 224ff., 227

Abbildung 1: Harte und weiche Standortfaktoren und ihre Bedeutung in der Einschätzung von Betriebsleitern⁴

³ Zur Problematik der Abgrenzung der Begriffe siehe Grabow u.a. 1995: 63ff.

⁴ Grundlage der Abbildung ist eine Befragung von Betriebsleitern in 2000 Unternehmen, die angeben mussten, welche der vorgegebenen Standortfaktoren sie bei Standortsentscheidungen für eher wichtig und sehr wichtig halten.

III. Der traditionelle Ansatz (Sichtweise I)

Wann es zur Trennung der Standortfaktoren in harte und weiche kam, ist aus heutiger Sicht kaum noch exakt recherchierbar. Fakt ist, dass sich die wirtschaftswissenschaftlichen Standorttheorien vor allem mit den harten Standortfaktoren auseinander setzten. Wichtige theoretische Grundlagen der modernen Standortlehre wurden z.B. von v. Thünen (1826), Launhardt (1882), Marshall (1920), Weber (1922) oder Christaller (1933) und Lösch (1939) gelegt (vgl. Läpple 2001: 5; Götze 1995). Standorttheorie war lange Zeit reine Kostentheorie. Die Orte, an denen sich Betriebe ansiedelten, wurden aus räumlich beeinflussten Produktions- und Vertriebskosten von Unternehmen abgeleitet, welche die Preise ihrer Produkte und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinflussten (vgl. van Suntum 1999: 534f.). Fragen der Lebensqualität an verschiedenen Orten wurden nicht behandelt. Die Differenzen zwischen Stadt und Land, zwischen stark und schwach verdichteten Räumen wurden in den frühen Theorien durch Kostendifferenzen von Unternehmen erklärt. Die wichtigsten raumrelevanten Kosteneinflussfaktoren waren Beschaffungskosten von Rohmaterialen, Kosten des Vertriebes und Kosten der Fertigung. Während Beschaffungs- und Vertriebskosten meist direkte Funktionen von Entfernung waren, unterlagen die Fertigungskosten komplizierteren Kalkülen. Die Lehre von den Agglomérationsvorteilen versuchte, diese Kalküle nachzuvollziehen. Fertigungskosten schwanken demnach mit dem Grad der Verdichtung von Unternehmen der gleichen sowie vor- und nachgelagerten Produktionsstufen, die sich durch Ballung in einem begrenzten Raum (Agglomeration) gegenseitig befriedigen (Agglomérationsvorteile).

Die frühesten Theorien waren statische Theorien, die der Dynamik des Standortwettbewerbs keine Beachtung schenkten (vgl. van Suntum 1999: 535). Sie erklären eine räumliche Verteilung von wirtschaftlicher Aktivität, ohne den Weg dahin zu untersuchen. Später wurden auch dynamische Vorgänge in die Analysen einbezogen. Man stellte sich vor, dass ausgehend von einer Gleichverteilung wirtschaftlicher Aktivität ein Pionierbetrieb einen Standort „erschließt“ (Infrastruktur aufbaut, den kritischen Agglomerationspunkt überschreitet). Danach kommt es zu einem sich selbst verstärkenden Effekt, weil die Agglomérationsvorteile mit jeder Verdichtungszunahme größer werden. Schließlich beginnen entwicklungshemmende Faktoren zu wirken wie zunehmende Umweltprobleme, Verschlechterung der Lebensqualität, Überlastung der Infrastruktur (vgl. van Suntum 1999: 535), die dazu führen, dass eine weitere Agglomeration von Betrieben nicht mehr stattfindet.

In diesen dynamischen Betrachtungen der Verteilung von wirtschaftlicher Aktivität im Raum tauchten erstmals weiche Standortfaktoren auf. Sie bestim-

men die Grenze der Verdichtung der Räume. Allerdings spielten sie keine bedeutende Rolle. Sie dienten mehr zur Erklärung und Verdeutlichung bestimmter Phasen der Entwicklung. Eine explizite Modellierung in allen Phasen der Standortentwicklung gab es nicht. Das Interesse der traditionellen Sichtweise galt den Produktionskosten. Wenn man bedenkt, dass diese Theorien im 19. und frühen 20. Jahrhundert, also in dem Zeitalter der Herausbildung der industriellen Massenproduktion, entstanden sind, ist dies sicherlich verständlich. Man spricht auch – nicht nur – von der Standortlehre des Industriezeitalters oder – mit Blick auf den Prototyp der fabrikgestützten Massenproduktion Ford – von „fordistischer“ Standorttheorie.

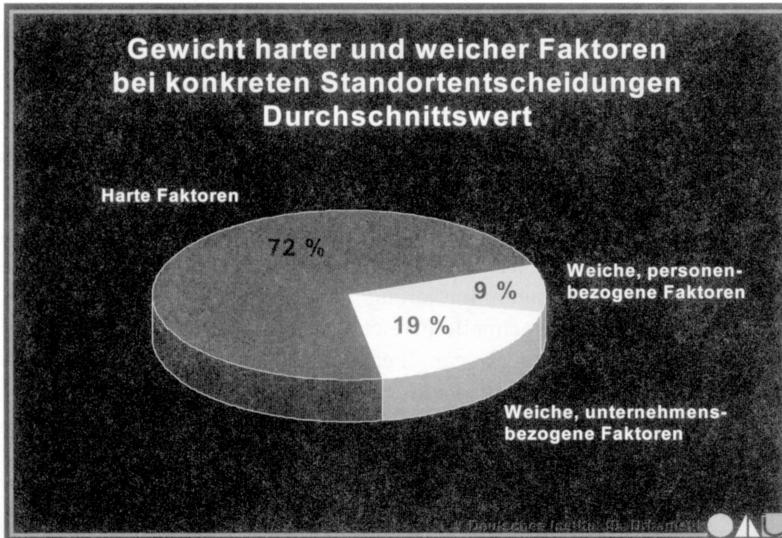
Die implizite Botschaft der fordistischen Standorttheorie lautet: Regionen werden dann erfolgreich, wenn sie Unternehmen Standortfaktoren anbieten können, die zu einer Kostenminimierung führen. Dazu können ein günstiger Zugang zu Rohstoffen, die schnelle Erreichbarkeit von Absatzmärkten, niedrige Grundstückspreise (für Lagerkosten, Fertigungshallen, Büros) oder eine Agglomeration von Unternehmen zur Gewinnung von Know-how jedweder Art beitragen. Der Fokus dieser Modelle liegt also auf den typischen harten Standortfaktoren.

So einseitig sich diese ältere Sichtweise heute darstellt, sie wird bis in die Gegenwart hinein von empirischen Untersuchungen gestützt, mit denen traditionellerweise die Standortfaktoren untersucht werden. Man befragt Manager, die standortrelevante Entscheidungen treffen müssen, welche Faktoren bei ihren Entscheidungen eine Rolle spielen. Man unterstellt mithin – darauf wird später noch zurückzukommen sein – dass Manager umfangreiches Wissen besitzen und selbstreflektierten Entscheidungskalkülen folgen, deren Elemente sich durch direktes Befragen erschließen lassen.

Das Ifo-Institut befragte 1988 rund 1800 Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zur Bedeutung bestimmter Standortfaktoren (vgl. Ruppert 1989: 7ff.). Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) führte 1993 eine Befragung von Managern von ca. 2000 Unternehmen nach der Relevanz harter und weicher Standortfaktoren durch (vgl. Grabow u.a. 1995: 215). Die Unternehmensberatung Cap Gemini Ernst & Young befragte 2003 rund 6000 repräsentativ ausgewählte Betriebsleiter, während die Stadt Frankfurt regelmäßig Bürger nach ihrer Bewertung vorgegebener harter und weicher Standortfaktoren befragt (vgl. Dobroschke-Kohn 2002).

Antworten sind bei derartigen Befragungen vorgegeben. Meist wird um eine Zustimmung oder Ablehnung oder um eine Einschätzung der relativen Wichtigkeit der vorgegeben Antwortmöglichkeiten gebeten. Ergebnis sind Rangfolgen von Standortfaktoren. I.d.R. dominieren die harten Faktoren. Abb. 1 und 2 zei-

gen die Ergebnisse, die das Difu 1993 erzielt hat. Deutlich zu erkennen ist, dass die Manager den harten Standortfaktoren einen wesentlich größeren Wichtigkeitsgrad beimessen als den weichen (vgl. insbes. Abb.2).



Quelle und zur Abgrenzung der Begriffe: Grabow u.a. 1995

Abbildung 2: Harte und weiche Standortfaktoren und ihre Bedeutung in der Einschätzung von Betriebsleitern

Heute wird an der traditionellen Sicht und Methodik Kritik geübt. Problematisch ist zweierlei:

- **Theoretische Fundierung.** Die theoretische Fundierung des Einflusses weicher Standortfaktoren ist schwach, bzw. fehlt, weil – wie oben gezeigt – die traditionellen Modelle zur Standorttheorie das Verhalten von Arbeitnehmern und den Einfluss von weichen Faktoren nur sehr rudimentär modellieren. Unter diesem Mangel an Theorie leiden die empirischen Untersuchungen, weil den Fragen die notwendige Zuspitzung auf eine – theoriegestützte – Hypothese fehlt.
- **Empirische Fundierung.** Die Technik der Befragung von Unternehmensleitern nach den Einflussfaktoren auf ihre Entscheidung wird als veraltet angesehen. Sie setzt eine Rationalität, Selbstreflektion und ein Verständnis für komplexe Zusammenhänge voraus, die nicht ohne weiteres unterstellt werden können.

Peter Benz, Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, untermauerte auf der Tagung „Weiche Standortfaktoren“ im Juni 2003 in Darmstadt diesen letzten Punkt. Er stellte fest, dass Unternehmen seiner Einschätzung nach oftmals nur diffuse Vorstellungen von der relativen Wichtigkeit von Standortfaktoren bei ihren eigenen Entscheidungen hätten. Ein näherer Blick auf die Liste der Einflussfaktoren (vgl. Abb. 1) zeigt auch, warum Unternehmen Probleme haben müssen, harte und weiche Faktoren nach ihrer relativen Wichtigkeit zu beurteilen: Die Faktoren sind nicht unabhängig voneinander. Der Faktor „Arbeitsmarkt“ – der zweitwichtigste harte Standortfaktor (vgl. Abb. 1) – ist z.B. eng verknüpft mit den Faktoren „Wohnen und Wohnumfeld“, „Umweltqualität“, „Schulen“ und „Freizeitwert“ – den wichtigsten personenbezogenen weichen Standortfaktoren –, denen, wie Abb. 1 zeigt, die Unternehmen teilweise nur sehr untergeordnete Bedeutung beimessen. Die Interdependenz der aufgezählten Faktoren ist unmittelbar einleuchtend: Ein mangelhafter Arbeitsmarkt kann ursächlich auch darauf zurück zu führen sein, dass sich Menschen an einem bestimmten Ort nicht gerne ansiedeln, weil die subjektiv als notwendig erachteten weichen Faktoren fehlen.⁵

In Nordrhein-Westfalen konnte man in den letzten Jahren das merkwürdige Phänomen beobachten, dass in den Großstädten mit allen verfügbaren relevanten harten Faktoren Stagnation und Schrumpfung zu verzeichnen war, während in den Klein- und Mittelstädten der Ballungsrandzonen und sogar des ländlichen Raumes Siedlungstätigkeit *und* eine Zunahme der Arbeitsplätze zu verzeichnen war (vgl. Krupinski 2003: 30).⁶ Im Ruhrgebiet wurde der Verdacht geäußert, dass die schlechte Qualität des Wohnangebotes in den Städten und die hervorragende in den ländlicheren Gebieten die Menschen zu Wanderungsbewegungen trieben, denen die Unternehmen mit dem Arbeitsplatzangebot folgten. Das Arbeitsangebot an solche Orte zu verlagern, die für Menschen attraktiv sind, muss sich Unternehmen gerade im Ruhrgebiet aufdrängen, da die Unattraktivität des klassischen Ruhrgebietes seit geraumer Zeit thematisiert wird.

⁵ In den Fragebögen werden die Entscheider im Regelfall nur nach der Einschätzung der Wichtigkeit eines bestimmten Faktors aus ihrer persönlichen Sicht gefragt. Es drängt sich auf, die Fragen einmal andersherum zu formulieren. So könnte man fragen, warum ein Entscheider glaube, dass an einem bestimmten Ort ein ergiebiger Arbeitsmarkt existiere.

⁶ In der ländlichen englischen Grafschaft Kent war der Zuzug von Menschen zuletzt so hoch, dass Wohnungen knapp wurden. Sir Sandy Bruce-Lockhardt: „*Natur ist ein Argument für die Ansiedlung von Unternehmen. Wir hören sehr oft, dass sich Unternehmen in Kent wegen der Schönheit der Landschaft niederlassen*“. In der Grafschaft Kent herrschte Anfang 2003 akute Wohnungsnot. Süddeutsche Zeitung Nr. 163 vom 18.7.2003, S. V2/27.

Die Kausalität könnte sich also genau umgekehrt zum klassischen Bild verhalten: Nicht die Unternehmen, sondern gutes Wohnen zieht die Menschen an. Dadurch erst entsteht der Arbeitsmarkt, der zur Ansiedlung von neuen bzw. zum Wachstum von bestehenden Unternehmen führt.⁷

Man erkennt am Fall des Ruhrgebietes, dass die bisherigen Versuche, die Wichtigkeit von Standortfaktoren zu testen, problematisch sind. Die Antworten der Unternehmen in Befragungen sind offensichtlich stark auf die oberflächlich gesehenen nächstliegenden Faktoren gerichtet. Interdependenzen und „eigentliche“ Ursachen werden nicht erkannt, wenn die Befragten sie selbst nicht reflektiert haben. Die Befragten gewähren mit ihren pragmatisch oberflächlichen Antworten keinen Einblick in die wahren Beziehungen.

IV. Die „Zünglein an der Waage“-These (Sichtweise II)

Die Zünglein an der Waage-These stellt ebenfalls das Pramat der harten Faktoren in den Mittelpunkt. Den weichen Faktoren wird jedoch ein größerer Stellenwert beigemessen (vgl. Grabow u.a. 1995: 336).

Die These kann folgendermaßen formuliert werden: Traditionelle, auf Kostenaspekte und harte Faktoren fokussierte Standorttheorien haben nach wie vor ihre Gültigkeit. Allerdings haben viele Regionen an den harten Faktoren gearbeitet und diese grundlegend verbessert. Investoren stoßen deshalb heute in vielen Regionen auf ausreichende Mengen und Qualitäten harter Faktoren. In der Konsequenz hat – relativ gesehen – die Bedeutung harter Faktoren für den Standortwettbewerb nachgelassen. Die weichen Standortfaktoren stellen heute das „Grenzproblem“ dar; sie bilden das Zünglein an der Waage, das den Ausschlag gibt, ob ein Unternehmensleiter diesen oder jenen Standort bei einer Standortentscheidung bevorzugt.

Die zunehmende Ubiquität harter Standortfaktoren, insbesondere der verkehrlichen Infrastruktur, hat dazu geführt, dass die weichen Standortfaktoren relativ an Wichtigkeit gewannen. Bei gleichwertiger Infrastruktur müssen die weichen Faktoren den Ausschlag bei den Standortentscheidungen von Unternehmen geben.

In empirischen Untersuchungen fand man für diese These Unterstützung. Das Difu ermittelte, dass ein typischer Standortauswahlprozess von Unternehmen in drei Phasen abläuft: einer Grobselektionsphase, einer Detailanalyse und einer

⁷ Die Frage der Kausalität wird weiter unten ausführlicher behandelt.

Schlussauswahl. Insbesondere in der Schlussauswahl von Standorten spielen die weichen Faktoren im Sinne der „Zünglein an der Waage“-These eine Rolle, weil sich in der Detailanalysephase meist mehrere Standorte herauskristallisieren, die bei den harten Faktoren gleichwertig sind.⁸ Die weichen Faktoren können dann den eigentlichen Ausschlag geben.

V. Weiche Standortfaktoren in der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft (Sichtweise III)

Moderne Volkswirtschaften entwickeln sich immer mehr zu Dienstleistungs- und Wissensgesellschaften (vgl. Schampp 2001: 171f.). Immer weniger Menschen sind in der Produktion beschäftigt. Immer mehr nehmen dienstleistende und wissensintensive Aufgaben wie Einstellen von Maschinen, Warten, Reparieren, Handeln, Planen, Forschen, Leiten, Ausbilden, Beraten oder Informieren u.v.m. wahr. Selbst im Verarbeitenden Gewerbe, dem klassischen Bereich manueller Tätigkeiten, sind heute nur noch 30 % der Arbeitsplätze wirklich mit manueller Arbeit verbunden (vgl. u.a. Biersack, et al. 2001; DIHT 2001, Dostal et al. 2000; Grömling et al. 1998). 1998 waren in Frankfurt 83 % aller Beschäftigten mit dienstleistenden Tätigkeiten befasst (Vgl. Schamp 2001: 171). Es wird neuerdings von der Wissensgesellschaft gesprochen, weil man festgestellt hat, dass die von der Produktion entlasteten Menschen bei ihren Tätigkeiten nicht einfach nur sture Verwaltung oder repetitive Dienstleistung betreiben, sondern zunehmend kreativ agierend und reagierend, schöpferisch, informations- und entscheidungsorientiert tätig werden.

Diese „Tertiärisierung“ (vgl. Grabow u.a. 1995: 91ff.) und „Wissensorientierung“ (vgl. Cernavin, Thießen 2003) der Wirtschaft warf die Frage nach der Relevanz von Standortfaktoren neu auf. Welche Standortanforderungen stellen wissensorientierte Arbeitsplätze?

Die traditionelle Rohstofforientierung der klassischen Standorttheorien spielt keine Rolle. Auch die Absatzmarktorientierung hat an Bedeutung verloren, weil wissensorientierte Arbeit nicht mit Dienstleistung „am“ Kunden gleichzusetzen ist. Entfernungen spielen kaum noch eine Rolle. Prozesse können heute gespal-

⁸ In der Grobselektionsphase werden die Masse denkbarer Standorte ohne explizite Recherche auf Basis von vorhandenen Bildern ausselektiert. Auch hierbei spielen weiche Standortfaktoren eine Rolle (vgl. unten Abschnitt „Stadtbilder“). In der Detailanalyse wird eine begrenzte Zahl von Standorten genauer untersucht. Es bleiben i.d.R. einige wenige mögliche Standorte übrig, die sich bei den wichtigen harten Faktoren ähneln; vgl. Grabow u.a. 1995: 146ff.

ten und die Teile an verschiedenen Orten angesiedelt werden (vgl. Schampp 2001: 173). Das Rechenzentrum Ost der Sparkassengruppe in den neuen Bundesländern wurde z.B. in Leipzig angesiedelt. Aber es befindet sich nur physisch dort. 80 % des Personals, die dieses Rechenzentrum betreiben, arbeiten in Berlin (wo weder die Kunden des Rechenzentrums noch Lieferanten ihren Sitz haben) und steuern die Leipziger Computer und Datenströme von dort aus.⁹

Als fruchtbar erwies sich die Lehre von den Agglomerationsfunktionen (vgl. Sternberg, Arndt 2001: 364ff.; Läpple 2001: 6). Ballung von Unternehmen kann die Produktivität steigern. Dabei spielen weniger direkte Produktions- oder Vertriebskostenvorteile eine Rolle als Vorteile durch „Mutual Learning“ und „Technology Spillovers“ (Läpple 2001: 5; Castells 2001; Sternberg, Arndt 2001: 372f.). Empirische Bestätigung findet auch das „Milieu-Konzept“: Durch Agglomeration an inspirierenden Standorten entstehen Klimata, die Innovation und Wachstum fördern.¹⁰ Als Archetypus gilt heute das Silicon Valley, in dem die Unternehmen in der Hochzeit so dicht zusammen saßen, dass die Mitarbeiter einem Ondit zufolge „ihren Job tauschen konnten, ohne den Parkplatz wechseln zu müssen“. Die Agglomeration der Unternehmen im Silicon Valley ging mit einer beispiellosen Innovationsgeschwindigkeit einher. Lernen und Innovation werden in der modernen Wissensgesellschaft als kritische Erfolgsfaktoren angesehen. Der Wettbewerb der Regionen bezieht sich heute nicht mehr auf das Erreichen der Kostenführerschaft, sondern auf die Bewältigung des Wandels, also auf die Fähigkeit, „*to tackle the new basis technologies and advance structural change by linking technological and organizational innovations*“ (Läpple 2001: 5).

Die Vorteile von Agglomeration werden heute vor allem in der Schaffung von „innovativen Milieus“ und „kooperativen Netzwerken“ gesehen, die es Unternehmen ermöglichen, den notwendigen Wandel zu initiieren und durchzuführen (vgl. Läpple 2001: 5; Sternberg, Arndt 2001: 364ff.).

Hier nun entsteht der neue Raum für die weichen Standortfaktoren. Es sind nicht die Unternehmen an sich, die Wandel und Innovation gestalten, sondern die Mitarbeiter. In modernen Dienstleistungsgesellschaften haben die agierenden Menschen wesentlich mehr Freiräume zu handeln als in der überkommenen

⁹ Viele Dienstleistungsarten sind prinzipiell standortgebunden. Paul Krugmann (1991) zeigt auf, wie zufällig die Entstehung von Dienstleistungszentren an bestimmten Orten, z.B. eine Teppichindustrie, sein kann.

¹⁰ Vgl. Sternberg, Arndt 2001: 373. „*Embeddedness of firms in a locality, together with the interaction of geographical, historical, cultural, political und administrative factors, can create regional dynamism*“; ebenda. Vgl. auch Porter 1991; Schampp 2001.

„fordistischen“ Ökonomie, in der Arbeitsabläufe strikt geregelt waren und gerade darin der Kosten- bzw. Wettbewerbsvorteil lag. Heute ist der entscheidende Wettbewerbsfaktor, wie mit Daten, Informationen und Wissen kreativ umgegangen wird (vgl. Klotz 1999: 41ff.). Die spezifische Schlüsselkompetenz von Unternehmen liegt darin, in ihren Mitarbeitern die Fähigkeit und Willigkeit zu wecken, hochkomplexe Abläufe, mit denen Lern- und Wandlungsprozesse bewältigt werden können, eigenständig und selbstreguliert zu gestalten (vgl. Baethge u.a. 1998). Erfolgreiche Unternehmen müssen sich heute so organisieren, dass die gewonnenen Mitarbeiter ihre Fähigkeiten bestmöglich entfalten und eigeninitiativ, kreativ und selbstreguliert den Wandel steuern. Dazu können unternehmensinterne Aspekte wie Lohnsatz, Führungsstruktur oder Betriebsklima genauso beitragen wie Standorte und die Frage, ob die Mitarbeiter sich dort wohl fühlen.

Welche Standorte sind unter diesen Gesichtspunkten optimal? Aus dem Gewinnmaximierungsziel der Unternehmen kann man folgern, dass es Standorte sein müssen, die über ausreichend Büroraum zu günstigen Kosten, Flächenreserven, niedrigen kommunalen Abgaben, hohen Fördermitteln, niedrigen Lohnkosten etc., eben den traditionellen harten Standortfaktoren verfügen. Tatsächlich findet man genau das Gegenteil. Ballungen von Unternehmen des tertiären Sektors finden an Orten statt, an denen die Lebenshaltungs- und Bürokosten überdurchschnittlich, die Flächenreserven niedrig, die Fördermittel gering und die kommunalen Abgaben eher hoch sind. So ließ sich z.B. die expandierende Elektronikindustrie in den 90er Jahren vorwiegend im Raum München nieder, obwohl dieser Raum zu den teuersten Räumen der Bundesrepublik zählte.¹¹ Es war der „Flair“ des Raums München, der die Unternehmen anzog. Die Wachstumsraten des Kreises München Land waren die höchsten in den westlichen Bundesländern.

Aus derartigen Beobachtungen wurde der Schluss gezogen, dass für den tertiären Bereich die klassische Rangfolge der Standortfaktoren offensichtlich nicht mehr gelte. Vielmehr scheinen die weichen Faktoren eine zunehmend größere Rolle zu spielen. In der Wissensgesellschaft sind sie nicht nur Zünglein an der Waage. Sie sind vielmehr genau die Faktoren, welche die Leistungsfähigkeit von Unternehmen am meisten bestimmen. Die Repräsentativität eines Standortes wurde als Faktor hervorgehoben, das „Flair“ von Stadt und Region sowie die Frage, ob sich Menschen an einem Standort wohl fühlen, wie etwa die Wohnsi-

¹¹ Und, was die Verkehrsinfrastruktur angeht, nicht besser gestellt war als andere Großräume in Deutschland.

tuation beschaffen ist, welches Niveau das Schulsystem hat, welche Freizeitmöglichkeiten es gibt etc.

Diese eher theoretisch-analytischen Überlegungen wurden bisher kaum empirisch getestet. Das Difu konnte bei seiner Befragung von 2000 Unternehmen 1993 zwischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen diskriminieren. Man fand ein Antwortverhalten der Dienstleistungsunternehmen, das sich von dem der Industrieunternehmen nur leicht unterschied, wobei eine Tendenz in Richtung auf eine größere Bedeutung der weichen Standortfaktoren bei Dienstleistern gegenüber den Produktionsunternehmen erkennbar war.¹² Viel deutlichere empirische Ergebnisse erzielte der amerikanische Regionalforscher Richard Florida, die weiter unten ausführlich vorgestellt werden.

VI. Weiche Faktoren im Konzept der Stadtbilder (Sichtweise IV)

In den Wirtschaftswissenschaften macht sich zunehmend Unbehagen über die klassische Entscheidungstheorie breit (beispielhaft Gigerenzer, Selten 2001). Diese unterstellt einen rationalen Entscheider, der ein Problem exakt formuliert, alle notwendigen Informationen sammelt und diese mit einem adäquaten Algorithmus zu einer optimalen Lösung verdichtet. Das empirisch beobachtbare Entscheidungsverhalten scheint dem Bild eines solchen rationalen Entscheiders zu widersprechen. Es wird derzeit von immer mehr Wissenschaftlern vermutet, dass Entscheider vereinfachte Regeln (so genannte Heuristiken, Faustregeln) benutzen, die ein Handeln auf Basis deutlich reduzierter Informationsmengen ermöglichen (vgl. Gigerenzer, Selten 2001).

Für die Standortlehre sind diese Erkenntnisse relevant. Es ist seit einiger Zeit bekannt, dass Unternehmen, die Standortentscheidungen treffen müssen, nur wenige Standorte einer gründlichen Prüfung (hierzu Götze 2003) unterziehen. Alle anderen werden ohne explizite Analyse von vornherein ausselektiert (vgl. Grabow u.a. 1995: 105). Offensichtlich verfügen die Entscheider bereits vor Beginn der eigentlichen Informationssuche über Einschätzungen von Standorten, die ihnen diese Vorabselektion ermöglichen.

Wie kommen diese Vorab-Einschätzungen zustande? Das Forscherteam Grabow, Henckel und Hollbach hat 1995 die Idee von den „Bildern“ von Städten

¹² Vgl. Grabow u.a. 1995: 297ff.; zur Kritik an der Befragungstechnik s.o. Abschnitt II.

und Regionen aufgebracht, die Entscheider in ihren Köpfen verankert haben (siehe auch den Beitrag von Grabow in diesem Band). Unter einem Bild einer Region verstehen die Autoren eine Menge an Informationen, die einem Entscheider eine Bewertung einer Region ermöglicht. Derartige Bilder in den Köpfen der Entscheider können die Regionalentwicklung beeinflussen, weil sie als Determinanten der Standortvorauswahl über die räumliche Verteilung von Unternehmen bestimmen.

Welche Inhalte haben nun diese Bilder? In den Bildern über Regionen sammeln sich eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte, die von Grabow, Henckel, Hollbach in die folgenden Kategorien getrennt werden (Grabow u.a. 1995: 106):

- Kulturelle Bilder
- Geschichtliche Bilder
- Räumliche Bilder
- Wirtschaftliche Bilder

Kulturelle Bilder beziehen sich auf Bauwerke und Personen, imageprägende Kultureinrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Festivals etc. (Salzburger Festspiele, Kölner Dom, Kernforschungszentrum Jülich). Geschichtliche Bilder nehmen Bezug auf geschichtliche Ereignisse oder Personen der Geschichte, die mit Städten und Regionen verbunden sind (Lübeck/Hanse, Weimar/Goethe, Rom/Antike, Istanbul/Byzanz). Räumliche Bilder betreffen die klein- und großräumige Lage von Städten und Regionen (München/Alpen, Hamburg/Meer, Essen/Ruhrgebiet). Wirtschaftliche Bilder werden durch wirtschaftliche Funktionen geprägt, die Städte innehaben (Assoziationen stellen sich leicht her bei: Solingen, Wolfsburg, Zürich, Frankfurt, Hamburg, Mannheim/Ludwigshafen).

Grabow et al. (1995) stellen nun bei ihren Analysen der Bilder von Städten und Regionen fest, dass die Teilbilder nicht unabhängig voneinander sind. „*Es ist offensichtlich, dass es sich hierbei [also bei den vier oben genannten Kategorien] nur um eine analytische Trennung einzelner Bildbestandteile handelt, die in der Regel miteinander verknüpft sind oder ineinander übergehen. ... Zu vermuten ist auch, dass sich einzelne Bildbestandteile wechselseitig beeinflussen, aufeinander abfärben*“ (Grabow u.a. 1995: 106; vgl. auch Sternberg, Arndt 2001: 373). Beispielhaft sei das Ruhrgebiet genannt, bei dem das negative Bild veralteter industrieller Aktivität ein Bild unmenschlicher Stadtlandschaften provoziert hat, obwohl das Ruhrgebiet zu den „grünsten“ Verdichtungsräumen der Bundesrepublik zählt. Umgekehrt beeinflusst im Fall Münchens das Bild des hohen Freizeitwertes der Region das Bild von München als „grüner“ Stadt,

obwohl die dicht bebaute Stadt selbst weniger Grün aufweist als vergleichbare Städte. Viele Menschen können Städten wie Wien oder Rom umfangreiche geschichtliche und kulturelle Bilder zuordnen, während die wirtschaftlichen Bilder der Städte blass bleiben. Verschiedene Faktoren werden von den Entscheidern offensichtlich auf komplizierte Art zu einem Gesamtbild verdichtet, das über die Bewertung einer Region entscheidet. Am Ende bestimmt ein Amalgam aus allen Teilbildern die Bewertung einer Stadt oder Region.

Diese Erkenntnis von miteinander verknüpften und verwobenen harten und weichen Einzelfaktoren erschüttert das Bild der strengen Faktorhierarchie, das, wie oben erläutert, traditionellerweise aus den Befragungen von Betriebsleitern entwickelt wurde. Das Konzept der „Stadtbilder“ zeigt, dass es ein Pramat der harten Faktoren nicht gibt. Harte und weiche Faktoren scheinen in den Köpfen der Entscheider zu verschmelzen und insgesamt einen Standort als vorteilhaft oder weniger vorteilhaft wirken lassen.

Aus der Lehre der vereinfachten Entscheidungsregeln (Heuristiken, Faustregeln) ist bekannt, dass diese Regeln nicht zu grundsätzlich anderen Lösungen kommen müssen wie komplexere Entscheidungsprozeduren (vgl. Gigerenzer, Selten (2001)). Vereinfachte Entscheidungsregeln sind meist an bestimmte Kontexte angepasst und ermöglichen in diesen Kontexten gute Entscheidungen.¹³ Für die Analyse der Standortfaktoren ist diese Erkenntnis insoweit von Bedeutung, als man aus den Inhalten der Bilder und aus der Entstehung des Gesamtbildes offensichtlich auf die relevanten Standortfaktoren rückschließen können muss, soweit keine Strukturbrüche eingetreten sind. Vielleicht ergibt sich aus diesem Kontext ein neuer Ansatz zur Überprüfung der Relevanz der verschiedenen Standortfaktoren.

Auf der Konferenz „Weiche Standortfaktoren“ fand die Vorstellung des Konzeptes der Stadtbilder beim Auditorium nachhaltigen Anklang. Es ist bedauerlich, dass es seit der Veröffentlichung von Grabow, Henckel und Hollbach (1995) keine Forschung zu diesem Thema mehr gegeben hat.

¹³ Sie versagen dann, wenn Strukturbrüche eintreten, wenn sich also der Kontext ändert.

VII. Weiche Faktoren in der Ökonomie der Gegenwart (Sichtweise V)

Pittsburgh in den USA ist eine Region, die seit Jahren von Niedergangssphänomenen gezeichnet wird. Ähnlich wie im deutschen Ruhrgebiet oder in vielen Gebieten der Neuen Bundesländer schrumpfen die traditionellen Industrien. Und obwohl die Region über leistungsstarke moderne Branchen verfügt (vgl. Florida 2002: 216), hat sie es nicht geschafft, Menschen zur Neuansiedlung oder auch nur zum Bleiben zu gewinnen. Pittsburgh verfügt über alle harten Standortfaktoren, die man sich wünschen kann; trotzdem kann es neue Unternehmen nicht attrahieren. Was ist der Grund?

Diese Frage untersuchte eine Forschergruppe um den amerikanischen Wissenschaftler Richard Florida mit bemerkenswerten Ergebnissen. Florida entwickelte eine neue Theorie der Standortfaktoren in der Wissensgesellschaft – die an die oben erwähnte Standortlehre in Dienstleistungsgesellschaften anknüpft (s. Abschnitt IV.) – die er anschließend empirischen Tests unterwarf. Florida stellt fest, dass obwohl in modernen Marktwirtschaften die Unternehmen mehr und mehr im traditionellen Sinne standortunabhängig werden, Standortfragen in einem neuen Sinne von großer Wichtigkeit sind („*The power of place*“). Die Qualität eines Standortes entscheidet darüber, ob Menschen ihre Leistungen an diesem Standort anbieten (vgl. Florida 2002: 215ff.). Wachstum findet heute dort statt, wo die Qualifizierten, die kreativen Köpfe¹⁴ ihre Leistungen erbringen. Nicht traditionelle Kostenargumente, sondern „*people are the motor force behind regional growth*“ (Florida 2002: 221; vgl. auch Stolarick in diesem Band).

In modernen Marktwirtschaften kommt es nicht mehr darauf an, Kostenführer zu werden. Die Eigenschaft von Standorten, Produktion zu niedrigsten Kosten zu ermöglichen, ist heute weniger wichtig als früher. Heute zählt die Fähigkeit, den Wandel – möglichst an führender Stelle – zu gestalten. Kostenführerschaft lässt sich für die Hochlohnländer Zentraleuropas und Nordamerikas ohnehin bei vielen einfachen Massenprodukten nicht mehr erreichen. Diese Produkte werden im Ausland erstellt; die entsprechenden Länder müssen sich mit dem Kostenführerschaftsproblem auseinander setzen. In Europa und Amerika dagegen werden mehr und mehr nur die Planungs- und Steuerungsaufgaben bewältigt, die prinzipiell ortsungebunden sind. Bei den High-Tech-Produkten, die nach wie vor in den Industrieländern hergestellt werden, sieht es nicht anders aus. Diese Produkte enthalten hohe Anteile hochqualifizierter Planungs- und Steue-

¹⁴ Synonyme sind Wissensarbeiter, Knowledge Worker, Hochqualifizierte.

rungssarbeiten, die kaum ortsgebunden sind. Die großen Chemiekonzerne der Welt zeigen beispielhaft, wie weit man die räumliche Trennung von Planung und Steuerung, Forschung, Produktion und Vertrieb treiben kann. Der Mobiltelefonhersteller Ericson lässt in Schweden planen und koordinieren und (u.a.) in Indien fertigen.

Bei der prinzipiellen Standortgebundenheit moderner Industrien und dem schnellen Wandel kommt es aus Sicht der Regionalpolitik darauf an, die kreativen Köpfe für eine Region zu interessieren. Dort, wo sich die Aktiven und Kreativen niederlassen, dort bewegt sich etwas, dort entsteht Wachstum und Dynamik. Dort siedeln sich komplementäre Unternehmen an. Regionen, die so attraktiv sind, dass sie die Aktiven attrahieren, wachsen schneller; „*Those that have the talent win, those that do not lose*“ (Florida 2000: 8). Erfolg von Regionen und Unternehmen hängt nicht im traditionellen Sinne an harten oder weichen Standortfaktoren per se, sondern an den Bedingungen, die man den Aktiven und Kreativen bietet. Oder, um es auf einen Nenner zu bringen: Der kritische Wettbewerbsvorteil, den Unternehmen haben müssen, um zu überleben, ist nicht wie früher der Kostenvorteil gegenüber der Konkurrenz, sondern die Talente, die den Wandel beherrschen. Damit verschieben sich die kritischen Standortfaktoren: Unternehmen suchen nicht mehr nach den Standorten, welche die geringsten Produktionskosten ermöglichen, sondern nach den Standorten, an denen sie die Talente finden bzw. an die sie die Talente ziehen können. Oder noch einmal anders formuliert: Diejenigen Standorte haben einen Wettbewerbsvorteil, die solche Eigenschaften aufweisen, die für die aktiven Köpfe von Interesse sind. Zum Beispiel gibt es in Sachsen Mitte 2003 eine Zahl von 400.000 Arbeitslosen, aber bei den qualifizierten Köpfen, welche die Unternehmen dringend brauchen, um leistungsfähig zu bleiben, existiert eine Nettoauswanderungsquote.¹⁵

Was aber zieht aktive Köpfe an? Richard Florida hat in ökonometrischen Untersuchungen von Daten aus 67 Metropolregionen in den USA und Befragungen von Probanden getestet, welche Faktoren qualifizierte Leistungsträger anziehen. Diese empirischen Untersuchungen sind insofern ein Meilenstein in der Standortfaktorenlehre, weil sie einmal nicht auf der traditionellen Befragung von Betriebsleitern nach wichtigen und unwichtigen Faktoren bei Standortentscheidungen beruhen.

Im Folgenden werden einige Untersuchungsergebnisse ohne Anspruch auf Vollständigkeit und Systematik wiedergegeben:

¹⁵ Vgl. Chemnitzer Freie Presse vom 5.9.2003, S.4.

- Je höher die Lebensqualität¹⁶ (in einer der getesteten Metropolregionen), desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, auf Industrien mit einem hohen Anteil hoch qualifizierter Arbeitnehmer zu stoßen. Die führenden High-Tech-Regionen der USA zeichnen sich gleichzeitig durch einen im Vergleich sehr hohen Grad an Lebensqualität aus.
- Bei der Frage, warum ein hoher Grad an Lebensqualität wichtig ist für Hochqualifizierte, stößt die Forschergruppe auf zwei Argumente. Zum einen werden unmittelbar zugängliche weiche Faktoren einer Region zum Ausgleich für lange und harte Arbeit benötigt. Zum anderen stellt die Lebensqualität ein stabilisierendes Element dar. Dieses Argument wird hier im Folgenden kurz dargestellt, obwohl es in Europa derzeit sicher noch nicht dieselbe Bedeutung haben mag wie in den USA: Menschen suchten Bindungen, die sie traditionell in der Familie oder auch durch Identifikation mit dem Arbeitgeber fanden. Heute ist das Arbeitsleben unsicher – die durchschnittliche Verweildauer von jüngeren Hochqualifizierten bei einem Arbeitgeber beträgt in den USA nur noch 2,7 Jahre (vgl. Florida 2000: 44) – und auch die Familienbindungen haben abgenommen. Der Ort des Aufenthaltes entwickelt sich zu einem neuen bindungsstiftenden Element. Dazu muss er bindenswerte Eigenschaften aufweisen. Orte, die von vornherein nichts Bindenswertes aufzuweisen scheinen, können nicht attrahierend wirken.
- Der Faktor Kultur im weitesten Sinne ist wichtig, hat aber ambivalente Eigenschaften. Die passiv konsumierbare Hochkultur wie Symphonieorchester, Oper, Ballett, Theater scheint eine geringere Rolle zu spielen als vielfach angenommen. Deren Bedeutung wird in vielen Städten über- schätzt (vgl. Florida 2000:44; auch Grabow in diesem Band).
- „Big Ticket“-Ereignisse wie bedeutende Fußballspiele, Auftritte von Stars in Großkonzerten, Weltmeisterschaften, Olympiaden o.ä. haben einen ähnlich geringen Einfluss auf die gefühlte Standortqualität (vgl. Florida 2000: 44).
- Wichtig – wichtiger als bisher angenommen – scheint dagegen eine attraktive Night-Life-Szene zu sein. Attraktives ‚Night-Life‘ „... that do not exclusively revolve around bars and drinking“ ist nicht mit Sex, teuren Bars oder sonstigen anrüchigen Aktivitäten gleichzusetzen. Das relevante Nachtleben ist ein Nachtleben, das auf den Normalbürger zielt und anstelle spezifischer Dinge eher beinhaltet, dass es überhaupt stimmungsvolle Abend- und Nachaktivitäten in einer Stadt gibt. „Partici-

¹⁶ Mit Lebensqualität wird hier das übersetzt, was Florida „Quality of Place“ nennt, mit den drei Dimensionen: What's there, who's there, what's going on; ausführlich s. Florida (2002), S.231ff. und Stolarick in diesem Band.

pants were looking for a wide range of experiences“.¹⁷ Menschen unterscheiden deutlich zwischen einem derartigen „normalen“ Nachtleben und den oben genannten klassischen kulturellen Abendangeboten und bewerten das Fehlen eines Flairs einer Stadt in den Abend- und Nachtstunden negativ.¹⁸

- Wichtiger als große Einmalereignisse und die High-Arts-Kultur sind die „alltäglich“ erlebbaren Standorteigenschaften, vor allem solche, bei denen eigene Aktivität eine Rolle spielt. Outdoor-Aktivitäten (z.B. Rad fahren, Schwimmen, Rudern, Klettern) und Lifestyle-Aktivitäten (im Zusammenhang mit einer Musik-, Restaurant- und Bar- sowie Kneipenszene) führen zu positiver Standortbewertung (vgl. Stolarick in diesem Band).
- An den Zugang zu Erlebnismöglichkeiten werden hohe Anforderungen gestellt. Der Zugang muss leicht und im Moment des Bedarfs – „just in time“ – möglich sein. „*A major concern is the accessibility of amenities. Participants expressed a strong preference for regions where amenities and activities are easy to get to and available on 'just-in-time' basis, with easy access on foot, bicycle, or via public transportation*“ (Florida 2000: 44f.). Die Fahrradtour oder der Spaziergang, die bzw. der vor der Haustür beginnen kann, sind wichtig. Der Kaffee in anregender Atmosphäre, der in der Arbeitspause getrunken wird, das Abendleben, das direkt nach der Arbeit beginnen kann, sind attraktiv (vgl. Florida 2000: 45).
- Wasser spielt eine ganz besondere Rolle. Zugang zu wassergestützten Aktivitäten, wie Schwimmen, Segeln, Rudern, Kajak fahren oder auch Nachtleben am Wasser spielen eine wichtige und positive Rolle (vgl. Stolarick in diesem Band).
- Bei jüngeren Arbeitnehmern hat die amerikanische Forschergruppe eine deutliche Bereitschaft festgestellt, auf Einkommen zu verzichten, wenn die weichen Faktoren von Stadt und Region stimmten (Florida 2000: 45).

¹⁷ Und weiter: People „... drew a sharp distinction between these sorts of activities and more expensive and exclusive amenities like the symphony or even professional sports“; Florida 2000: 44.

¹⁸ In diesem Zusammenhang muss an die Stadt Frankfurt gedacht werden, die mit ihrem Angebot in den 1960er/70er Jahren genau neben dem eben skizzierten Bedarf gelegen hat: Das Abend- und Nachtleben der Stadt bestand aus dem zentralsten Seviertel deutscher Innenstädte, einem ansonsten unbelebten Stadt kern und dem Angebot von Hochkultur (Oper, Theater, Ballett), welche von der Stadt als Beweis des kulturellen Reichtums verwendet wurde.

Damit sind einige der Erkenntnisse, die das Team um Richard Florida gewonnen hat, erläutert. Deutlich wird: Die relevantesten Standortfaktoren sind nicht die herausragendsten Highlights von Regionen, also das berühmte Symphonieorchester, das einmalige Festival, die schöne Landschaft in weiter Entfernung oder das weltberühmte Gebäude, sondern das Kleine, das in der Nähe liegende, die stimmungsvolle Atmosphäre genau da, wo sich die Menschen im täglichen Dasein aufhalten.¹⁹

Zusammenfassend ergibt sich (vgl. Florida 2000: S.47ff.): Die Unternehmen wie auch ihre Mitarbeiter sind heute räumlich ungebundener als es Unternehmen und Mitarbeiter früher gewesen sind. Das unternehmerische Problem ist heute nicht mehr die Kostenführerschaft, sondern die Bewältigung des Wandels. Wachstum findet heute dort statt, wo die Qualifizierten, die kreativen Köpfe ihre Leistungen erbringen. Nicht traditionelle Kostenargumente, sondern „*people are the motor force behind regional growth*“ (Florida 2002: 221). Unternehmen müssen Talente attrahieren und motivieren. Dabei spielen weiche Standortfaktoren eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für oder gegen einen Arbeitgeber. Regionen müssen weiche Standortfaktoren anbieten und pflegen, um moderne Industrien anziehen zu können.

VIII. Das „Henne oder Ei“-Problem

Für die neue Sicht der weichen Standortfaktoren spreche viel, wird oft argumentiert. Aber die Logik sei dagegen. Denn, so das Argument, Arbeitnehmer hätten wenig Möglichkeiten, Raumpräferenzen Nachdruck zu verleihen. Dies setze jeweils ein Einkommen voraus, das wiederum einen Arbeitsplatz zur Voraussetzung habe. Und Arbeitsplätze würden da geschaffen, wo aus Sicht der Unternehmen die Standortfaktoren günstig seien. Und das seien nun einmal in

¹⁹ Für weitere Ergebnisse sei auf Florida (2000) und Florida (2002) verwiesen. Es ergeben sich folgende Forderungen an die Regionalpolitik, die hier als Originalzitate wiedergegeben werden [s. Florida 2000: 47ff.]

- „Make quality-of-place a central element of regional economic development efforts.“
- „Integrate amenities and natural assets into all aspects of the regional economic development and marketing efforts.“
- „Encourage revitalization of natural assets.“
- „Encourage private enterprises to become more involved in smart growth initiatives.“
- „Provide incentives for local groups to maintain and enhance amenities.“
- „Equip city neighborhoods and outlying communities with tools to preserve open space and protect natural assets.“

erster Linie die harten Faktoren. In der Konsequenz müssten sich Städte zuerst um harte Faktoren und Arbeitsplätze bemühen, die Lebensqualität könne später verbessert werden. „*How do we decide where to live and work? The usual answer is „jobs“*“ (Florida 2002: 217), woraus folgt „*that regions should focus on jobs and that amenities will follow*“ (Florida 2000: 48).

Dies ist die eine Sichtweise: Der Kreislauf beginnt mit dem Arbeitsplatz. Andererseits stellt man aber auch fest, dass Unternehmen sich dort präferiert niederlassen und wachsen, wo bereits Menschen sind. Dies hat sowohl das ifo-Institut als auch das Difu empirisch ermittelt: Unternehmen geben bei Befragungen das Vorhandensein eines Arbeitsmarktes als zweitwichtigsten Standortfaktor überhaupt an (vgl. Abb. 1). Das setzt Menschen voraus, die vor Ort verfügbar oder für einen Standort gewinnbar sind. Dies ist die andere Sichtweise: Menschen müssen für einen Ort gewinnbar sein. Die Lebensqualität steht am Anfang.

Wir haben hier also ein klassisches Henne-Ei-Problem. Zugespitzt formuliert lautet das Problem, ob am Beginn einer Entwicklung regionaler Prosperität die Arbeitsplätze oder die Raumpräferenzen der Arbeitenden zu finden sind.

Richard Florida hält das Angebot von Jobs für einen zwar notwendigen aber allein unzureichenden Faktor, um Menschen für eine Region zu interessieren. „*But jobs are not the whole story. People balance a host of considerations in making decisions on where to work and live*“ (Florida 2002: 218). Florida zufolge kann fehlende Lebensqualität einer Region die Ursache dafür sein, dass Menschen angebotene Arbeitsplätze nicht annehmen (vgl. Florida 2000: 48). Der Bürgermeister der Stadt Darmstadt, Benz, betont, dass Expansionspläne Darmstädter High-Tech-Unternehmen oftmals an der fehlenden Bereitschaft von Fachleuten, in die Region zu ziehen, scheitern (vgl. Benz in diesem Band).

Offensichtlich haben Menschen, denen Arbeit angeboten wird, Alternativen, die ihnen das Ausschlagen von Angeboten an unattraktiven Standorten ermöglichen. Sie sind nicht zwingend auf jede angebotene Stelle angewiesen. Aber welche Alternativen sind es? Wie sehen die Mittel der Arbeitnehmer aus, ihren Raumpräferenzen Nachdruck zu verleihen? Dies soll im Folgenden kurz diskutiert werden.

Stolarick vertritt in diesem Band die Ansicht, dass die Kreativen sich den Raum deshalb selbst aussuchen können, weil sie sich mittels Existenzgründungen selbst Arbeitsplätze schaffen und dann weitere Arbeitsplätze für Kreative induzieren. Aber es sind auch andere Erklärungen denkbar. Ausgangspunkt sind vier Fälle, die zeigen, wie die „weichen“ räumlichen Präferenzen von Arbeitnehmern die Arbeitsmärkte (also den nach der Infrastruktur wichtigsten „harten“ Standortfaktor) verändern können.

- Fall 1 trug sich Ende der 80er Jahre in Frankfurt zu. Ein Examskandidat der Universität Frankfurt berichtete seinem Professor über seine Berufspläne. Obwohl ihm das Rhein-Main-Gebiet mit all seinen Möglichkeiten und Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, hatte er es sich in den Kopf gesetzt, am Bodensee zu arbeiten. Nahezu unabhängig davon, bei welchem Unternehmen er arbeiten würde – es musste der Bodensee sein.²⁰
- Fall 2 trug sich Anfang der 90er Jahre in Alaska zu: Der Ingenieur in Anchorage, der, nachdem sein Projekt beendet war, unbedingt in Alaska bleiben wollte, gründete eine Gesellschaft, lebte eine Zeit lang von Reserven und bemühte sich händeringend um Arbeit. Schließlich gelang es ihm, ein längeres Projekt auf Hawaii für eine in Seattle ansässige Firma bearbeiten zu können, was seinem Unternehmen den Bestand sicherte. Dann übte er selber Arbeitsangebote aus und stellte Sekretärin und Mitarbeiter ein.²¹ Es entstanden ein Arbeitsmarkt und Arbeitsplätze – ausschließlich aufgrund von Präferenzen von Menschen für einen bestimmten Standort.
- Fall 3 trägt sich täglich in Deutschland zu: Ein Arbeitnehmer wird arbeitslos. Er hat eine Präferenz für seinen gegenwärtigen Wohnort, meldet sich beim Arbeitsamt und lebt von Arbeitslosenversicherungsleistungen. Er schafft damit aufgrund seiner persönlichen Raumpräferenzen einen Arbeitsmarkt²² an einem Ort, an dem ein Unternehmen zunächst keine Arbeit anbietet. Ohne seine Bleibeentscheidung gäbe es kein Arbeitsangebot, und die Unternehmen, die ihre Arbeitsnachfrage, wie sie sie in Befragungen tun, vorrangig von der Infrastruktur und dem Arbeitsangebot abhängig machen (vgl. Abb. 1), würden die Region meiden.
- Ein interessanter Fall – Fall 4 – kollektiven Agierens war die Abstimmung der Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft ver.di gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt. Die Delegierten lehnten den Ausbau (und damit die Schaffung weiterer Arbeitsplätze) ab, weil sich die Lebensqualität in der Region durch einen Ausbau unzumutbar verschlechtern würde. „*Die Mehrheit der Bezirkskonferenz [hat] der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen offenbar nicht die Priorität*

²⁰ Konkret fuhr er die Unternehmen an, klingelte und fragte nach Arbeit. Schließlich hatte er sogar Erfolg.

²¹ Alle drei geschaffenen Arbeitsplätze waren also die direkte Folge des „weichen“ Wunsches einer Person, an dem spektakulären Ort Anchorage arbeiten zu wollen.

²² Zumindest den Teil der Arbeitsnachfrage.

gegeben“.²³ Zur Begründung für die Rangfolge „weiche vor harten“ Faktoren wurden die bereits erreichten Belastungen der Lebensqualität durch den Flughafen genannt. „*Wir müssen die Beschäftigten am Flughafen genauso vertreten wie die Mitglieder, die vielleicht in der Einflugschneise leben*“ (ebenda).

Diese vier Fälle haben eines gemeinsam: Sie zeigen, wie die „weichen“ Präferenzen der Arbeitnehmer für eine Region die Arbeitsmärkte verändern und damit den zweitwichtigsten „harten“ Standortfaktor beeinflussen. In allen Fällen ist der harte Faktor Arbeitsmarkt vom weichen Faktor Wohnortpräferenz abhängig und nicht umgekehrt. Die Fälle mögen außergewöhnlich erscheinen. Sie lassen sich aber leicht um viele weitere ganz gewöhnliche Fälle ergänzen. Da gibt es die Menschen, die Versetzungen in bestimmte Regionen nicht zustimmen, bei denen der Arbeitgeber Angst haben muss, dass mit Missfallen, innerer Kündigung oder expliziter Kündigung reagiert wird. Personalagenturen spüren die Reaktionen von Einzustellenden auf Jobangebote in verschiedenen Städten. Großunternehmen bemerken, welche Zugeständnisse sie machen müssen, um Mitarbeiter an unattraktive Standorte versetzen zu können, oder sie stellen fest, dass sie bestimmte Typen von Qualifikationen überhaupt nicht attrahieren können; usw.

Das einen Arbeitsmarkt ausmachende Arbeitsangebot muss nicht immer explizit geäußert werden. Es gibt ein Arbeitsangebot, das man als „latentes“ Arbeitsangebot bezeichnen könnte. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat 1995 eine Liste mit den Orten veröffentlicht, in denen sich Manager bevorzugt niederlassen würden. München, Paris, London stehen an den ersten Stellen (vgl. Grabow u.a. 1995: 196). Viele Arbeitnehmer träumen davon, in diese Orte versetzt zu werden. Sie üben eine latente Nachfrage nach Arbeit an diesen Orten aus. Dadurch verfügen diese Orte über sehr ergiebige Arbeitsmärkte, völlig unabhängig davon, wie viele Menschen dort tatsächlich bereits wohnen, arbeiten oder sich arbeitsuchend gemeldet haben. Unternehmen können einen Arbeitsmarkt in ihre Kalkulationen einbeziehen, auch wenn die notwendigen Arbeitnehmer (noch) gar nicht am Ort verfügbar sind.

Wir halten fest: Das Henne-Ei-Problem, also die Frage, was zuerst da ist: Arbeit oder Mensch, entpuppt sich als weniger gravierend als zuerst vermutet. Es ist kein Grund anzunehmen, die weichen Faktoren könnten keine entscheidende Rolle bei der regionalen Prosperität spielen. Es gibt Mechanismen, mit denen

²³ Jochen Remmert, Alle Hände voll zu tun für Verdi-Betriebsräte am Flughafen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8.4.2003.

die Arbeitnehmer ihre Raumpräferenzen wirksam zum Ausdruck bringen können. Dabei spielt latente Nachfrage nach Arbeit an attraktiven Orten, die den Arbeitsmarkt dort vergrößert, genau so eine Rolle wie die Angst der Arbeitgeber, Mitarbeiter könnten sich bei Versetzungen an unattraktive Standorte nicht bestmöglich einsetzen oder abwandern.

IX. Schlussfolgerungen

Ziehen wir ein Fazit: Wir haben die fünf Sichtweisen kennen gelernt, unter denen heute weiche Standortfaktoren betrachtet werden.

- Der traditionelle Ansatz (Sichtweise I)
- Die „Zünglein an der Waage“-These (Sichtweise II)
- Weiche Faktoren in der Dienstleistungsgesellschaft (Sichtweise III)
- Das Konzept der Stadtbilder (Sichtweise IV)
- Weiche Faktoren in der Ökonomie der Gegenwart (Sichtweise V)

Der traditionelle Ansatz krankt an veralteter theoretischer Fundierung. Die scheinbare empirische Bestätigung des Primats harter Standortfaktoren beruht auf unzureichenden Untersuchungsmethoden. Es gibt eine Fülle von Indizien dafür, dass es ein Primat der harten Standortfaktoren nicht gibt. Harte und weiche Faktoren scheinen vielfach interdependent zu sein.

Für die „Zünglein an der Waage“-These gibt es empirische Bestätigungen. Aber letztlich gelten die gleichen Schwächen wie beim traditionellen Ansatz.

Das Konzept der Stadtbilder ist ein interessanter Versuch, moderne Erkenntnisse über das Entscheidungsverhalten von Wirtschaftssubjekten in die Standortanalyse einzubringen. Es ergaben sich Anzeichen dafür, dass die mittlerweile klassische Trennung der Standortfaktoren in harte und weiche überholt ist. Wirtschaftssubjekte denken ganzheitlich und entscheiden aufgrund eines Bündels von Faktoren, dessen Zusammensetzung von uns erst in Ansätzen verstanden wird.

Moderne Ansätze zur Klärung relevanter Standortfaktoren stützen sich auf erneuerte theoretische Fundamente. Dabei spielen Veränderungen in den Wertschöpfungsketten moderner Marktwirtschaften die entscheidende Rolle. Die Entwicklung geht weg von der traditionellen fordistischen Industrieökonomie hin zu wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaften. Die Standortgebundenheit von Unternehmen im traditionellen Sinne nimmt ab. Die Handlungs-

spielräume der Mitarbeiter nehmen zu. Die Abhängigkeit der Unternehmen von der Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter steigt.²⁴

Damit verschieben sich die kritischen Standortfaktoren: Unternehmen suchen nicht mehr nach den Standorten, welche die geringsten Produktionskosten ermöglichen, um Kostenführer zu werden, sondern nach den Standorten, an denen sie die Talente finden, bzw. an die sie die Talente ziehen und binden können, um den Wandel zu beherrschen. Diejenigen Standorte sind von Interesse, die solche Eigenschaften aufweisen, die für die aktiven Köpfe attraktiv sind. Studien Richard Floridas aus den USA zeigen, welche Eigenschaften die größte Relevanz haben.

Für die regionale Wirtschaftspolitik ist die neue Sichtweise von Bedeutung, weil die wirtschaftspolitischen Implikationen der älteren und der neueren Sichtweise durchaus diametral entgegengesetzt sein können.

Dies sei am Beispiel des Rhein-Main-Gebietes und seines Flughafens verdeutlicht:

Das Rhein-Main-Gebiet leidet an (mäßigen) Wachstumsraten, die hinter denen konkurrierender Großräume zurückbleiben. München hat sich für viele moderne Branchen als attraktiver erwiesen als der Raum Frankfurt. Aus Sicht der traditionellen Standortfaktorenlehre müsste nun vor allem nach Mängeln bei den harten Standortfaktoren gesucht werden. Der Flughafen müsste zum Bleiben bzw. Expandieren aufgefordert werden, um Arbeitsplätze zu sichern und den Arbeitsmarkt zu stabilisieren. Mit erleichterten Umweltauflagen und steuerlicher Förderung müsste versucht werden, die Kosten des Fliegens niedrig zu halten, um Arbeitsplätze zu sichern.

Nach der neuen Sichtweise muss dagegen eruiert werden, ob das Rhein-Main-Gebiet (noch) eine attraktive Region für innovative, wachstumsstarke, moderne Branchen ist. Es muss geprüft werden, warum Regionen wie München ein positives Image haben und was im Rhein-Main-Gebiet getan werden kann, dieses zu heben. Dabei könnte es sein, dass die Rolle des Flughafens mit seinen belastenden Elementen²⁵ überdacht werden muss. Im Sinne der von Richard Florida ermittelten Abhängigkeiten könnte eine Verringerung der Belastungen über eine gestiegene Lebensqualität das explizite oder latente Arbeitsangebot erhöhen und damit den Faktor Arbeitsmarkt verbessern, den Unternehmen zur Ansiedlung benötigen.

²⁴ Für einzelne Unternehmen und verschiedene Branchen wird es unterschiedliche Effekte geben.

²⁵ 5 % der Stadtbevölkerung halten den Fluglärm für zu den größten Problemen der Stadt gehörig, Tendenz zunehmend; vgl. Dobroschke-Kohn, W. (2002): 129.

Die Zeit drängt, die Relevanz der verschiedenen Standortfaktoren zu klären. Viele Regionen, die ihren Wohlstand aus langjährig ansässigen Branchen beziehen, befinden sich mittlerweile in einer heiklen Situation. Eike Schampp von der Universität Frankfurt stellt fest: Viele Unternehmen sitzen noch an Standorten, die vor Jahrzehnten gewählt worden sind und die damals optimal waren (vgl. Schampp 2001: 172f.). Sie sind Relikte aus der Vergangenheit des Industriezeitalters. Doch dieses Zeitalter ist zu Grunde gegangen. Betriebsänderungen, Erweiterungen, Expansionen drohen nun, an diesen alten Standorten vorbei zu laufen, wenn sie sich nicht auf die Raumerfordernisse des neuen Zeitalters der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft einstellen.

Wie auch immer man die fünf Sichtweisen bewertet, eindimensionale Erklärungen sind sicherlich Fehl am Platze. Die Forschung zu weichen Standortfaktoren befindet sich immer noch in einem Anfangsstadium. Mehr als Indizien sind heute noch nicht verfügbar.

Literatur

- Baethge, M./Baethge-Kinsky, V.:* Der implizite Innovationsmodus: Zum Zusammenhang von betrieblicher Arbeitsorganisation, human Ressources, Development und Innovation, in: Lehner, F., Baethge, M., Kühl, J.: Stille, F. (1998): Beschäftigung durch Innovation, München, Meringen 1998.
- Biersack, W./Dostal, W./Parmentier, K./Plicht, H./Troll, L.:* Arbeitssituation, Tätigkeitsprofil und Qualifikationsstruktur von Personengruppen des Arbeitsmarktes – Ergebnisse der BIBB/IAB-Erhebung 1998/99, Nürnberg 2001.
- Castells, M.:* Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2001.
- Cernavin, O./Thießen, F.:* Von der Industrie- zur Wissensökonomie – Arbeit und Arbeitsorganisation im Zeitalter der Wissensgesellschaft, in: Neue Ökonomie der Arbeit – Beiträge zum Management von Kompetenz und Wissen, Marburg 2003.
- DIHT – Deutscher Industrie- und Handelstag:* Die Zukunftsperspektiven der deutschen Industrie, Bonn 2001.
- Dobroschke-Kohn, W.:* Leben in Frankfurt am Main – Ergebnisse der Bürgerbefragung 2001, in: Frankfurter Statistische Berichte, Heft 2, Frankfurt 2002.
- Dostal, W./Jansen, R./Parmentier, K. (Hg.):* Wandel der Erwerbsarbeit: Arbeitssituation, Informatisierung, berufliche Mobilität und Weiterbildung, Nürnberg 2000.
- Dostal, W./Parmentier, K./Plicht, H./Rauch, A./Schreyer, F.:* Wandel der Erwerbsarbeit: Qualifikationsverwertung in sich verändernden Arbeitsstrukturen, Nürnberg IAB-Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung – Beitrag Nr. 246, Nürnberg 2001.
- Florida, R.:* Competing in the Age of Talent: Quality of Place and the New Economy, Arbeitspapier, Carnegie Mellon University, Pittsburgh 2000.

- *The Rise of the Creative Class*, New York 2002.
- Gigerenzer, G./Selten, R.:* Bounded Rationality – The Adaptive Toolbox, Cambridge, Mass. 2001.
- Götze, U.:* Standortstrukturgestaltung internationaler Industrieunternehmen, Göttingen 1995.
- Der Faktor Arbeit in der industriellen Standortlehre, in: Neue Ökonomie der Arbeit – Beiträge zum Management von Kompetenz und Wissen, Düsseldorf 2003.
- Grabow, B./Henckel, D./Hollbach-Gröming, B.:* Weiche Standortfaktoren, Stuttgart u.a. 1995.
- Gröming, H./Lichtblau, K./Weber, A.:* Industrie und Dienstleistungen im Zeitalter der Globalisierung, Köln 1998.
- Hirshleifer, D./Shumway, T.:* Good Day Sunshine: Stock Returns and the Weather, in: The Journal of Finance, Vol. LVII, Juni 2003.
- Klotz, U.:* Informationsarbeit und die neuen Regeln der Ökonomie, in: Eichendorf, W. u.a. (Hrsg.): Arbeit und Gesundheit – Jahrbuch 2000, Wiesbaden 1999.
- Krugmann, P.:* Geography and Trade, Leuven, Cambridge 1991.
- Läpple, D.:* City and Region in an Age of Globalisation and Digitization, in: German Journal of Urban Studies, Vol. 40, Nr. 2, 2001.
- Ruppert, W.:* Produktionsstandorte der Industrie im Urteil der Unternehmen, in: ifo-Schnelldienst, 32.Jg., 1989.
- Schampp, E.W.:* Der Aufstieg von Frankfurt/Rhein-Main zur europäischen Metropolregion, in: *Geographica Helvetica*, 56/3, 2001.
- Sternberg, R./Arndt, O.:* The Firm or the Region: What Determines the Innovation Behavior of European Firms, in: *Economic Geography*, Vol. 77, Nr. 4, 2001.
- Suntum, U. v.:* Regionalökonomie und Standortwettbewerb, in: *WiSt*, Heft 10, 1999.

A. Theoretische und empirische Grundlagen

Weiche Standortfaktoren in Theorie und Empirie – ein Überblick

Von Busso Grabow

I. Einführung

Der Begriff der „weichen“ Standortfaktoren wird in Fachkreisen wie in der öffentlichen Diskussion inzwischen mit großer Selbstverständlichkeit gebraucht. Dahinter steht die Erkenntnis, dass unternehmerische und private Entscheidungen – in diesem Fall die Standort- oder Wohnortwahl – von vielen Faktoren beeinflusst sind, die nur zum Teil messbar, in jedem Fall aber stark subjektiv oder irrational sind.

Den weichen Standortfaktoren wird im Standortwettbewerb eine stark wachsende Bedeutung zugesprochen. Die Anstrengungen vieler Städte um entsprechende Profilierungen in „weichen Bereichen“ lassen erkennen, wie diese Einschätzung bereits im kommunalen Handeln ihren Niederschlag gefunden hat. Kultur und ganz allgemein Investitionen in die *Verbesserung der Lebensbedingungen* in den Städten werden zunehmend als Standort- und *Wirtschaftsfaktor* verstanden. Ob die weichen Standortfaktoren tatsächlich von Bedeutung sind – für wen, bei welchen Standortentscheidungen, mit welchem Gewicht gegenüber den harten Faktoren – war lange Zeit allerdings nur wenig empirisch begründet.

Daher wurde von 1993 bis 1995 ein Projekt des Deutschen Instituts für Urbanistik zur Bedeutung weicher Standortfaktoren durchgeführt, um entsprechende Wissensdefizite zu beseitigen und die theoretische Diskussion auf eine fundiertere Basis zu stellen. Eine im Herbst 1993 vorgenommene repräsentative Umfrage bei über 2000 Unternehmen bildete neben den neun Städtefallstudien den Kern der Untersuchung (vgl. Grabow, Henckel, Hollbach: 1995). In der jeweils zwanzigminütigen telefonischen Umfrage bei den Unternehmen wurden ausschließlich Branchen ausgewählt, bei denen weiche Standortfaktoren eine Rolle spielen können. Dabei wurde auch eine Stichprobe bei Großunternehmen gezogen, bei der es keine Brancheneinschränkung gab. Diese wurde gleichzeitig dazu benutzt, Standorte von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sowie

von Produktionsbetrieben ausfindig zu machen und zu befragen, was durch die sonstige Stichprobenziehung nicht möglich gewesen wäre. Die Aussagen, die sich aus den empirischen Erhebungen dieser Untersuchung ableiten lassen, gelten nur für die ausgewählten Branchen und Betriebsgrößen; befragt wurden nur Betriebe mit mehr als zehn Arbeitsplätzen. Zur qualitativen Absicherung der Ergebnisse wurden zusätzlich knapp 100 Expertengespräche in Kommunen und Unternehmen geführt.

Für Deutschland gibt es bis heute keine neueren flächendeckenden Untersuchungen ähnlicher Breite zu diesem Thema (für andere Länder siehe den Beitrag von Kevin Stolarick in diesem Band). Daher muss immer noch auf die nicht mehr ganz aktuellen Daten zurückgegriffen werden. An der grundsätzlichen Aussagefähigkeit der Darstellungen ändert sich dadurch jedoch nichts.

II. Begriffsklärung: Harte und weiche Standortfaktoren – Metafaktoren

Weiche und harte Faktoren sind komplementär und decken zusammen das gesamte Spektrum relevanter Bestimmungsgrößen für Standortentscheidungen ab. Sie lassen sich nicht eindeutig voneinander abgrenzen, sondern sind vielmehr in einem Kontinuum angesiedelt, das durch die Kriterien „Quantifizierbarkeit und Bedeutung subjektiver Einschätzungen“ sowie „Relevanz für die Betriebs- oder Unternehmenstätigkeit“ aufgespannt wird (vgl. Abbildung 1). Standortfaktoren sind – ob direkt oder indirekt – für mindestens einen Teil der Entscheidungsträger in den Betrieben oder Unternehmen bei Standortentscheidungen relevant.

Weiche Standortfaktoren

- haben für die Betriebs- oder *Unternehmenstätigkeit* direkte Auswirkungen, sind aber schwer messbar, oder es werden im Regelfall Fakten durch Einschätzungen überlagert oder ersetzt oder
- haben für die Betriebs- oder Unternehmenstätigkeit keine oder nur wenig direkte Auswirkungen, sind aber für die *Beschäftigten* oder Entscheider relevant.

Sie müssen unterschieden werden in *weiche, unternehmensbezogene Faktoren*, die von unmittelbarer Wirksamkeit für die Unternehmens- oder Betriebs-tätigkeit sind (z.B. das Verhalten der öffentlichen Verwaltung oder politischer Entscheidungsträger, die Arbeitnehmermentalität oder das Wirtschaftsklima), sowie in *weiche, personenbezogene Faktoren*, zu denen die persönlichen Präfe-

renzen der Entscheider und die Präferenzen der Beschäftigten gehören. Beides sind subjektive Einschätzungen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen am Standort.

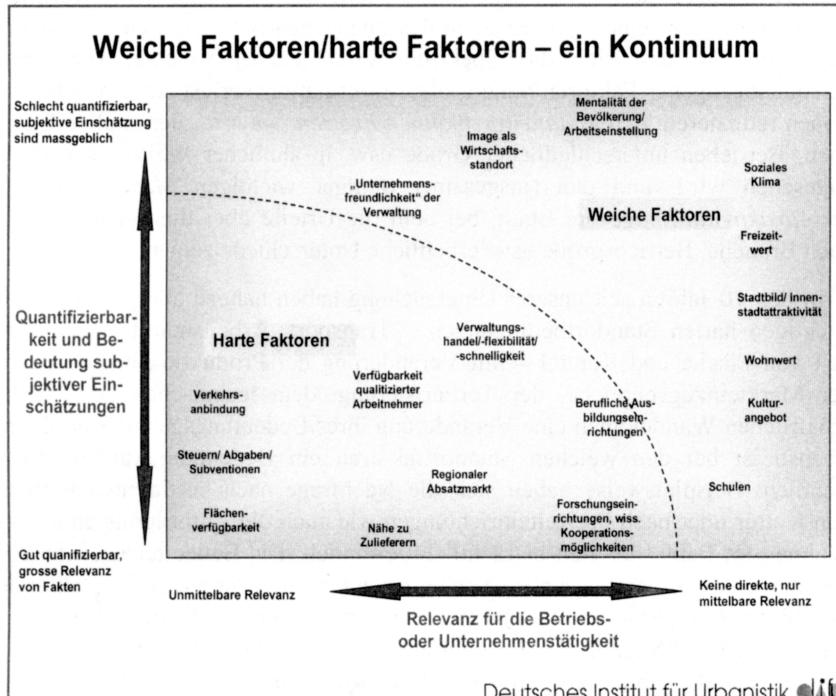


Abbildung 1: Arten und Relevanz von Standortfaktoren

Insgesamt kommt man damit zu drei Kategorien von Standortfaktoren: harte/weiche unternehmensbezogene und weiche personenbezogene.

Manche der weichen Faktoren, wie etwa Kultur oder Freizeitwert, mögen durchaus leicht messbar sein, entsprechendes statistisches Material ist häufig vorhanden. Sie unterscheiden sich von den harten Faktoren jedoch dadurch, dass sie ihre Bedeutung erst durch die subjektive Einschätzung ihrer Ausprägungen erhalten. Besonders ausgeprägt ist das subjektive Element in Fällen, in denen sich objektive Maßstäbe – oder Vergleiche mit der Situation in anderen Städten oder Regionen – nur schwer finden lassen. Eine ausschließliche Beurteilung der Fakten – oder im Falle der Kommunalverwaltung und -politik eine positive Selbsteinschätzung – kann bei der Bewertung von Standortqualitäten zu gravierenden Fehleinschätzungen führen. Auch wenn die Einschätzungen der

wirtschaftlichen Akteure den Realitäten nicht entsprechen, spielen sie für Standortentscheidungen eine wichtige Rolle.

Unternehmerische Akteure sehen viele Merkmale nicht isoliert, sondern urteilen häufig über einen ganzen Komplex „benachbarter“ Faktoren sehr undifferenziert. So lässt sich das Spektrum verschiedener weicher, vor allem personenbezogener Faktoren ohne großen Informationsverlust auf zwei Dimensionen reduzieren: den *Metafaktor Wohnen/Freizeit/Umwelt*¹, der in allen Branchen, Betrieben unterschiedlicher Größe usw. in ähnlicher Weise als wichtig angesehen wird, und den (insgesamt) weniger wichtigen *Metafaktor Kultur/Attraktivität/Image* der Stadt, bei dem die Urteile über die Wichtigkeit je nach Branche, Betriebsgröße usw. erhebliche Unterschiede zeigen.

In den 10 Jahren seit unserer Untersuchung haben nahezu alle grundsätzlich wichtigen harten Standortbedingungen – Transport, Arbeitsmarkt, Verfügbarkeit von Fläche und Kapital – mit Veränderung der Produktionsbedingungen, der Markteinzugsbereiche, der Tertiarisierung, dem technischen und gesellschaftlichen Wandel auch eine Veränderung ihres Bedeutungsgehaltes erfahren. Ebenso ist bei den weichen Standortfaktoren ein Bedeutungswandel offensichtlich. Beispielsweise haben sich die Nachfrage nach bestimmten Formen von Kultur oder nach Freizeiteinrichtungen wie auch die Anforderungen an das Wohnen im Laufe der Zeit beträchtlich gewandelt. Ein Bedeutungsgewinn der weichen Faktoren lässt sich aus verschiedenen Gründen vermuten. Der sektorale und branchenstrukturelle Wandel mit einer zunehmenden Tertiarisierung, die wachsende Qualifikation der Beschäftigten, neue Techniken, eine Ausweitung der Arbeitsteilung oder das veränderte Verhältnis von Arbeit und Freizeit haben in vieler Hinsicht Rückwirkungen auf die Standortanforderungen der Wirtschaft.

III. Standortdynamik

Die Bedeutung von Standortbedingungen im Standortwettbewerb der Städte hängt davon ab, wie groß das Ausmaß an Standortbewegungen ist. Entgegen der Aussagen vieler früherer Untersuchungen gibt es eine erhebliche Standortdynamik in Deutschland, wenn man alle standortrelevanten Prozesse zusammennimmt und auch den Dienstleistungssektor betrachtet. Der wesentliche

¹ *Metafaktoren* wurden gebildet, in dem auf der Basis multivariater Analysen ähnliche Faktoren gewichtet zusammengefasst wurden (Bildung von Faktorwerten und gewichtete Durchschnitte).

Grund dafür liegt darin, dass die meisten der anderen Studien zu diesem Thema nur Verlagerungen – die lediglich etwa acht Prozent aller standortrelevanten Entscheidungen ausmachen (vgl. Abbildung 2) – oder Gründungen betrachtet haben. Das tatsächliche Ausmaß der Standortveränderungen wird aber erst deutlich, wenn man die Vielzahl „versteckter“ standortrelevanter Prozesse in die Betrachtung einbezieht, wie beispielsweise Ausweitungen und Schrumpfungen von Standorten (relativ zu anderen) oder Gründungen und Auflösungen von Zweigstellen. Standortrelevant sind ebenfalls Bleibeentscheidungen, sofern sie in der Alternative zu möglichen Verlagerungen stehen. Schließlich beschränkt man sich in der Diskussion um die Standortdynamik in der Bundesrepublik Deutschland vielfach nur auf die Industrie, obwohl der Dienstleistungssektor den produzierenden Bereich in seiner Bedeutung längst überholt hat.

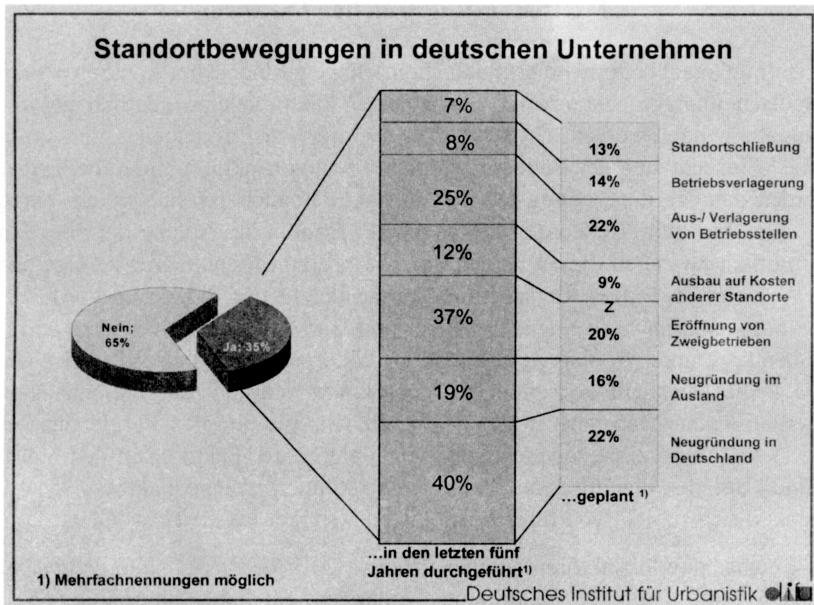


Abbildung 2: Standortbewegungen und ihre Ursachen

Erst wenn man die Vielfalt aller standortrelevanten Teilprozesse in der Industrie und im Dienstleistungssektor zusammen nimmt, wird das wirkliche Ausmaß der Standortdynamik erkennbar. Mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen hatte in den letzten fünf Jahren vor der Befragung standortrelevante Entscheidungen getroffen.

In Zukunft muss aufgrund verschiedener Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft, wie beispielsweise der Einführung von neuen Produktionskonzepten, der Internationalisierung von Vorleistungsverflechtungen, der Verkürzung von Produktzyklen (auch im Dienstleistungssektor) oder zunehmender Bedeutung firmeninternen Flächenmanagements mit noch stärker wachsender Dynamik bei standortrelevanten Entscheidungen gerechnet werden.

Die Ursachen unternehmerischer Standortentscheidungen sind vorwiegend ortsbezogen. Das heißt, spezifische Vor- oder Nachteile der jeweiligen Standorte in Städten, Gemeinden oder Kreisen sind in der Regel ausschlaggebend für Standortbewegungen.

IV. Bedeutung weicher Faktoren

Befragt man Unternehmen nach ihren Beweggründen bei konkreten Standortentscheidungen, dann wird den weichen Faktoren eine deutlich geringere Bedeutung beigemessen als wenn man um eine ganz allgemeine, „unverbindliche“ Einschätzung der Bedeutung weicher Standortfaktoren bittet; bei letzterer werden dann zu den wichtigsten Standortfaktoren auch einzelne weiche gerechnet. Die wirkliche Bedeutung der weichen Faktoren lag Anfang der 90er Jahre vermutlich zwischen diesen beiden Polen. Unseren Erkenntnissen zufolge hängt sie von der jeweiligen Entscheidungsphase ab: In der Phase der *Vorauswahl von Standortalternativen* spielen Bilder und Vorstellungen von Städten und Regionen (vgl. unten) – also weiche Standortfaktoren – eine vergleichsweise wichtige Rolle (dies gilt vor allem für die Standortwahl im überregionalen oder internationalen Maßstab); in der *Phase der Analyse* und des Vergleichs der in die Betrachtung einbezogenen Standorte treten harte Faktoren in den Vordergrund. Bei der eigentlichen *Entscheidung* können weiche Faktoren – ausgedrückt durch subjektive Präferenzen – wieder stärker ins Gewicht fallen.

Weiche Standortfaktoren spielen für etwa 20 Prozent der Unternehmer eine nennenswerte Rolle bei Standortentscheidungen? Sie haben unter anderem deswegen Bedeutung, weil für viele Entscheider harte Standortfaktoren an sehr vielen Standorten gleichermaßen gut vorhanden sind. Für einen erheblichen Teil der Befragten können weiche Faktoren sogar Mängel bei harten Standortfaktoren überspielen.

Insgesamt spielen weiche Standortfaktoren aber nur in den seltensten Fällen die allein ausschlaggebende Rolle bei Standortentscheidungen; meist sind sie nur im Zusammenhang mit „harten Qualitäten“ zu sehen; wenn überhaupt, sind weiche unternehmensbezogene Faktoren wichtiger als personenbezogene.

Die wichtigsten Standortfaktoren sind die „harten“: Verkehrsanbindung, Flächen und Büros, Arbeitsmarkt (vgl. Abbildung 3). Die wichtigsten weichen Standortfaktoren sind Wohnen und Wohnumfeld (auch: die Umweltqualität) sowie das Wirtschaftsklima in der Stadt und im Bundesland. Viele andere weiche personenbezogene Faktoren, unter anderem auch der in der öffentlichen Diskussion häufig angesprochene Bereich der Kultur, finden sich auf den letzten Plätzen in der Bedeutungshierarchie von Standortfaktoren wieder.

Jede genauere Analyse der Bedeutung von harten und weichen Standortfaktoren erfordert eine differenzierte Betrachtung nach verschiedenen betrieblichen und räumlichen Kategorien, beispielsweise

- nach dem Typus der Standortwahl,
- der Branche,
- dem funktionalen Betriebstypus (also Verwaltung, FuE-Abteilungen oder Produktionsbereiche),
- der Unternehmens- oder Betriebsgröße,
- der Stadtgröße oder
- dem Stadtyp.

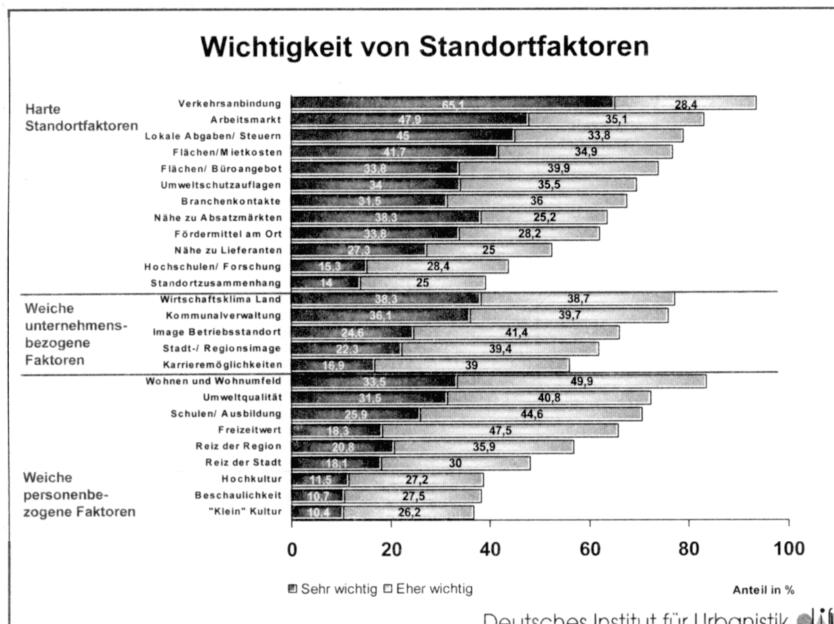


Abbildung 3: Bedeutung von Standortfaktoren

Teilweise zeigen sich erhebliche Unterschiede je nach Kategorie sowohl in Bezug auf die Wichtigkeit von Faktoren (vgl. Abbildung 4) wie auch auf die Zufriedenheit mit den jeweiligen Standortbedingungen.

V. Zufriedenheit mit Standortbedingungen

Es gibt eine nennenswerte Zahl von Unternehmen, die an ihren Standorten die für sie wichtigen Standortbedingungen in nahezu optimaler Form vorfinden und damit überaus zufrieden sind. Sieht man von diesen Unternehmen aber ab, ist die Tendenz bei den restlichen Befragten eher umgekehrt. Je wichtiger die Standortfaktoren sind, desto geringer ist die Zufriedenheit mit den gegebenen Bedingungen. Für viele Unternehmen scheint es nicht möglich zu sein, die für sie wichtigen Standortbedingungen an den vorhandenen Standorten in der gewünschten optimalen Ausprägung zu finden.

Unterschiede in der Wichtigkeit von Meta-Standortfaktoren					
	Wohnen/ Freizeit/ Umwelt	Kultur/ Attraktivität	Auflagen/ Abgaben/ Märkte	Flächen/ Gebäude	Unter- nehmens- netze
Branchen	<input checked="" type="checkbox"/>				
Ländern		<input checked="" type="checkbox"/>			
Unternehmens-/ Betriebstypen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>
Größe des Betriebs			<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Anteil der Hochqualifi- zierten	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>		

Hochsignifikante
Unterschiede

Signifikante
Unterschiede

Deutsches Institut für Urbanistik 

Abbildung 4: Unterschiede in der Bedeutung von Meta-Standortfaktoren

Im Vergleich aller weichen Faktoren sind die unternehmerischen Akteure mit dem wichtigsten weichen personenbezogenen Faktor Wohnen und Wohnumfeld am wenigsten zufrieden. Ähnliches gilt für die Unternehmensfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung als wichtigstem unternehmensbezogenem Faktor. Im Hinblick auf diese Befunde ergeben sich jeweils erhebliche kommunale Handlungserfordernisse.

Bei der Zufriedenheit mit Standortbedingungen sind die Unterschiede je nach siedlungsstrukturellen Stadt- und Kreistypen, Ländern und Branchen ausgeprägt (vgl. am Beispiel der beiden weichen Metafaktoren die Abbildungen 5 und 6). So weisen etwa die Städte im Großstadtvergleich jeweils spezifische Stärken und Schwächen auf. Noch größer sind die Unterschiede in der Zufriedenheit der befragten Unternehmen mit weichen Standortqualitäten, je nachdem ob es sich um eine große oder kleine Stadt handelt. Während die meisten Faktoren in Großstädten deutlich besser bewertet werden (Kultur, Attraktivität, Freizeit usw.), ist bei dem wichtigsten weichen Faktor Wohnen und Wohnumfeld und bei der Umweltqualität die Situation genau umgekehrt: Hier nimmt mit abnehmender Stadtgröße die Zufriedenheit zu (vgl. Abbildungen 5 und 6).

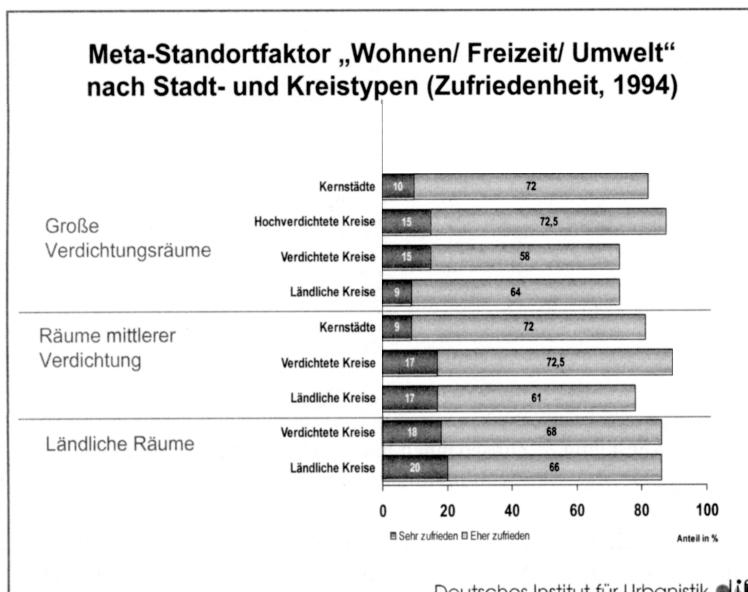
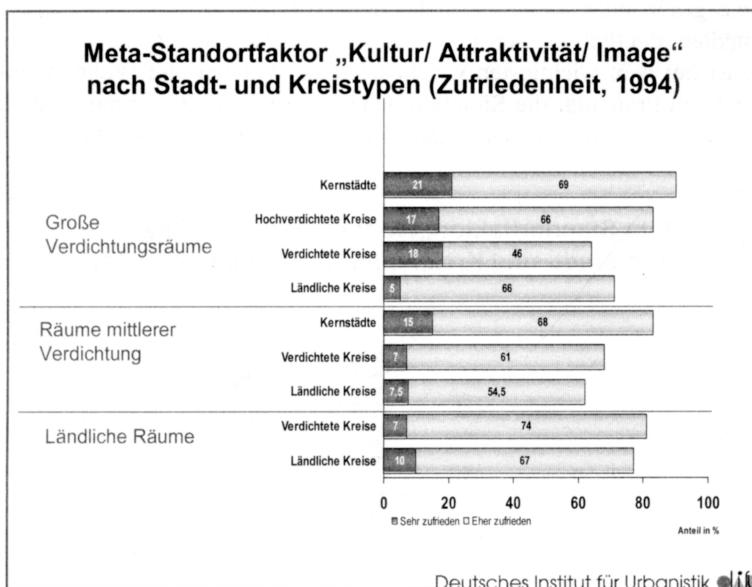


Abbildung 5: Zufriedenheit mit dem Meta-Standortfaktor „Wohnen/Freizeit/Umwelt“

Unterschiedliche Einschätzungen der Befragten je nach Land in Bezug auf Wichtigkeit und Zufriedenheit von und mit Standortfaktoren sind vor allem auf den Kontrast zwischen Flächenstaaten und Stadtstaaten einerseits und zwischen alten und neuen Bundesländern andererseits zurückzuführen. Hinsichtlich der Zufriedenheit gibt es auch gewisse Unterschiede zwischen den westdeutschen Flächenstaaten, die vor allem auf unterschiedliche landschaftliche und städtebauliche Attraktivität zurückzuführen sind. In der Einschätzung der Unternehmensfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung gibt es offensichtlich weniger strukturell bedingte Einschätzungsunterschiede als vielmehr regionstypische, auch wenn tendenziell in ländlichen Räumen die Zufriedenheit mit der Dienstleistungsqualität der Kommunen höher ist.



Deutsches Institut für Urbanistik

Abbildung 6: Zufriedenheit mit dem Meta-Standortfaktor „Kultur/Attraktivität/Image“

Vor allen zwischen den alten und neuen Bundesländern waren Mitte der 90er Jahre immer noch große Diskrepanzen in der Standortqualität vorhanden. Besondere Standortnachteile in den neuen Ländern sahen rund 80 Prozent der Unternehmen bei den weichen Standortfaktoren, die im weitesten Sinne Lebensqualität beschreiben, so z.B. im Hinblick auf die Attraktivität der Stadt und Region, auf Wohnen und Wohnumfeld und Kulturangebote. Auch wenn die

Daten aus dem Jahr 1993 nicht mehr die aktuelle Wirklichkeit widerspiegeln, so zeigen Abgleiche mit anderen, nicht repräsentativen neueren Veröffentlichungen, dass der Trend nicht grundsätzlich umgekehrt ist. Oder anders herum formuliert: Das deutlich geäußerte Missfallen der von uns befragten Unternehmensentscheidern an der Qualität der weichen Standortfaktoren in den neuen Bundesländern und die bekannte nur zögerliche Ansiedlung westlicher Unternehmen in den neuen Bundesländern deuten auf eine nicht zu unterschätzende Bedeutung weicher Faktoren bei Standortentscheidungen hin.

VI. Rolle von Images und „Bildern“ für Standorte

Im Zusammenhang mit der Akquisition von Unternehmens- oder Betriebsansiedlungen ist der „weichste“ aller weichen Standortfaktoren, das Image oder Bild einer Stadt und Region, besonders bedeutsam. Vor allem in frühen Phasen einer Standortentscheidung kann es der bestimmende Faktor dafür sein, ob ein neuer Standort überhaupt in Erwägung gezogen wird oder nicht. Eine Stadt wird im überregionalen Maßstab umso eher „für voll genommen“, wenn sie ein komplettes Bild mit gut ausgeprägten wirtschaftlichen, kulturellen, historischen und räumlichen Komponenten erkennen lässt. Je größer eine Stadt ist (auch das Alter spielt eine Rolle), desto wahrscheinlicher ist das Vorhandensein eines kompletten Bildes. Das Beispiel Wien – bei dem die wirtschaftliche Komponente im internationalen Maßstab nur gering ausgeprägt ist – macht deutlich, dass das Fehlen von einzelnen Aspekten negative Wirkungen haben kann. Die Teilbilder einer Stadt können sich gegenseitig stützen und verstärken (Beispiel München) oder sich gegenseitig beeinträchtigen (Beispiele Berlin, Augsburg).

Außenbilder von Städten sind in der Tendenz relativ langlebig und stabil, auch wenn die langfristig wirksamen Bilder partiell immer wieder von flüchtigeren, kurzlebigen Bildbestandteilen überlagert werden können. Bilder zu „produzieren“, die glaubhaft sind und einen Wandel hin zu einer positiveren Wahrnehmung von Stadt oder Region bewirken, ist ein langwieriger und schwieriger Prozess, wenn er – bewusst inszeniert – überhaupt gelingt.

Mittelgroße und kleinere Städte haben in der Regel nur in Ausnahmefällen ausgeprägte, überregional wirksame Bilder. Meist werden ihre regional sichtbaren Eigenarten im überregionalen Maßstab durch Bilder der Region oder einer nahe gelegenen Großstadt überdeckt. Für diese Städte kann es darum gehen, einerseits von positiven Bildern der Region zu profitieren und andererseits

durch spezifische eigene Stärken, Besonderheiten oder „Profilspitzen“ Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Tabelle 1

Bilder von Standorten

Bildbestandteile	Beispiele
① Wirtschaftliche Bilder	
- Verkehrsfunktion	Frankfurt, Hamburg
- Wirtschaftliche Funktion	Frankfurt, Hannover
- Dominanter Betrieb	Wolfsburg, Coburg
- Imagebildendes Produkt	Nürnberg, Solingen
② Räumliche Bilder	
- Räumliche Lage	Berlin, Genf
- Stadtbild/Ensembles	Rothenburg, Dresden
- Einzelbauwerke	Berlin, Lübeck
③ Kulturelle Bilder	
- Kulturstadt als Gesamteindruck	Dresden, Florenz
- Einzelne Image prägende Bereiche	Augsburg, Wien
- Bildungseinrichtungen	Göttingen, Heidelberg
- Kirchliche Funktionen	Fulda, Altötting
- Feste/Ereignisse	Köln, Kassel
- Ungeplante Einzelereignisse	Mölln, Memmingen
④ Geschichtliche Bilder	
- Historische Funktion	Augsburg, Essen
- Historische Ereignisse	Nürnberg, Potsdam

VII. Kommunale Maßnahmen zur Stärkung weicher Standortbedingungen

Verbesserungen der weichen Standortfaktoren müssen vor allem in denjenigen Bereichen ansetzen, die einerseits von den Unternehmen als wichtig erachtet werden, mit denen sie andererseits besonders wenig zufrieden sind (vgl. den Quadranten rechts unten in Abbildung 7). Gleichzeitig sollte sich eine Stadt auf solche „weichen Standortbedingungen“ konzentrieren, bei denen ihre Handlungskompetenz und ihre Gestaltungsmöglichkeiten groß sind.

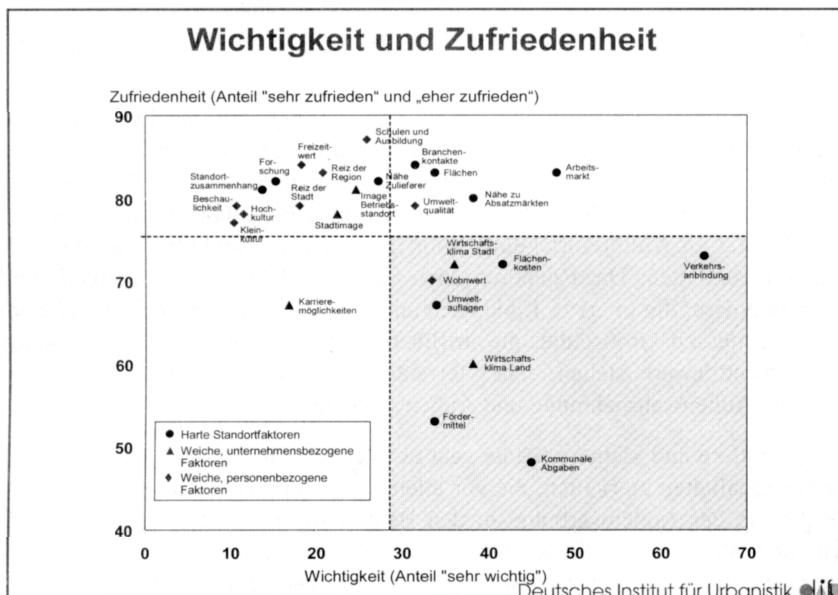


Abbildung 7: Bedeutung von Wichtigkeit und Zufriedenheit mit Standortfaktoren

Bei dem wichtigsten weichen unternehmensbezogenen Standortfaktor, dem Umgang der Verwaltung mit den Unternehmen – in der Untersuchung unter dem Stichwort „Unternehmensfreundlichkeit der kommunalen Verwaltung“ zusammengefasst – ist die kommunale Handlungskompetenz sehr hoch: Dieser Faktor kann am ehesten von der Stadt beeinflusst, gestaltet und verändert werden; alle Kommunen bringen dazu ähnliche Voraussetzungen mit. Weder Vorteile noch Nachteile durch räumliche Lage, landschaftliche Attraktivität, Freizeitwert oder Kulturausstattung beeinflussen in nennenswertem Maß die kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten bei diesem Faktor.

Auch weiche personenbezogene Standortfaktoren, wie z.B. die kulturelle Ausstattung einer Stadt oder Wohnen und Wohnumfeld, können je nach der finanziellen Situation einer Stadt in einem gewissen Rahmen von ihr gestaltet werden. Die Verbesserung der Wohnbedingungen – der wichtigste weiche Faktor und zugleich derjenige, bei dem die größte Unzufriedenheit herrscht – stellt sowohl in Qualität als auch Quantität die größte Herausforderung der Standortpolitik im Hinblick auf die „weichen Rahmenbedingungen“ dar.

Abgesehen von den genannten grundlegenden Bereichen gibt es nicht *das* Handlungskonzept zur Verbesserung weicher Faktoren; in Abhängigkeit von der Stadtgröße, der Integration der Städte in überregionalen Netzen, den Standortbedingungen usw. sind jeweils unterschiedliche Schwerpunktsetzungen notwendig.

In Großstädten werden grundsätzlich andere Angebote und Leistungen bei den weichen Standortfaktoren erwartet als in kleineren Städten. Sehr deutlich wird dies am Beispiel des Kultur- und Freizeitangebots. Großstädte müssen, auch im Hinblick auf Standortkonkurrenzen, eine bestimmte Breite, Quantität und Qualität an Kultureinrichtungen im Bereich der Hochkultur und der Off-Kultur bereithalten. Dazu gehören auch kulturelle Höhepunkte, Festivals und Großereignisse, die in erster Linie nach außen wirken und Image fördernd sind. Generell müssen Großstädte, die im überregionalen, teilweise internationalen Standortwettbewerb stehen, sehr viel stärker als kleinere Städte auf Außenwirkung, Außenwahrnehmung und Außenwerbung achten.

Für mittlere und kleinere Städte geht es in erster Linie darum, Aktivitäten auf weiche Qualitäten zu richten, die vor allem innerhalb der Stadt wahrgenommen werden. In der Außenwerbung, in den Bemühungen um überregionale Wahrnehmung, stellt es sich für kleinere Städte als wichtige Aufgabe, sich als Teil einer attraktiven Region darzustellen. Durch die Darstellung von Besonderheiten, die sich vor allem auf wichtige personenbezogene Faktoren beziehen, können sie Aufmerksamkeit gewinnen. Kultur und kulturelle Highlights spielen dabei eine eher nachgeordnete Rolle. Tatsächlich haben sie für kleinere Städte nicht die Bedeutung, die ihnen in der fachöffentlichen Diskussion heute beige messen wird.

Jede Handlungskonzeption zur Verbesserung der Standortbedingungen muss also an den spezifischen Defiziten und Stärken einer Stadt ansetzen. Grundlegende Voraussetzung ist dafür, dass sich Städte über ihre „Ausgangsposition“ bei weichen ebenso wie bei harten Qualitäten klar werden. Dabei geht es einerseits um Informationen über die Rahmen setzenden Strukturen (z.B. Wirtschaftsstruktur, Beschäftigtenstruktur, wirtschaftliche Entwicklungspotentiale),

andererseits um Informationen über die Innenwahrnehmung und Standortzufriedenheit bei den ansässigen Unternehmen sowie über das Außenimage der Stadt und Bilder oder Bildelemente, die das Bild der Stadt prägen. Standortkonkurrenzen sollten realistisch eingeschätzt werden. Es hat keinen Sinn, dass kleine Städte versuchen, sich mit großen Städten zu messen. Sie müssen sich als ein Standort mit spezifischen Stärken und Schwächen in der entsprechenden „Liga“ der Städte begreifen.

Pflege und Verbesserung „weicher“ Standortqualitäten sind im Hinblick auf die Bestandsentwicklung wesentlich wichtiger als in der Außenwirkung. Daher sollten Maßnahmen in erster Linie danach beurteilt werden, ob sie die Konkurrenzfähigkeit des Standorts nach innen stärken und dadurch Identifikations- und Mobilisierungseffekte auf Seiten der Unternehmerschaft und der Arbeitnehmer erzeugen. Dazu gehören vor allem Maßnahmen, die unter dem Stichwort „Unternehmensfreundlichkeit der Verwaltung“ zusammengefasst wurden, Maßnahmen zur Verbesserung des wichtigsten weichen personenbezogenen Faktors Wohnen und Wohnumfeld und Maßnahmen zur Verbesserung von Umweltqualitäten.

Zu den Maßnahmen, die das Identifikationsgefühl von Einwohnern und Unternehmen mit der Stadt stärken, gehören konkrete Projekte zu einer veränderten Stadt-Wahrnehmung (z.B. Stadt- oder Stadtteilfeste), erkennbare Verbesserungen im direkten Lebensumfeld, aber auch Marketingkonzepte. Letztere können dazu beitragen, die Stadtpolitik transparenter zu machen und die Einwohner einer Stadt und die Unternehmerschaft stärker in städtische Prozesse und Entscheidungen einzubeziehen.

Was die außenorientierten Maßnahmen angeht, ist dem Hintergrund der deutlich unterschiedlichen Standortanforderungen verschiedener Branchen, Betriebstypen usw. eine „Schrotschussakquisition“ zur Ansiedlung neuer Betriebe, wie sie mit den Wirtschaftsförderungsbroschüren und -aktivitäten vieler Städte betrieben wird, relativ wirkungslos. Aussichtsreicher ist es, auf der Basis realistischer Einschätzungen der wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven und Leitlinien genau ausgewählte Zielgruppen anzusprechen und die jeweils relevanten Standortbedingungen heraus zu stellen. Wichtig ist es auch, die jeweils spezifischen Charakteristika einer Stadt oder Region zu betonen, um sich damit von den austauschbaren Informationen, wie sie in der Standortwerbung vielfach vermittelt werden, abzusetzen.

VIII. Schlussbemerkung

Weiche Standortfaktoren werden zukünftig im Entscheidungsprozess von Unternehmen noch weiter an Bedeutung gewinnen. Dabei wird es weniger um die „klassischen“ weichen Standortfaktoren wie Kultur oder Freizeit gehen, sondern eher um Faktoren wie Kommunikation, Transparenz, Konsens, Austausch verschiedener Akteure: um Faktoren also, die als Qualitäten im Umgang von Verwaltung und Unternehmen an Bedeutung gewinnen. Als „Gegenbewegung“ zu den bereits jetzt beobachtbaren Tendenzen von Beschleunigung, verstärkter Mobilität sowie Verlust an Ortsbindung werden weiche Faktoren, die Qualitäten wie Stadtbild, Urbanität, Wohnqualität und Sich-Wohlfühlen in einer Stadt betonen, auch bei unternehmerischen Akteuren in den Vordergrund rücken. Möglicherweise wird die artikulierte Suche nach solchen Qualitäten die Bedeutung von immer spektakuläreren Highlights zunehmend fragwürdig machen und die Kommunen veranlassen, ihre Bemühungen wieder verstärkt auf innenwirksame Maßnahmen zu richten.

Literatur

Grabow, B. u.a.: Bedeutung weicher Standortfaktoren in ausgewählten Städten, (Difu-Materialien, Band 8/95), Berlin 1995.

Grabow, B./Henckel, D./Hollbach-Grömg, B.: Weiche Standortfaktoren, Kohlhammer, Stuttgart 1995.

Knopf, Ch. u.a. (Bearb.): Bibliographie zum Projekt „Weiche Standortfaktoren“ (Difu-Materialien, Band 9/95), Berlin 1995.

Kulturlandschaften – wachsende Bedeutung für regionalpolitische Strategien?

Von Dietrich Fürst und Stephan Löb

I. Einführung: Begriff „Kulturlandschaft“ und Fragestellung

Der Begriff der Kulturlandschaft ist noch wenig präzisiert. In den einschlägigen Gesetzestexten¹ wird auf die *historisch* entwickelte Kulturlandschaft verwiesen, d.h. eine historisch entstandene und durch kulturelle Leistungen von Menschen überformte Landschaft. Solche Landschaftsausschnitte geben Zeugnis vom Umgang mit und dem Verhältnis früherer Generationen zum Raum (vgl. Job 1999). Sie überliefern anschaulich ein Bild vom damaligen Stand der Kulturtechnik. Aber historische Kulturlandschaften sind selten geworden und durchweg nur noch in peripheren Räumen zu finden, weil ihr Erhalt z.T. nur mit Mitteln des Naturschutzes oder der Denkmalpflege gesichert werden konnte (Dosch/Beckmann 1999, Losch 1999). Erst die Novellierung des ROG (1998) hat die Erhaltung gewachsener Kulturlandschaften als Grundsatz der Raumordnung definiert (§ 2 Abs. 2, Ziff. 13 ROG). Aber faktisch war die Raumordnung auch vorher auf diesen Grundsatz verpflichtet: Das Bundesnaturschutzgesetz sah diese Zielsetzung weit früher vor und auch das UVP-Gesetz verlangt seit 1990 die Berücksichtigung der Wirkungen von Maßnahmen auf „Kultur- und sonstige Sachgüter“ (Stiens 1999: 327).

Das EUREK (1999) arbeitet mit einem erweiterten Begriff der Kulturlandschaft im Sinne planmäßig und „kreativ“ (sic!) weiter entwickelter Landschaftsteile. Darin wird eine Inwertsetzung von Kulturlandschaften im Rahmen integrierter Raumentwicklungsstrategien empfohlen bzw. gefordert (EUREK 1999: 32-37).

¹ Beispiele: § 2 (2), Ziff. 13 ROG („gewachsene Kulturlandschaften“); § 2 (1) Ziff. 14 BNatSchG („historische Kulturlandschaften“).

Dieser Herausforderung folgend verwenden wir im Folgenden die von Wöbse eingebrachte Formulierung:

„Kulturlandschaften sind vom Menschen gestaltete Landschaften, deren ökonomische, ökologische, ästhetische und kulturelle Leistungen und Gegebenheiten in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, die eine kontinuierliche Entwicklungsdynamik gewährleisten und langfristig geeignet sind, Menschen als Heimat zu dienen.“ (Wöbse 1999: 269).

Kulturlandschaften induzieren folglich nicht lediglich ein denkmalpflegerisches Interesse, sondern werfen die Frage nach ihrem sozio-ökonomischen Entwicklungspotenzial auf.

Dies wird insbesondere im Umfeld von Ballungszentren virulent: Urbane Räume expandieren in die Fläche. Dies gilt für Räume mit anhaltender Bevölkerungsentwicklung, aber auch – insbesondere in Ostdeutschland – für *Städte unter Schrumpfungsbedingungen*, die bei gleichzeitiger Entleerung des Zentrums an den Rändern „ausfransen“. Verstädterte Landschaften an Ballungsrändern bilden ein nur wenig verbundenes Nebenher von Landschaftsfragmenten und gebauten Nutzungsstrukturen. Solche Räume entwickeln sich dabei zunehmend eigenständig und mit abnehmendem funktionalen Bezug zur Kernstadt. Ihre Komposition folgt meist der Logik des Marktes, selten der Planung. Mit der *Suburbanisierung* kommt es zu erhöhtem Flächen- und Ressourcenverbrauch, wachsendem Verkehrsaufkommen, dem Verlust räumlicher Identitäten, der Zunahme von sozialräumlicher Segregations-Erscheinungen u.a.m.

Kaum ein anderer Raum bedarf so dringlich der Steuerung und Ordnung. Erfolg versprechend könnte dabei sein, die Problembearbeitung nicht auf Schutz- und Ordnungsaufgaben zu begrenzen, sondern Lösungen in einem erweiterten Handlungsfeld zu suchen und mit Entwicklungsaufgaben zu verknüpfen. Damit verbindet sich ein verändertes Aufgabenverständnis, welches das Problem als Entwicklungsoption umdeutet lässt: Mit der Herausbildung urbaner Kulturlandschaften, der Inwertsetzung respektive Schaffung neuer Landschaftstypen am Rand der Siedlungsbereiche verbinden sich auch Chancen, die diejenigen Regionen nutzen können, die in diesem Feld aktiv Entwicklungssteuerung betreiben. Auf der regionalen Ebene entstehen dadurch neue Anforderungen der *Raumgestaltung*.

Eine so verstandene „Inwertsetzung“ von Kulturlandschaft darf allerdings nicht zur Zerstörung von Naturraumpotenzialen führen. Im Unterschied zu traditionellen regionalen Freiraum-Entwicklungskonzepten geht es vielmehr darum, Siedlungsentwicklungen aus der Freiraumgestaltung und, umgekehrt, Freiraumgestaltung aus der Siedlungsentwicklung zu konzipieren. Ansätze in diese Richtung wurden in der IBA Emscher Park über das Konzept des *Arbeiten*

im Park vorgelegt: Die Freiraumgestaltung hat Rückwirkungen auf die Siedlungsgestaltung, indem z.B. ein neuartiger Typus von Gewerbegebieten entsteht (vgl. Kilper 1999: 131 f.).

Das geht insofern über die traditionelle Auseinandersetzung mit „Kulturlandschaft“ hinaus, als diese sich isoliert auf das „System Kulturlandschaft“ und seine Erhaltung (oder Sicherung) richtete (vgl. Stiens 1999, Gunzelmann/Schenk 1999), ein gesamtplanerischer Ansatz auf lokaler und regionaler Ebene jedoch fehlte. Ein gesamtplanerischer Ansatz müsste die Siedlungsentwicklung von der Freiraumgestaltung her denken und

- die durch Zersiedlung zersplitterte Landschaft in eine „Stadt-Landschaft“ integrieren: „die Landschaft muss zu dem eigentlichen Bindelement der Zwischenstadt werden“ (Sieverts 1997: 20),
- die unterschiedlichen Freiraumnutzungen wirksamer koordinieren (vgl. Selle 2002),
- dem veränderten Lebensgefühl von Menschen (naturbezogener), den veränderten Zeitstrukturen (mehr Freizeitgestaltung in der Natur) und den darin liegenden Potenzialen für „Raumidentität“ gerecht werden (die wiederum zur Entwicklung neuer Muster der Gemeinwohlorientierung wichtig sein können).

Ein solcher Ansatz

- umschließt private Raumnutzungen genauso wie öffentliche, d.h. ist nicht lediglich auf den öffentlichen Freiraum beschränkt;
- erweitert den Problem- und Lösungsbezug, indem es nicht einseitig auf den Schutz von Kulturlandschaft fokussiert, sondern die Aufgabenstellung im Zusammenhang mit anderen Handlungsfeldern bearbeiten lässt (z.B. Arbeitsmarkt, Migration, demographische Überalterung etc.)
- ist auch im Vollzug abgesichert, d.h. die zu entwickelnden Vorhaben müssen aufzeigen,
- dass sie dem Grundsatz nach *selbsttragend* sind und unter Ausnutzung und Erschließung von Nischenstrategien Kulturlandschaftsschutz mit regionaler Wirtschaftsentwicklung verbinden lassen,
- dass dort, wo dies nicht gelingt, zumindest Pflege- und Unterhaltungskosten im Bereich des „Machbaren“ bleiben (also Konzepte mit niedrigen Pflege- und Unterhaltungskosten),
- wie die Pflege- und Unterhaltungskosten verteilt (= finanziert) werden sollten und wie weit dabei ehrenamtliche Tätigkeiten als Geldersatz in-

tegriert werden können (z.B. über private „Patenschaften“ wie beim Stuttgarter Regionalpark-Konzept).

II. Sozio-ökonomische Entwicklungspotenziale von Kulturlandschaften: Der analytische Rahmen

Die „*new economic geography*“ und noch mehr die neuere Planungsdiskussion verweisen darauf, dass die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen neuartige Anforderungen an den Raum stellen, die unmittelbare Auswirkungen auf die Thematik „Kulturlandschaft“ haben: Die zunehmende Ökonomisierung der Gesellschaft bei gleichzeitiger Ablösung der industriellen Wirtschaftsstruktur durch die Wissensgesellschaft hat die traditionellen (technischen) Standortanforderungen zugunsten „humaner“ Standortanforderungen abgewertet².

Für Unternehmen sind Regionen interessant, die

- ein je branchenspezifisch, produktionsbezogenes Milieu aufweisen, in denen
- auf einen funktionierenden Arbeitsmarkt zurück gegriffen werden kann und die
- eine regionale Adresse darstellen, über ein in der Außensicht positives Image und wahrnehmbares Profil verfügen.

Nicht zuletzt sind insbesondere solche Räume attraktiv, die eine hohe Wohn- und Lebensqualität aufweisen, um im „Wettbewerb um Talente“ bestehen zu können (vgl. Grabow in diesem Band): Wir leben in einer *people driven economy* (Florida 2000), also einer Wirtschaft, die vor allem von qualifizierten Arbeitskräften lebt. Für diese – und damit auch für die Unternehmen – hat der Faktor „Lebensqualität (i.w.S.)“ eine sehr große Bedeutung (vgl. Florida 2002; Stolarick, in diesem Band). Kulturwerte werden zu Standortfaktoren, Städte

² Unternehmen sind – trotz sinkender Standortbindungen im Gefolge der Globalisierung – mehr und mehr auf ein funktionierendes Unternehmensumfeld angewiesen. Dies berührt auch – nach wie vor, aber in abnehmendem Maße – die „harte“ Infrastruktur: Zwar verfügen nahezu alle deutschen Verdichtungsräume über eine gute bis sehr gute Infrastrukturausstattung in ihren Kernbereichen, aber in den schnell wachsenden Randbereichen drohen langfristig kaum tragbare Infrastrukturaufwendungen, was eine effiziente Allokation von Infrastrukturinvestitionen, aber auch eine Ergänzung der „hardware“ durch intelligente „software-Konzepte“ erforderlich macht (regionale Versorgungskonzepte etc.).

betreiben geradezu eine *new political culture* (Clark/Hoffman-Marinot 1998), um die Vorteile der „weichen Standortfaktoren“ im Städte- und Regionenwettbewerb wirksamer nutzen zu können.

Man kann sogar so weit gehen, dass heute primär die Faktoren, welche die Lebensqualität eines Standortes stärken, die eigentlichen Triebkräfte des örtlichen/regionalen Wachstums sind (Clark/Lloyd/Wong 2002). Hierzu gehören neben Angeboten in den Bereichen Freizeit, Bildung und Kultur vor allem urbane und Freiraumqualitäten sowie Identifikationsmöglichkeiten mit dem Raum. Darin spielt „Landschaft“ im Sinne von Kulturlandschaft eine immer größere Rolle, wobei die Aufhebung der Trennung von Stadt und Landschaft/Stadt und Umland über Konzepte der „Zwischenstadt“ oder „Stadt-Landschaft“ (vgl. Sieverts 1997) eine so genutzte „Kulturlandschaft“ immer unschärfer gegenüber dem besiedelten Raum absetzen lässt.

Die planerische Folge ist, dass Siedlungsstrukturen und Landschaftsstrukturen immer häufiger Symbiosen eingehen respektive von Planern gesamthaft geplant werden müssen. Daraus leiten sich zwei zentrale Konsequenzen für den Umgang mit Kulturlandschaften ab:

- Erstens sind Kulturlandschaften nicht isoliert, sondern in Verzahnung mit Siedlungsbereichen als ein „Teilsystem“ der Gesellschaft zu begreifen, das für andere gesellschaftliche Teilsysteme vielfältige Funktionen übernimmt, das aber auch „Inputs“ von anderen Teilsystemen aufnimmt³. Einzelne Funktionen können dabei konfigurieren. Traditionelle Raumplanung behandelte solche Konflikte lediglich über planerische Prioritäten-Setzungen („Abwägen“). Die neuere Stadt- und Regionalplanung bemüht sich dagegen um neue konzeptionelle Ansätze, welche solche Konflikte in Positiv-Summenspiele verwandeln lassen, indem Symbiosen hergestellt werden, negative Effekte technisch absorbiert werden oder „negative Outputs“ des einen Teilsystems in „Ressourcen“ eines anderen Teilsystems verändert werden (Beispiel: Wurzelraum-Abwasserkklärung; erneuerbare Energieversorgung).
- Zweitens ist „Kulturlandschaft“ Ausdruck einer planerischen Symbiose-Strategie: Kulturlandschaft wird Teil eines übergeordneten Systems der „Raumgestaltung“. Denn Raumgestaltung wird heute immer weniger als

³ Die wichtigsten Austauschbeziehungen einer Kulturlandschaft mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen sind: Erholungsfunktion, ästhetische Funktionen, Ertragsfunktionen (wenn mit land-/forstwirtschaftlichen Nutzungen verknüpft), Sicherung des menschlichen Vitalhaushalts, Funktionen des Arten- und Biotopschutzes, des Bioklimas und des Wasserhaushalts.

technisch-planerischer Vorgang verstanden, sondern als *place-making* im Sinne der Aneignung des Raumes und der Identifikation mit dem eigenen Lebensraum (Cheng et al. 2003; Cools et al. 2003). Das gilt umso mehr als der Wandel des Staates zum „aktivierenden Staat“ (= Förderung gesellschaftlicher Selbsthilfekräfte bei Rückbau des Wohlfahrtsstaates)⁴ die Selbststeuerung der Gesellschaft stärken muss und zunehmend auf private Unterstützung in der Erstellung „öffentlicher Güter“ angewiesen ist.

Exkurs: Identifikation mit dem Raum versus zunehmende Bindungslosigkeit

Der Zusammenhang zwischen „Gemeinwohlorientierung“ (als individuelle Handlungsorientierung) und der Produktion öffentlicher Güter wird in der Literatur nicht bestritten: Kollektives Handeln erfordert Identifikation mit dem Kollektiv. Der Verlust an „Gemeinwohlorientierung“ wird deshalb unter dem Schlagwort des „Verlustes von Sozialkapital“ (Putnam 1995, 2001) diskutiert. Umstritten ist aber, ob der Raum heute noch eine starke Identifikationskraft ausüben kann. Die Kulturgeographie geht davon aus, dass dieses der Fall ist: „politics of place are seen as crucial for class, gender, religious and ethnic relations and sexuality“ (Paasi 2003: 476). Dagegen spricht die zunehmende Bindungslosigkeit der Menschen in modernen Gesellschaften (vgl. der „flexible Mensch“: Sennett 2001). Das Phänomen der Bindungslosigkeit spielt in der Planung eine wachsende Rolle. Beispielsweise gibt es in der Stadtentwicklungsplanung immer weniger den traditionellen, raumgebundenen Bürger, obwohl der Begriff des „Bürgers“ untrennbar mit Raum/Gebietsbezug verbunden ist (Lepofsky/Fraser 2003). Vielmehr engagieren sich Bürger eher funktional (bezogen auf konkrete Themen, die sie berühren) oder bleiben gegenüber der Kommune indifferent. Gleichwohl wächst der Bedarf nach Gemeinschaft. Das zeigen auch internationale Untersuchungen zur Ehrenamtlichkeit (Fyte/Milligan 2003): Die Bereitschaft, für eine konkrete Gemeinschaft in konkreten Aufgaben Leistungen zu erbringen, ist auch unter Zugewanderten relativ leicht zu mobilisieren.

Die neuere Diskussion verweist wieder verstärkt auf die Bedeutung der „Raumidentität“ für kollektives Handeln. In der Planung wird teilweise gezielt darauf abgestellt, indem kollektives Handeln über „place-making“ aktiviert werden soll (Cools et al. 2003). Identitätsbildung ist letztlich ein kommunikativer Akt, der sich auf Ideen, das gebaute Umfeld, Kultur, Ethnizität, Wirtschaft, Lage (Peripherie als

⁴ Programm der Bundesregierung vom 01.12.1999: Bundesministerium des Innern, Hg., „Moderner Staat – Moderne Verwaltung“ (Broschüre): „Aktivierender Staat bedeutet, die Selbstregulierungspotenziale der Gesellschaft zu fördern und ihnen den notwendigen Freiraum zu schaffen. Im Vordergrund muss deshalb das Zusammenwirken staatlicher, halbstaatlicher und privater Akteure zum Erreichen gemeinsamer Ziele stehen. Dieses Zusammenwirken muss entwickelt und ausgestaltet werden.“ Der Staat soll „weniger Entscheider und Produzent als vielmehr Moderator und Aktivator der gesellschaftlichen Entwicklungen sein, die er nicht allein bestimmen kann und soll.“

Herausforderung) etc., aber eben auch auf Natur und Landschaft bezieht (Paasi 2003: 477).

Beide Stoßrichtungen, Kulturlandschaften als Teil der Gesellschaft anzusehen und planerisch in Verbindung damit neue Symbiose-Kräfte zu wecken, sind Teil einer regionalpolitischen Strategie, die über die Inwertsetzung von Kulturlandschaft auf die Verbesserung der Entwicklungschancen von Regionen abzielt. Aber dies verlangt veränderte planerische Einstellungen zur Landschaft, neue Konzepte im Umgang mit Kulturlandschaften und integrative (Planungs-) Verfahren, um die vielfältigen Verflechtungen planerisch abzubilden. Das erfordert gestaltete Prozesse vernetzter Akteure mit dem Ziel, interinstitutionelles Lernen zu organisieren, Kreativität für neue Problemlösungen zu wecken und die symbiotischen Beziehungen planerisch zu optimieren. Dafür bietet sich das Verfahren des „Regionalmanagements“ an. Solche Verfahren haben sich in der Praxis der Raumplanung immer mehr durchgesetzt, nicht zuletzt gefördert durch die formale Anerkennung im novellierten § 13 ROG von 1997 (vgl. Löb et al. 2001). Regionalmanagement ist eine intensivere Form kooperativen Problemlösens als lediglich „Runde Tische“. Vielmehr geht es um längerfristige Lernprozesse, die mit überregionalem Erfahrungsaustausch verbunden werden müssen und „Input“ von externen Fachleuten benötigen (vgl. Fish et al. 2003; Gunton 2003).

Die „Inwertsetzung“ von Kulturlandschaft erfordert aber nicht nur geeignete Verfahren zur Mobilisierung regionaler Gestaltungskräfte, sie erfordert auch *komplementäre Finanzierungs-Ansätze*: Grundsätzlich wird in einem marktwirtschaftlichen System eine Finanzierung nach dem *Äquivalenzprinzip* angestrebt – diejenigen, die den Nutzen aus der Maßnahme haben, sollen für die Kosten aufkommen. Bei Kulturlandschaften ist dieses Prinzip allerdings nicht so einfach anzuwenden. Denn Kulturlandschaften und deren Gestaltung enthalten Nutzen-Anteile, die der Allgemeinheit zugute kommen. Solche Nutzen-Anteile sind grundsätzlich über allgemeine Abgaben zu finanzieren, sofern nicht die Gruppe abzugrenzen ist, die primär davon profitiert. Bei Kulturlandschaften ist ein Teil der Nutzeneffekte nicht teilbar und folglich einzelnen Vorteilsbeziehern nicht zurechenbar, sie haben also Kollektivgutcharakter. Bei den zurechenbaren Vorteilen sind zudem indirekte Nutzwerte denkbar, die in ihrer kausalen Zurechnung schwierig zu erfassen sind, z.B. wenn sich durch Aufwertung der Wohnqualität die Nachfrage nach Grundstücken und damit die Grundstückspreise erhöhen sollten. Im Unterschied zu „klassischen Kollektivgütern“ ist hier aber zumindest der Kreis der potenziell Begünstigten definierbar. Finanzwissenschaftlich haben Kulturlandschaften somit in diesem Bereich einen „Club-Gut-Charakter“: Für einen Teil der Nutzen sind zwar nicht die einzelnen Nutzer

individuell belastbar, aber der Kreis der Begünstigten insgesamt ist bestimmbar. Die Club-Mitglieder finanzieren das Gut im Wege von Beiträgen/Umlagen.

Es würde sich anbieten, als potenzielle „Club-Mitglieder“ primär die Gemeinden einer Region, aber auch Unternehmen und Bürger anzusehen. Gemeinden gewinnen Standortattraktivität und können die Lebensqualität ihrer Bürger erhöhen; Unternehmen profitieren von der Standortattraktivität und sollten ihren Beitrag dazu leisten, z.B. über public-private partnerships; Bürger profitieren entweder über die Gemeinde (und würden über die Gemeindefinanzen an den Kosten beteiligt werden) oder als Grundstücksbesitzer in besonderer Weise und sollten dann über eine geeignete Entgeltfinanzierung herangezogen werden (z.B. Grundstücks-Beiträge). „Club-Mitglieder“ können aber auch private Stiftungen sein, die in der Finanzierung des Gutes ihren Stiftungszweck verwirklichen können.

Es kommen folglich grundsätzlich drei unterschiedliche (aber kombinierbare) Finanzierungsformen in Frage:

- Entgelt-Finanzierung,
- „Club-Finanzierung“ und
- Finanzierung über Zuschüsse.

Bei letzteren können staatliche und private Financiers tätig sein – sei es über allgemeine Steuermittel oder Sonderabgaben. Für „Club-Güter“ können Umlagen, private Förderer (z.B. Stiftungen) oder ehrenamtliche Tätigkeiten zur Finanzierung herangezogen werden. Bei der Entgeltfinanzierung wird häufig zunächst erforderlich sein, über „institution building“ geeignete Strukturen zu schaffen, welche die Nutzung/Vorteilszuführung aus der Kulturlandschaft knapp und ausschließbar halten: Das können Lizenzen und „Eintrittsgelder“ sein, aber auch Beiträge für Vermögensvorteile, z.B. durch Aufwertung der Lagegunst.

III. Empirisch vorfindbare Potenziale einer sozio-ökonomischen Inwertsetzung der Kulturlandschaft

Die Potenziale finden sich primär in der *anthropozentrischen* Nutzbarkeit von Kulturlandschaft:

Tourismus/Erholung

Kulturlandschaft wird in der Literatur am häufigsten mit erholungsfunktionaler und touristischer „Inwertsetzung“ verbunden. Ziel ist es dabei zum einen, den intra-regionalen Tourismus anzukurbeln – solche Projekte werden häufig mit der regionalen Gastronomie gemeinsam entwickelt, etwa bei der Konzipierung von Radwanderwegen. Zum anderen sollen die Bürger aufgefordert werden, ihre nähere Heimat genauer kennen zu lernen – nur was man kennt, kann man auch schätzen und lieben. Tourismus-/Erholungsfunktionen lassen sich vor allem auch verknüpfen mit land- und forstwirtschaftlichen Maßnahmen und mit der Renaturierung/Klärung von Gewässern für Bade-Zwecke (z.B. BUGA München: Reinigung der Würm, landschaftsgestaltende Maßnahmen in Verbindung mit Kiesteichen im Norden von München).

Wohnwert-/Lebensqualität

Kulturlandschaft bietet ferner Möglichkeiten, die Wohnwertsituation zu verbessern und attraktiver zu gestalten, damit auch gezielt bestimmte Nutzergruppen anzusprechen und zu „bewerben“. Davon machen zunehmend Immobilien-Gesellschaften Gebrauch. Aber auch für gewerbliche Zwecke findet eine solche „Inwertsetzung der Landschaft“ statt: „Arbeiten im Park“ ist heute in der IT-Branche eine Realität geworden. Entsprechend legen IT-Unternehmen wie SAP in ihren Standortentscheidungen immer mehr Wert auf das landschaftliche Umfeld: SAP investiert beispielsweise in Potsdam auf dem Standort der früheren Nedlitzer Kasernen in einen „Campus am Jungfernsee“ (geplant: 3.000 Arbeitsplätze); auch ORACLE hat sich in Potsdam einen Standort mit Ausblick auf den Tiefen See und den Park Babelsberg ausgesucht: „*In beiden Fällen ist der Zugang zum Wasser und die Nähe zur Potsdamer Landschaft ein wichtiger Standortfaktor.*“ (Kühn 2003: 12).

Landwirtschaft

Die Verbindung von Landwirtschaft mit Kulturlandschaft hat im Zusammenhang mit Überlegungen zur nachhaltigen Entwicklung, mit Agenda 21-Prozessen und mit Strategien, der Landwirtschaft unter veränderten Rahmenbedingungen neue Existenzgrundlagen zu verschaffen, sehr viel Forschungs- und Experimental-Input gefunden (vgl. Müller et al. 2002 (GRANO-Projekt); Kirchner-Heßler et al. 1999 (Hohenlohe)). „Urbane Landwirtschaft“ ist ein weiteres Feld, in dem sich Möglichkeiten der Inwertsetzung anbieten. Landwirtschaft kann mit ihren Produkten auch zur „Ästhetik“ der Kulturlandschaft beitragen, z.B.:

- Streuobstwiesen und „naturnähere Landwirtschaft“ können die Erholungseignung der Landschaft gegenüber der traditionellen Landwirtschaft erheblich verbessern⁵;
- Landwirtschaft kann in die regionale Energiewirtschaft integriert werden und gleichzeitig landschaftsgestalterische Elemente tragen (Beispiele aus München: „Energiefelder in Haar“⁶);
- Freiraumfunktionen des Grüngürtels lassen sich mit Weidefleischproduktion verknüpfen;
- selbst Kräutergarten können einen Beitrag zur Kulturlandschaft leisten (Beispiel: die von Münchener Einwohnern gepflegten, aber von einem Landwirt vorbereiteten Kräutergarten)⁷.

Forstwirtschaft in Verbindung mit Naturparkplanung, Biosphärenreservaten und Nationalparks

Die Berücksichtigung der „Kulturlandschaft“, allerdings im Sinne des naturschutzrechtlichen Begriffs der „historischen Kulturlandschaft“(!), hat in Verbindung mit nachhaltiger Regionalentwicklung viel Aufmerksamkeit gefunden, insbesondere durch die in den 90er Jahren verstärkt vorgenommene Ausweisung von Nationalparks und Biosphären-Reservaten (vgl. AubE 2001; TAURUS 2002; Verband Deutscher Nationalparke 2003).

Wasserwirtschaft

Über die genannten Ansätze in Verbindung mit Erholungsfunktionen (s.o.) sind vor allem neuere wasserwirtschaftliche Konzepte interessant, die sich im Rahmen der EU-Wasserrahmenrichtlinie herausbilden, aber auch Bemühungen im Rahmen der „nachhaltigen Stadt- und Raumentwicklung“, wasser-/abwasser-

⁵ Z.Zt. läuft ein Versuchsvorhaben, über eine ressourcenschonende und nachhaltige Landwirtschaft gleichzeitig auch – unter anderem – einen Beitrag zur Erholungsfunktion der Landschaft zu leisten, an den Universitäten Rostock und Greifswald (Institut für umweltgerechten Pflanzenbau/Rostock; Institut für dauerhaft umweltgerechte Entwicklung von Naturräumen der Erde e.V./Greifswald); vgl. Wichtmann 2002.

⁶ Anbau öhlältiger Pflanzen nach einem Streifensystem mit unterschiedlichen Blüten-Farben.

⁷ Weitere Beispiele der Multifunktionalität stadtnaher landwirtschaftlicher Flächen s. auch Horlitz, Th. 2001: Funktionen und Perspektiven stadtnaher Landwirtschaft – Beispiel Magdeburg; in: Landeshauptstadt Magdeburg/Umweltamt (Hrsg.): 9. Landschaftstag 2001 – Nachhaltige Landwirtschaft – ein Beitrag zum Naturschutz: 11-21.

technische Maßnahmen mit landschaftsgestalterischen Funktionen zu verknüpfen (Beispiel: Salzgitter, Modellvorhaben Abwasser als Bestandteil von Stadtlandschaft⁸).

Naturschutz

Auch der Naturschutz arbeitet an der Kulturlandschaft mit, indem er sich am interkommunalen Kompensationsmanagement beteiligt. Nach einer DIFU-Umfrage von 2002 bei 438 Unteren Naturschutz- und Landschaftsbehörden ist eines der entscheidenden Motive für die Teilnahme an Kompensationsflächenpools die Durchführung landschaftspflegerischer Großprojekte (Böhme/Bunzel 2002: 17)

„Gemeinschaftsbildung“

Unter dem Eindruck der Diskussion über den Wandel des Staates zum „aktivierenden Staat“ (vgl. Jann 2003: 111 f.) sowie beeinflusst durch die vielfach geäußerte Vermutung, dass Globalisierung und Ökonomisierung sowie Individualisierung der Lebenswelten zur Abnahme von Sozialkapital führen (Putnam 1995), hat in den letzten Jahren die Frage der Gemeinschaftsbildung wieder an Bedeutung gewonnen (Putnam 2001). Die in der Literatur diskutierten Befunde ermutigen dazu, die endogene Gestaltung von Kulturlandschaft als Katalysator für Gemeinschaftsbildung zu sehen. Die zahlreichen Untersuchungen zum *sense of place* (Williams/Stewart 1998, Relph 1997), zur Rolle des *place-making* im Prozess der „Raumaneignung“ (Cheng et al. 2003), aber auch die starke symbolische Aufladung von Räumen als „Heimat“, „Identifikationsraum“ etc. (Hayden 1995; Löw 2001; Paasi 2003) verweisen darauf, dass

- auch in unserer Zeit – oder gerade in unserer Zeit wieder – Natur und Landschaft als wesentliche Bestimmungsfaktoren von „Lebensqualität“ gewertet werden (Spretnak 1997; Hirschhorn 2000).
- aktive Landschaftsgestaltung ähnliche Wirkungen auf „Sozialkapitalbildung“ haben kann wie die kollektive Gestaltung des Wohnumfeldes. Zumindest werden solche Vermutungen aus den Beobachtungen über die Revitalisierung von Nachbarschaft und Wohnumfeld im Kontext der

⁸ Projektbearbeitung: Institut für Freiraumentwicklung und Planungsbezogene Soziologie (Projektleitung), Institut für Landschaftspflege und Naturschutz, Institut für Siedlungswasserwirtschaft und Abfalltechnik der Universität Hannover (Seggern 2002).

Globalisierung (Freidank 1995) sowie aus dem Bundes-Modellvorhaben „3stadt2“ (BBR 2002: 89ff.), aus der wachsenden Bedeutung des „*Dritten Sektors*“ (Priller/Zimmer 2001), aus der ehrenamtlichen Tätigkeiten (Enquete-Kommission 2002) etc. unterstützt.

IV. Regionalmanagement zur „Inwertsetzung“ von Kulturlandschaft

Die skizzierten sektoralen Ansätze sind zwar „Wege in die richtige Richtung“, bleiben allerdings unterhalb der Möglichkeiten, die eine synergetische Verknüpfung leisten könnte. Die neuere Stadt- und Regionalplanung hat diese Aufgabe erkannt. Zaghafte entfaltet sich hier – vielleicht am intensivsten in den Niederlanden (vgl. für die Niederlande: VROM 2000) – ein Strauß von Konzepten und Ansätzen, um diese sektoralen/funktionalen Herangehensweisen zu regionalen Handlungskonzepten zu verschmelzen. Beispiele reichen von „grünen Gewerbeparks“ über integrierte Freiraumentwicklungskonzepte, Naherholungsfunktionen, Regionalparks (z.B. Regionalpark Rhein-Main, vgl. Rautenstrauch in diesem Band) bis zu „stadt- und regionalplanerisch integrierten Gartenschauen“. Zunehmend werden dabei übergemeindliche Konzepte zur Verbindung von Stadtgestaltung und Landschaftsgestaltung erdacht, weil naturräumliche Zusammenhänge administrative Grenzziehungen überschreiten (z.B. RegioGrün Rheinland, vgl. Schramma in diesem Band). In solchen Kooperationen liegen Möglichkeiten, über die Mobilisierung sozio-ökonomischer Potenziale von Kulturlandschaft die Entwicklung von Regionen voranzutreiben, das bestehende Image einer Region aufzuwerten und Identifikationsmerkmale aufzubauen, aber gleichzeitig Lösungsbeiträge zu drängenden Strukturproblemen zu liefern (z.B. „Wasserlandschaft Leipzig“, vgl. Tschense in diesem Band). Beispiele sind:

- den Regionen über die Ausnutzung von Nischenstrategien die Erschließung neuer Märkte respektive konkurrenzfähiger Markteintritts-Chancen zu ermöglichen,
- Impulse für regional vorhandene Branchen zu bieten. Solche Impulse lassen sich insbesondere mit dem örtlichen Handwerk, dem produzierenden Gewerbe, der Landwirtschaft und dem Fremdenverkehr verbinden, indem neue Produktions- und Vermarktungschancen eröffnet werden bis hin zur Entstehung neuer Wirtschaftszweige,
- Multiplikator- und Bündelungseffekte bei investitionsfördernden Maßnahmen zu nutzen,

- dafür die Fördertatbestände unterschiedlicher Programme aufzugreifen und projektbezogen zu verknüpfen.

Der Umgang mit Kulturlandschaft aus planerischer Sicht wird folglich eine Management-Herausforderung: Es geht darum, die unterschiedlichen Beiträge unterschiedlicher Akteure, die sich auf Kulturlandschaft beziehen, mit Perspektiven der „Inwertsetzung“ der Kulturlandschaft zu verbinden. Ein gutes Beispiel dafür sind die Regionalparks in Brandenburg:

„Regionalparks sollen [...] den ökologischen Schutz der Freiräume mit ihrer sozio-ökonomischen Nutzung verbinden. In dieser Weiterentwicklung defensiver Schutzkonzepte zu einer offensiven Entwicklungsplanung, die Schutz und Entwicklung stadtnaher Kulturlandschaften miteinander verbindet, wird der innovative Planungsansatz der Regionalparks gesehen“ (Kühn 1998: 505).

Wie erwähnt, bietet sich dafür das „Regionalmanagement“ an. „Regionalmanagement“ ist noch kein abschließend definiertes Konzept (vgl. Löb 2003). Vielmehr finden sich zahlreiche Varianten in der Praxis, die unterschiedlich wirkungsvoll sind⁹. In Bayern hat sich u.a. das so genannte „Teilraumgutachten“ bewährt: Im Raum München wurden verschiedene dieser Gutachten durchgeführt, in denen immer auch landschaftsgestalterische Elemente einbezogen wurden (z.B. die Teilraumgutachten für Münchener Norden, Süden, Osten, Teilraumgutachten Flughafen Riem). Auch die Regionalparks in Brandenburg bieten ein gutes Beispiel: Hier wird das Regionalmanagement in der Variante der moderierten Runden Tische praktiziert. Die Gemeinsame Landesplanung finanziert die Projektmoderatoren, welche „die Idee der Regionalparks zwischen den verschiedenen raumrelevanten Akteuren und Fachplanungen vermitteln sollen“ (Kühn 1998: 505).

Solche Verfahren müssen jedoch um eine explizite Lernstrategie verstärkt werden mit dem Ziel, „paradigmatische Veränderungen“ bei den „Club-Mitgliedern“ zu bewirken. Dazu gehört auch der Aufbau eines intensivierten „Regionen-Bewusstseins“, d.h. dass sich die Akteure mit ihrer Region ausreichend identifizieren, um deren Wettbewerbsfähigkeit kollektiv erhöhen zu wol-

⁹ Im Kern benötigen alle Ansätze: a) Grundgemeinsamkeiten in den Interessenlagen, b) aktive Netzwerkarbeit mit der Fähigkeit der Sozialkapital-Bildung, um die Gemeinsamkeiten der Interessenlagen zu identifizieren, zu verstärken und in Handlungen umzusetzen, c) Promotoren (regional entrepreneurship), welche Netzwerke zugunsten der regionalen Entwicklung aktivieren können, d) regionale Experten die kreative Lösungen erarbeiten, e) ein organisatorischer Kern (Geschäftsleitung), um die erforderlichen technischen Hilfestellungen zu bieten, e) organisierte Lernstrukturen (monitoring, controlling, laufende Evaluation), um eine sachbezogene Dynamik im Umgang mit den Probleme zu erzeugen und f) unterstützende Rahmenbedingungen.

len. Die Literatur lässt erkennen, dass solche Bewusstseinsveränderungen möglich sind (Hudson 2001) und dass auch institutionalisierte Lernprozesse dazu gestaltet werden können (s. „Regionalmarketing-Konzept“ TAURUS/Trier).

Die BUGA-Konzeption München bietet ein anschauliches Beispiel, wie solche Prozesse gestaltet werden könnten. Die Grundkonzeption der BUGA (Eröffnung: 2005) ist darauf gerichtet, Landschaftsplanung offensiv mit der Stadt- und Regionalplanung (-gestaltung) zu verknüpfen und dafür interkommunale sowie *public-private* Partnerschaften zu initiieren. Ziel ist es, die unterschiedlichen Kulturlandschafts-Funktionen für die Stadt- und Regionalentwicklung zu nutzen. Der Prozess wird inhaltlich offen gehalten; die BUGA-Organisatoren sind in erster Linie „Manager von Interdependenzen“ und die BUGA-Organisation ist Kommunikations-Plattform. Die Prozesse laufen induktiv-deduktiv selbst-gesteuert ab: Die BUGA-Organisation greift Ideen der Kommunen auf und verknüpft sie kreativ zu teilräumlichen Handlungsfeldern, die von organisierten Kooperationen der Kommunen und privaten Akteuren inhaltlich ausdifferenziert und umsetzbar gemacht werden. Das Management richtet sich primär auf Mobilisierung von Akteuren, auf paradigmatische Veränderungen in den Köpfen und Netzwerkarbeit, worüber solche Prozesse stabilisiert und mit Ei-gendynamik angereichert werden sollen.

Die BUGA definiert räumliche Gebiete, in denen BUGA-Projekte durchgeführt werden sollen. Diese Gebiete wiederum entstanden teilweise induktiv durch Abfrage von Ideen/Projektkonzepten der Gemeinden und anderer Akteure der Region, bezogen auf Landschaftsgestaltung oder Landschaftsprobleme. Teilweise wurden sie deduktiv definiert, indem jeweils regionale Besonderheiten/Problemfelder zum Gegenstand gemacht wurden¹⁰. Nicht alle dieser Ideen können zwar aufgegriffen werden – vielmehr wird ein Selektions-Filter vorgeschaltet, der – nach gemeinsamen Kriterien – zwischen überkommunalen und kommunalen, zwischen BUGA-relevanten und „sonstigen“ Projektideen differenziert.

Zur Konkretisierung der BUGA-Projekte werden Arbeitskreise für die definierten Gebiete mit den jeweils relevanten Akteuren organisiert. Diese wiederum werden mit Kulturaktivitäten in der Region verknüpft, um die BUGA intensiver in regionale „Lebenswelten“ zu integrieren, gleichzeitig aber auch breiter zu verankern – Kultur-

¹⁰ Beispiele: Der Münchener Norden wurde lange Zeit als „Hinterhof Münchens“ wahrgenommen, der infrastrukturelle Belastungen für die Region hinnehmen musste, die gleichzeitig Beeinträchtigungen der Lebensqualität und Teilraumentwicklung waren (Fürst/Hartke 1983). Die BUGA will hier ein Gegengewicht über landschaftsgestalterische Maßnahmen schaffen, die mit der höfischen Tradition (Schleißheim) zum Themenfeld „Lebensraum zwischen Würm und Isar“ zusammengefasst werden sollen. Oder: Im Osten Münchens findet sich noch ausgeprägte Landwirtschaft (z.B. dörflich geprägte Gemeinde Haar), die zum Projektgebiet „Landwirtschaft im Münchener Osten“ verbunden wird.

Professionelle wirken als Wegbereiter des „BUGA-Geistes“ (geplant ist beispielsweise die Verbindung der BUGA mit einem „Kultursommer 2005“).

Parallel wurde ein Netzwerk der „Freunde der BUGA München 2005“ organisiert, das – neben Sponsoring-Funktionen – vor allem auch dazu beiträgt, den BUGA-Geist über Meinungs-Multiplikatoren abzusichern.

Damit übernimmt die BUGA inhaltlich die Funktion einer „Ideen-Drehscheibe“: Sie setzt nicht selbst um, sondern organisiert die Prozesse so, dass die relevanten Ideen an geeignete Umsetzer oder Förderer herangetragen werden. Das wiederum setzt voraus, dass die BUGA-Organisatoren als neutral (und nicht als „verlängerter Arm der Landeshauptstadt München“) wahrgenommen werden, dass sie vielmehr ein positives Image der Neutralität und Fachkompetenz besitzen. Instrumentell arbeitet die BUGA mit Elementen des Regionalmanagements und des Marketing – letzteres insbesondere in Verbindung mit Fragen der Mobilisierung von Unterstützung, der Akzeptanzgewinnung und der Finanzierung.

Einige Folgerungen

Natur und insbesondere: gestaltete Landschaft gewinnen in modernen Lebensstilen wachsende Bedeutung. Kulturlandschaft wird heute immer häufiger mit einem weit gefassten Kulturbegriff in Verbindung gebracht und zu den „weichen Standortfaktoren“ gerechnet (Kunzmann 2002: 186; Eser/Beaujean 2002: 212 und Projekt 9: 218). Aber häufig, wenn ein breiter Konsens sich abzeichnet, kann es sich um bloße Formel-Kompromisse handeln, in denen der Gegenstand des Konsenses relativ unscharf definiert ist, um möglichst viele Akteure darunter vereinen zu können. Kulturlandschaft könnte ein solcher „pluralistischer“ Begriff sein.

Die Inwertsetzung stadtnaher Kulturlandschaften als regionalpolitische Strategie wird die Trennschärfe zwischen Siedlung und Freiräumen durch integrative Konzepte reduzieren. Diese „Grenzen überschreitenden Integrationsansätze“ sind typisch für post-moderne Kunstrichtungen, finden sich aber auch in der Planung und selbst – in Ansätzen – im Naturschutz: Biosphären-Reservate sind solche Hybride, die mit den post-industriellen Raumnutzungsprozessen in Beziehung stehen.

Die Diskussion zum regionalpolitischen Strategiepotenzial der Kulturlandschaft steht noch ganz am Anfang. Noch wird sie in Analogie zur Rolle der Kultur für regionalpolitische Prozesse im post-fordistischen Umfeld (vgl. Kunzmann 2002) geführt. Aber solche Analogien können das Denken leicht

fehlleiten, wenn die Homologie beider Konzepte vorher nicht sorgfältig geprüft wurde. So ist keineswegs ausgemacht,

- dass die regionalpolitische Wirkung von Kulturlandschaften generalisiert werden kann – dass nicht beispielsweise Verdichtungsräume hier sehr viel zugänglicher sind als ländliche Räume;
- dass Kulturlandschaften einen eigenständigen Standortwert darstellen, der Schwächen in anderen Standortqualitäten kompensieren kann. Vieles spricht dafür, dass statt solcher *substituierenden* Beziehungen *komplementäre* Beziehungen vorherrschen;
- dass die „aktiven Strategiepotenziale“ (also Inputfaktoren für Entwicklungsprozesse) ähnlich groß sind wie die der Kulturwirtschaft. Eher ist zu vermuten, dass bei der Kulturlandschaft das „passive Strategiepotenzial“ (also die Kontextbedingung für Entwicklungsprozesse) die höhere Relevanz hat. Ob beispielsweise die „creative class“ (Florida 2002, Stolarick in diesem Band) wirklich für Kulturlandschaften gleichermaßen empfänglich ist wie für die Kulturwirtschaft, ist umstritten. Möglicherweise hat Kulturlandschaft für sie nur komplementäre Funktion, sofern andere kulturelle „amenities“ vorhanden sind (Clark et al. 2002).

Wie jeder strategische Ansatz ist auch die Nutzbarkeit der Kulturlandschaft mit einem hohen Maß an Selektivität verbunden. Solche Selektivitäten beziehen sich zum einen auf die Adressatengruppe: Bei der Wirkung von Kulturlandschaft gibt es systematische Unterschiede zwischen Gruppen, abhängig von Alter und Bildung, aber auch von Geschlecht und kulturvermittelndem Umfeld, in dem jemand aufgewachsen ist. Zum anderen finden sich Selektivitäten, bezogen auf die Wirtschaftsbereiche: Ein „aktives Strategiepotenzial“ (also Input-Faktor für Produktion und Konsum) wird die Kulturlandschaft nur in sehr wenigen Bereichen entfalten können – in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Wohnungs- und Freizeitwirtschaft.

Darüber hinaus ist die Strategiefähigkeit der Kulturlandschaft auch in anderen Aspekten noch diskussionsbedürftig:

- Die regionalpolitische Relevanz der Kulturlandschaft hängt offenbar eng mit der Chance zusammen, Regionalidentität entwickeln zu können. Die Diskussion dazu ist sehr umfangreich geworden, die praktisch-relevanten Erkenntnisse daraus sind noch spärlich: Es gibt viel Rhetorik über *place-making*, Planung als Diskurs, Regional-Identität, aber wenig praktikable Vorschläge, wie damit kollektives Handeln unterstützt werden kann (vgl. Paasi 2003, Raagma 2002, Keating 2001, Hudson 2001, vgl. auch die kritische Einschätzung von Süssner 2002).

- Das Management solcher Prozesse unterscheidet sich wahrscheinlich vom Management anderer regionalpolitischer Prozesse. Denn bei Kulturlandschaft geht es um Kollektivgüter, allenfalls „Club-Güter“; aber um dafür das Engagement der regionalen Akteure zu gewinnen, müssen Lernprozesse gezielt gestaltet werden. Darüber soll bei den relevanten Akteuren und in der Bevölkerung der erforderlichen Bewusstseins-Wandel erzeugt werden.
- Damit hängt eng auch die Frage der Finanzierung der Investitionen und der laufenden Kosten zusammen. Die Tendenz, zur Entlastung der Staats- und Gemeindehaushalte solche Kosten unmittelbar auf Private abzuwälzen, sei es über Stiftungen, „Club-Güter“ oder Entgeltabgaben, ist inzwischen in so vielen öffentlichen Aufgaben akut, dass der Wettbewerb um die knappen privaten Gelder außerordentlich intensiv geworden ist. Eine automatische Lastverschiebung zulasten der Privaten wird nicht möglich sein. Vielmehr geht es um intelligente Konzepte, welche die Zahlungsbereitschaft der potenziellen Adressaten und die Attraktivität dieser Aufgabe gegenüber konkurrierenden Finanzierungsbedarfen anderer öffentlicher Aufgaben deutlich erhöhen.
- Schließlich können auch institutionelle Restriktionen relevant sein, z.B. rechtliche Restriktionen (z.B. naturschutzrechtliche Restriktionen, Restriktionen der Landesadministration im Umgang mit Altlasten).¹¹

Literatur

- AubE, Akademie für Umweltforschung und -bildung in Europa, (Hg.): Nationalparke als Beitrag zur nachhaltigen Regionalentwicklung. Bad Lippspringe 2001.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung): Neue Kooperationsformen in der Stadtentwicklung, Bonn 2002 (Werkstatt: Praxis 2/2002).
- Benz, A./Fürst, D./Kilper, H./Rehfeld, D.: Regionalisierung. Theorie – Praxis – Perspektiven. Opladen 1999.
- Böhme, Chr./Bunzel, A.: Interkommunales Kompensationsmanagement. Interkommunale Zusammenarbeit bei der Planung und Durchführung von Kompensationsmaßnahmen, in: Difu-Berichte 4/2002, 16-20.
- Cheng, A.S. et al.: „Place“ as an Integrating Concept in Natural Resource Politics, in: Society and Natural Resources 16(2003), 87-104.

¹¹ „In Sachsen wird beklagt, dass der Freistaat den Kommunen beim Vorliegen von Altlasten rigide Vorgaben macht. Die Kommunen dürfen Altlasten nicht erwerben, betroffene B-Pläne würden aus Sicht übergeordneter Behörden für angreifbar gehalten“; DIFU 2001: 88.

- Clark, T.N./Hoffmann-Martinot, V., (Hg.): The New Political Culture, Boulder/Col.: Westview 1998.*
- Clark, T.N./Lloyd, R./Wong, K.K. u.a.: Amenities Drive Urban Growth, in: Journal of Urban Affairs 24(2002), 493-515.*
- Cools, M./Fürst, D./Zimmermann, K.: Sind Prozesse der gemeinsamen Raum- und Umfeldgestaltung geeignet, Gemeinsinn und neue Formen der Selbststeuerung zu entwickeln? in: Neues Archiv für Niedersachsen 1/2003, 33-48.*
- DIFU, Deutsches Institut für Urbanistik: Flächenrecycling als kommunale Aufgabe. Potenziale, Hemmnisse und Lösungsansätze in den deutschen Städten, Berlin: DIFU 2001.
- Dosch, F./Beckmann, G.: Trends der Landschaftsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Vom Landschaftsverbrauch zur Produktion von Landschaften? in: Informationen zur Raumentwicklung 5/6.1999, 291-310.*
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerlichen Engagements“: Bericht, BT-Drucksache 14/8900, Berlin 2002.
- Eser, Th.W./Beaujean, K.: Kultur als räumlicher Entwicklungsfaktor im EUREK und in der transnationalen Zusammenarbeit unter INTERREG, in: Informationen zur Raumentwicklung 4/5.2002, 207-20.*
- EUREK (Europäisches Raumentwicklungskonzept) Ausschuss für Raumentwicklung (Hg.): Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der EU, Potsdam 1999.
- Fish, R./Seymour, S./Watkins, C.: Conserving English Landscapes: Land Managers and Agri-Environmental Policy, in: Environment and Planning A 2003, H.1, 19-41.*
- Florida, R.: The Rise of the Creative Class, New York: Basic Books/ Perseus 2002.*
- Competing in the Age of Talent: Environment, Amenities and the New Economy. Report Prepared for the R.K.Mellon Foundation, Heinz Foundations, and Sustainable Pittsburgh, Pittsburgh/PA 2000 (Heinz.cmu.edu/florida/pages/new_economy/talent_national.pdf).
- Freidank, Th.: Die Bedeutung von Nachbarschaft, Wohnnahmfeld und Alltagskultur in der heutigen Gesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme, in: Maier, K. (Hg.): Der Beitrag der Sozialarbeit zum Aufbau neuer Stadtteile. Materialien und Vorschläge zur Sozialplanung für den Freiburger Stadtteil Rieselfeld, Freiburg 1995 (Forschungs- und Projektbericht 9), S.59-100.*
- Fyte, N.R./Milligan, Chr.: Out of the shadows: Exploring contemporary geographies of voluntarism, in: Progress in Human Geography 27(2003), 307-413.*
- Gunton, Th.: Natural Resources and Regional Development: An Assessment of Dependency and Comparative Advantage Paradigms, in: Economic Geography 2003, H.1, 67-94.*
- Gunzelmann, Th./Schenk, W.: Kulturlandschaftspflege im Spannungsfeld von Denkmalpflege, Naturschutz und Raumordnung, in: Informationen zur Raumentwicklung 5/6.1999, 347-60.*
- Hayden, D.: The Power of Place, Boulder/Col.: Westview 1995.*

- Hirschhorn, J.S.:* Growing pains: Quality of Life in the New Economy, Washington, DC: National Governors' Ass 2000 (www.nga.org/cda/files/GROWINGPAINS.pdf).
- Hudson, R.:* Producing Places, New York: Guilford 2001.
- Jann, W.:* State, Administration and Governance in Germany: Competing Traditions and Dominant Narratives, in: *Public Administration* 81(2003), 95-118.
- Job, H.:* Der Wandel der historischen Kulturlandschaft und sein Stellenwert in der Raumordnung, Flensburg 1999 (Forschungen zur deutschen Landeskunde Bd.248).
- Keating, M.:* Rethinking the Region: Culture, Institutions and Economic Development in Catalonia and Galicia, in: *European Urban and Regional Studies* 6(2001), 217-34
- Kilper, H.:* Die Internationale Bauausstellung Emscher Park. Eine Studie zur Steuerungsproblematik komplexer Erneuerungsprozesse in einer alten Industrieregion, Opladen: Leske + Budrich 1999.
- Kirchner-Heßler, R./Konold, W./Lenz, R. u.a.:* Ökologische Konzeptionen für Agrarlandschaften. Modellprojekt Kulturlandschaft Hohenlohe – ein Forschungskonzept, in: *Naturschutz und Landschaftsplanung* 31(1999), 275-82.
- Kühn, M.:* Potsdam: Kulturlandschaft für die Wissensgesellschaft, in: IRS aktuell 40/2003, 11-13.
- Stadt in der Landschaft – Landschaft in der Stadt. Nachhaltige Stadtentwicklung zwischen Flächensparen und „Wohnen im Grünen“, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 7/8.1998, 495-508.
 - Schutz durch Nutzung – Regionalparke und Biosphärenreservate als Kulturlandschaften, in: Kühn, M., Moss, Th., (Hg.): *Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle einer nachhaltigen Stadt- und Regionalentwicklung*, Berlin: IRS 1998, 127-52.
- Kunzmann, K.R.:* Kultur, Wirtschaft und Raumentwicklung, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 4/5.2002, 185-98
- Lepofsky, J./Fraser, J.C.:* Building Community Citizens: Claiming the Right to Place-Making in the City, in: *Urban Studies* 40(2003), 17-42.
- Löb, St.:* Steuerung durch Regionalmanagement, in: Fürst, D.; Löb, St.; Rudolph, A.; Zimmermann, K.: *Steuerung durch Regionalplanung*, Baden-Baden 2003.
- Löb, St./Fuchs, O./Fürst, D.:* Modellvorhaben Sanierungs- und Entwicklungsgebiet Okertal/nordwestliches Harzvorland, Bonn 2001 (Bundesamt für Bauwesen u. Raumordnung, Werkstatt Praxis 2/2001).
- Löw, M.:* Raumsoziologie, Frankfurt/M: Suhrkamp 2001.
- Losch, S.:* Beschleunigter Kulturlandschaftswandel durch veränderte Raumnutzungs muster. Herausforderungen für die Kulturlandschaftserhaltung und für die Raumordnung, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 5/6.1999, 291-310.
- Offe, C./Fuchs, S.:* Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland, in: Putnam, R.D., Hg.: *Gesellschaft und Gemeinsinn, Sozialkapital im internationalen Vergleich*, Gütersloh: Bertelsmann 2001, 417-514.
- Paasi, A.:* Region and Place: Regional Identity in Question, in: *Progress in Human Geography* 27(2003), 475-85.

- Priller, E./Zimmer, A. (Hg.): Der Dritte Sektor International. Mehr Markt – weniger Staat?, Berlin: sigma 2001.*
- Putnam, R.D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn, Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh: Bertelsmann 2001.*
- *Bowling Alone: America's Declining Social Capital, in: Journal of Democracy, 6(1995), 65-78.*
- Ralph, E.: Sense of Place, in: S.Hanson, Ed.: Ten Geographic Ideas that Changed the World, New Brunswick: Rutgers U.P. 1997, 205-26.*
- Seggern, H. v.: Gestaltung von Wasser in der Stadtlandschaft – oder: Impuls-Gestaltung urbaner Landschaften mit Wasser, in: NNW-Berichte 2/2002, 108-11.*
- Selle, K. (Hg.): Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 2002 (Werkstattbericht der AGB Nr.49).*
- Sennett, R.: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus, Berlin und München 2001.*
- Sieverts, Th.: Zwischenstadt zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig und Wiesbaden 1997 (Bauwelt-Fundamente Bd.118).*
- Spretnak, C.: The Resurgence of the Real: Body, Nature and Place in a Hypermodern World, New York: Addison-Wesley 1997.*
- Süssner, J.: Culture, Identity and Regional Development in the European Union, in: Informationen zur Raumentwicklung 4/5.2002, 199-206.*
- Stiens, G.: Veränderte Sichtweisen zur Kulturlandschaftserhaltung und neue Zielsetzungen der Raumordnung, in: Informationen zur Raumentwicklung 5/6.1999, 321-32.*
- TAURUS Bundesamt für Naturschutz: Naturparkplanung in der Region – Untersuchung der Naturparkplanung in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Beziehung zwischen Naturpark und Naturparkkommunen, Bonn: Bundesamt für Naturschutz 2002.
- Verband Deutscher Nationalparke e.V.: Dokumentation „Achter Bundeswettbewerb der Naturparke 2002“, Bispingen 2003.
- VROM (Ministerie VROM): Compact Cities and Open Landscape, Den Haag: Ministry of Housing, Physical Planning and Environment 2000.
- Williams, D.R./Stewart, S.I.: Sense of Place. An Elusive Concept that is Finding a Home in Ecosystem Management, in: Journal of Forestry 96 (1998), 18-23.*
- Wöbse, H.H.: „Kulturlandschaft“ und „historische Kulturlandschaft“, in: Informationen zur Raumentwicklung 5/6.1999, 269-76.*

The „Soft“ Factors of Regional Growth: Technology, Talent and Tolerance

By Kevin Stolarick

I. Three T's: Technology, Talent and Tolerance

The key to understanding the new economic geography of creativity and its effects on economic outcomes lies in the three T's of economic development: *Technology, Talent, and Tolerance*. Each is a necessary but by itself insufficient condition: To attract creative people, generate innovation and stimulate economic growth, a place must have all three.

Creative people, who power regional economic growth, prefer places that are diverse, tolerant and open to new ideas. Diversity increases the odds that a place will attract different types of creative people with different skill sets and ideas. Places with diverse mixes of creative people are more likely to generate new combinations. Furthermore, diversity and concentration work together to speed the flow of knowledge. Greater and more diverse concentrations of creative capital in turn lead to higher rates of innovation, high-technology business formation, job generation and economic growth.

Creativity and diversity work together to attract talent, generate high-tech industries and spur regional growth. Measures of diversity and creativity explain regional growth more reliably than conventional measures like high-tech industry or even the level of human capital. Creative capital is even more important to regional growth than human capital or high-tech industries, since both of these things are shaped by it. There is much to gain economically from being an open, inclusive and diverse community. To succeed and prosper economically, a region needs to offer all 3 T's of economic development. If it fails to do so, it will fall farther behind. Figure 1 portrays the relationship between the 3 T's and regional growth.

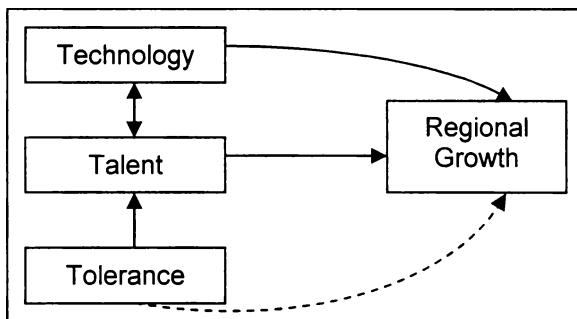


Figure 1: The 3 T's of Economic Development

II. Defining the Creative Class

The “Creative Class” can best be defined as those workers whose productive output depends on thinking rather than doing. It has two components, the “*Super Creative Core*,” or those workers whose output is completely related to intellectual activity, and “*Creative Professionals*,” whose work is primarily related to intellectual activity but is closely associated with a specific domain.

Across the U.S., the Creative Class is roughly 30 % of the total workforce. (The Working Class is approximately 26 %, and the Service Class comprises the remaining 44 %.) About 40 million people in the U.S. work in creative occupations. Although 30 % of the workforce, the Creative Class earns almost 50 % of the total wages paid.

The Creative Class is defined based on occupations. As a result, inclusion in the Creative Class is based on current paid activity rather than on any specific individual characteristic like education level.

The Super Creative Core is:

- Architects and Engineers;
- Artists, Designers and Entertainers;
- Computer and Mathematical Occupations;
- Educators.

The Creative Professionals are those working in:

- Management;
- Business and Finance;

- Law;
- Healthcare (i.e. Professionals only, Doctors and Nurses, Not healthcare service occupations);
- High-end Sales and Sales management.

Figure 2 shows the relationship between the Creative Class and the Super Creative Core for the 61 metropolitan areas in the United States that have a population above one million¹. Not unexpectedly, those places that have a high concentration of one generally have a high concentration of the other. The two measures are strongly correlated with each other (0.86, $p < 0.0001$), but the correlation is not perfect. In Las Vegas, for example, the difference between the two is about 13.6 % (Creative Class – 18.5 %; Super Creative – 4.9 %). While in Washington DC, the Creative Class outnumbers the Super Creative Core by over 24 % (Creative – 41 %; Super Creative – 16.9 %). For these 61 regions, on average the addition of the creative professionals adds another 19 % of the total workforce to the Creative Class.

Figure 3 shows the relationship between the Creative Class and the more traditional measure of human capital, the college educated (correlation 0.81, $p < 0.0001$). Although closely related with traditional human capital measures such as college graduates, the Creative Class is a better measure of the “talent” in use in a region. First, by being based on current occupation rather than a previously established condition, the Creative Class is capturing more recent information about the state of talent in a region. Further, it only includes those for which some value is placed on their work – they are being paid a salary. By being based on occupations, the Creative Class more closely aligns individuals with the outputs that they are producing. Additionally, it both includes and excludes two important groups that – simply measuring – college education does not properly take into account. College graduates may be either unemployed or underemployed. In either case, their true economic value to the region is being overstated. Using occupations to measure the Creative Class excludes these individuals. In contrast, measuring talent based on college graduates, excludes individuals who should be included – those who are doing equivalent work, but do not happen to have a college degree. In today’s knowledge-based economy, it is the generation of knowledge, ideas and innovation that drives growth. It is the members of the Creative Class who are generating these advances.

¹ Results throughout this paper are based on these same 61 MSAs, metropolitan statistical areas as defined by the U.S. Office of Management and Budget which had total populations in the 2000 Census above one million.

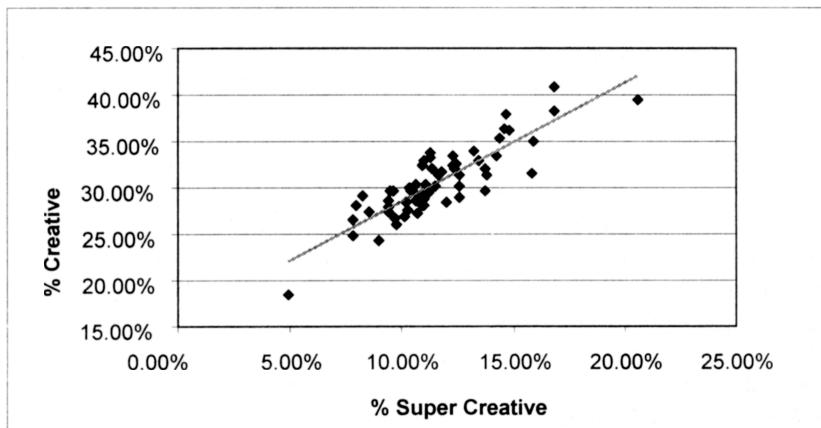


Figure 2: Creative Class and Super Creative Core

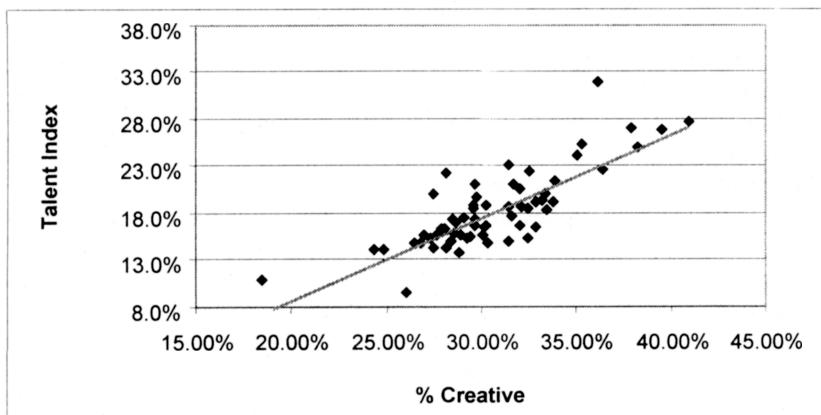


Figure 3: Creative Class and Talent Index

III. Talent

Economic growth is closely associated with concentrations of highly educated people (human capital). However, it has been shown that *Creative Capital*, the concentration of people in the Creative and Super Creative Classes, has a stronger relationship with economic growth. Both innovation and high-tech industry are strongly associated with locations of the Creative Class and talent in general. Our economy is moving from an older corporate-centered system defined by large companies to a more people-driven one. Creative people don't just cluster where the jobs are. They cluster in places that are centers of creativity and also places where they would like to live. Places need a people climate – or a creativity climate – as well as a business climate.

A number of consistent themes emerge from the research:

- The Creative Class is moving away from traditional corporate communities, Working Class centers and even southern U.S. Sunbelt regions to *Creative Centers*.
- *Creative Centers* tend to be the economic winners. Not only do they have high concentrations of Creative Class people, they have high concentrations of creative economic outcomes, in the form of innovations and high-tech industry growth. They also show strong signs of overall regional vitality, such as increases in regional employment and population.
- *Creative Centers* are not thriving for such traditional economic reasons as access to natural resources or transportation routes. Nor are they thriving because their local governments have given away the store through tax breaks and other incentives to lure business. *They are succeeding largely because creative people want to live there.* The companies then follow the people – or in many cases, are started by them. Creative Centers provide the integrated eco-system or habitat where all forms of creativity – artistic and cultural, technological and economic – can take root and flourish.
- Creative people are not moving to these places for traditional reasons. The physical attractions that most cities focus on buildings – sports stadiums, freeways, urban malls and tourism-and-entertainment districts that resemble theme parks – are irrelevant, insufficient or actually unattractive to many Creative Class people. What they look for in communities are abundant high-quality amenities and authentic experiences, an openness to diversity of all kinds, and above all else, the opportunity to validate their identities as creative people.

IV. Technology

Today's economy is fundamentally a Creative Economy. We may be living in the *Information Age* or a *Knowledge Economy*, but it is creativity – the creation of useful new forms out of that knowledge or information – that is the key driver. "Knowledge" and "information" are the tools and materials of creativity. Innovation, whether in the form of a new technological artefact or a new business model or method, is the product of creativity.

A high technology base is both a necessary condition for and a result of a region having a strong creative economy. Being known as a "high-tech" region helps to attract the creative workforce which, in turn, generates new technologies making the region even more high-tech. High-tech firms concentrate in places that have a reputation for being high-tech. Companies now make location decisions based on access to talented and creative people, which are to the creative economy what iron ore, coal and access to transportation were to the industrial economy.

So, which comes first the chicken or the egg? Do you attempt to grow your regional economy by attracting high-tech companies or creative people? The answer, infuriating as it may be, is "yes". High-tech companies will bring some of their own creative people with them and will help to attract more. However, creative people will not only attract high-tech, high growth companies, they will also start their own.

The relationship between advanced technology and regional growth is well studied while the relationship between technology and talent continues to be developed. Figures 4 and 5 below show the relationship between technology and talent using the percent of the workforce in the Creative Class as the measure for talent. The first shows the relationship with the generation of innovation, measured using patents per 1,000 residents, and the second shows the relationship between talent and existing regional advanced technology, measured using the Milken Institute's Tech Pole Index. (Logged to reduce the impact of outliers).

The percent of the regional workforce in the Creative Class is correlated with patents produced in the region at 0.50 ($p < 0.0001$) and is correlated with regional technology at 0.56 ($p < 0.0001$). A clear, strong relationship exists between the new and existing technology in a region and the talent base of that region. This result does not imply any causal relationship. In fact, other analysis and the anecdotal evidence points to a complicated relationship in which technology and talent are mutually reinforcing with talent playing an increasingly greater role in the generation and attraction of new regional technology.

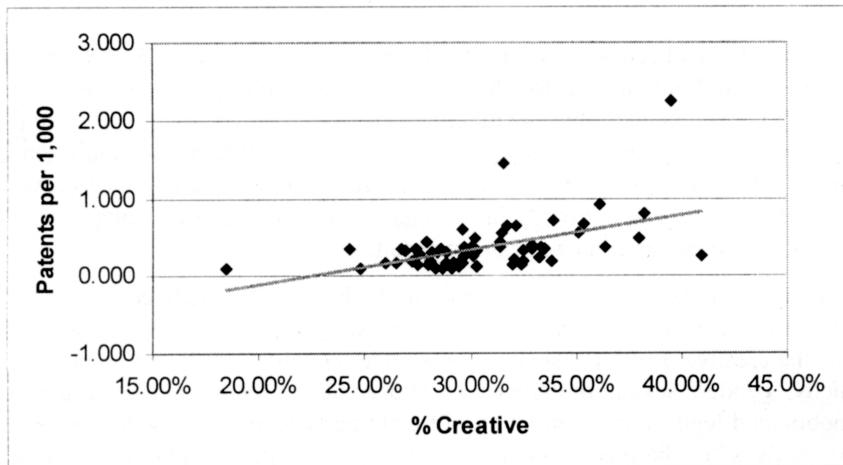


Figure 4: Creative Class and Patent Generation

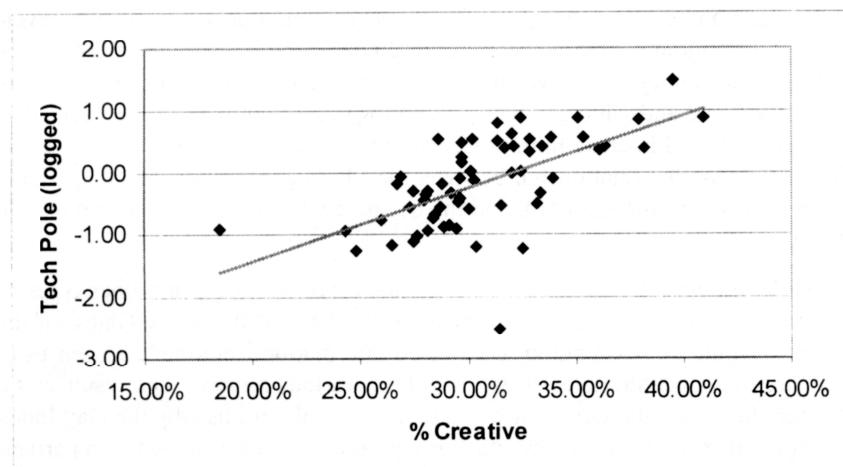


Figure 5: Creative Class and Regional Technology

V. Tolerance

Diversity has become a politically charged buzzword in the US. To some, it is an ideal and rallying cry, to others a Trojan-horse concept that has brought us affirmative action and other liberal abominations. Creative Class people use the word often, but not to press any political hot buttons. Diversity is simply something they value in all its manifestations. As focus groups and interviews reveal, members of this class strongly favor organizations and environments in which they feel anyone can fit in and can get ahead.

Diversity is favored, first of all, out of self-interest. Diversity can be a signal of meritocratic norms at work. Diversity of backgrounds and opinions strengthens the creative process. Talented people defy classification based on race, ethnicity, gender, sexual preference or appearance. Creative Class people are mobile and tend to move around to different parts of the country; they may not be “natives” of the place they live even if they are American-born. When they are sizing up a new company or community, acceptance of diversity and of gays in particular is a sign that reads “non-standard people welcome here”. Additionally, diverse communities are interpreted as ones where a recent arrival will be able to quickly establish important “weak” ties while less diverse communities are associated with more costly but less useful “strong” ties.

A large number of studies point to the role of immigrants in economic development. Immigrants have powered a good deal of recent growth in U.S. cities and regions. Immigrants have fueled the rebound of older established regions like New York and Chicago, as well as powered the growth in younger cities from Atlanta to Phoenix. Immigrants are more likely to start new companies. Figure 6 shows the relationship between the Melting Pot Index, % of a region’s residents who are foreign born, and the Creative Class (weak correlation 0.24, $p < 0.06$).

While immigrants are important to regional growth, there are other types of diversity that are even more important. In the late 1990’s, Gary Gates, of the Urban Institute in Washington, D.C., used information from the U.S. Census to measure the concentrations of gay people in various regions. The result was a measure he called the *Gay Index*. There are several reasons why the Gay Index is a good measure for diversity. As a group, gays have been subject to a particularly high level of discrimination. Attempts by gays to integrate into the mainstream of society have met substantial opposition. To some extent, homosexuality represents the last frontier of diversity in our society, and thus a place that welcomes the gay community welcomes all kinds of people. For these reasons, openness to the gay community is a good indicator of the low entry

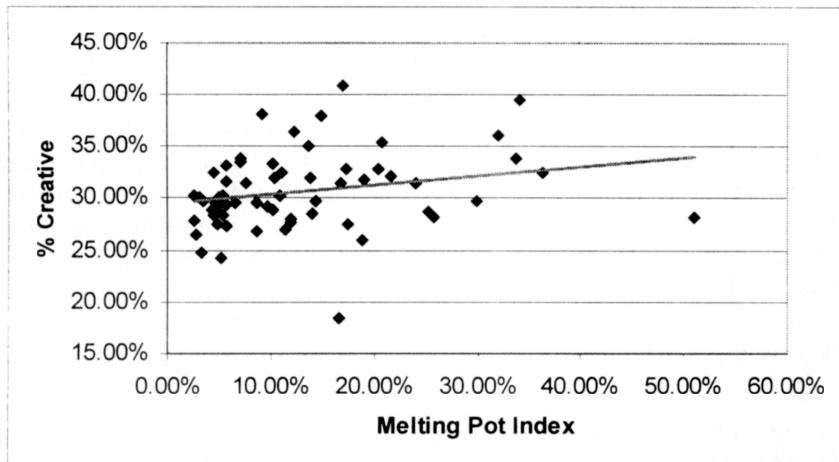


Figure 6: Melting Pot Index and Creative Class

barriers to creative capital that are so important to spurring creativity and generating high-tech growth. Figure 7 shows the relationship between the Gay Index and the Tech Pole Index (both logged, correlation 0.37, $p < 0.003$). [It should be noted that excluding San Francisco from this analysis actually increases the correlation to 0.38, $p < 0.003$.]

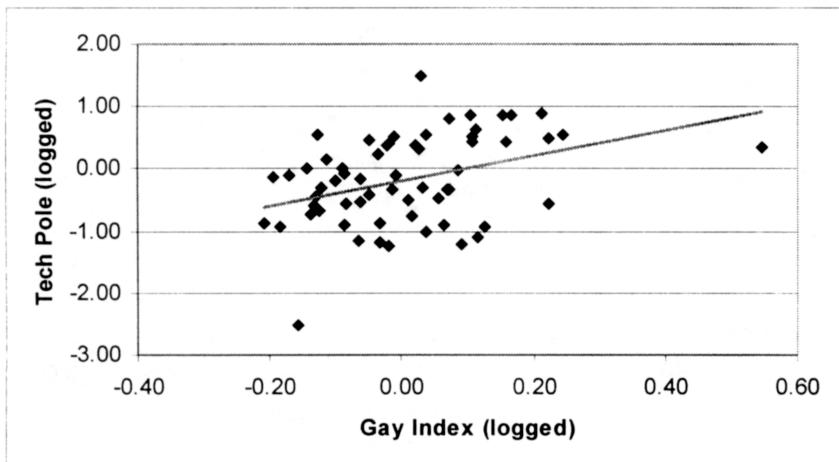


Figure 7: Gay Index and Tech Pole Index

The Gay Index is a strong predictor of a region's high-tech industry concentration and high-tech industry growth. The predictive power of the Gay Index does not somehow depend on the prevalence of gays in high-tech industry. It simply represents a leading indicator of a place that is open and tolerant. These qualities are important to high-tech workers and Creative Class people. Many are immigrants or people moving from one region of the country to another. Some grew up being stereotyped as nerds; some have extreme habits and dress. All want places where they can fit in and live as they please without raising eyebrows. Places that are open and accepting to gays are the kinds of places in which all members of the Creative Class will feel welcome. Figure 8 shows the relationship between the Gay Index and the Creative Class (correlation 0.37, $p < 0.005$).

People value lifestyle amenities highly in their location decisions. However, *big-ticket attractions* such as stadiums and urban retail malls do not appear to be very effective in attracting talented people and high-tech industries. Much better are the small things, a vibrant street life, readily available outdoor recreation and a cutting-edge music scene.

Austin, for instance, manages to be a highly ranked location for both talent and high-tech companies despite having no major league sports' teams and few world-class cultural institutions of the traditional highbrow variety. Instead, it boasts a dynamic music scene and active outdoor recreation.

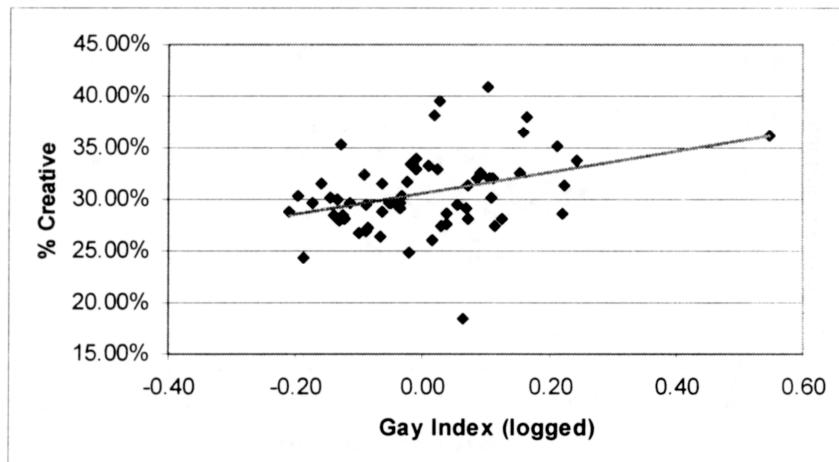


Figure 8: Gay Index and Creative Class

The Bohemian (or Boho) Index was developed in an attempt to capture this non-traditional set of lifestyle amenities. The Boho Index measures the number of writers, designers, musicians, actors and directors, painters and sculptors, photographers and dancers among a region's population. It is an improvement over traditional measures of a region's cultural amenities because it directly counts the producers of those amenities that are of more interest to the Creative Class. The Boho Index is a strong predictor of a region's high-technology base and its overall population and job growth. Places with a flourishing artistic and cultural environment are the ones that generate creative economic outcomes and overall economic growth. Figure 9 shows the relationship between the Boho Index and the Creative Class (correlation 0.37, $p < 0.004$).

As a way to capture diversity in the broadest sense, the Composite Diversity Index (CDI) was developed. The CDI combines three diversity measures – the Gay Index, the Melting Pot Index, and the Bohemian Index. The CDI strongly predicts technology level and high-tech growth and overall population and job growth. Figure 10 presents the relationship between the overall Composite Diversity Index and the Creative Class (correlation 0.38, $p < 0.003$).

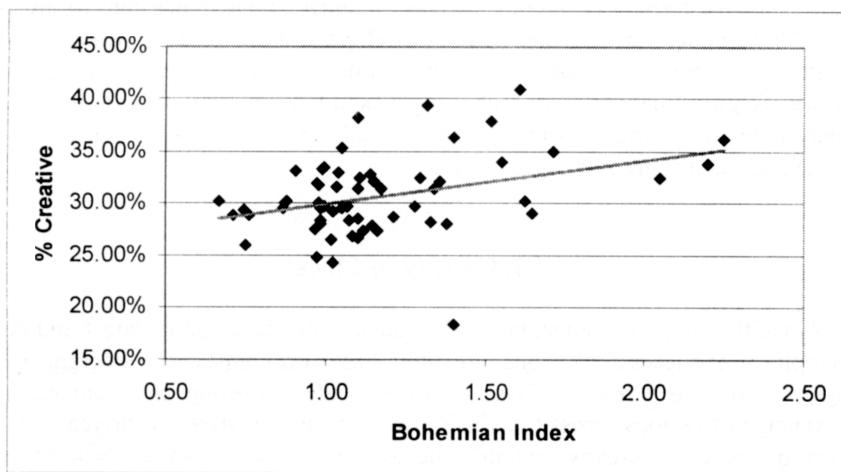


Figure 9: Boho Index and Creative Class

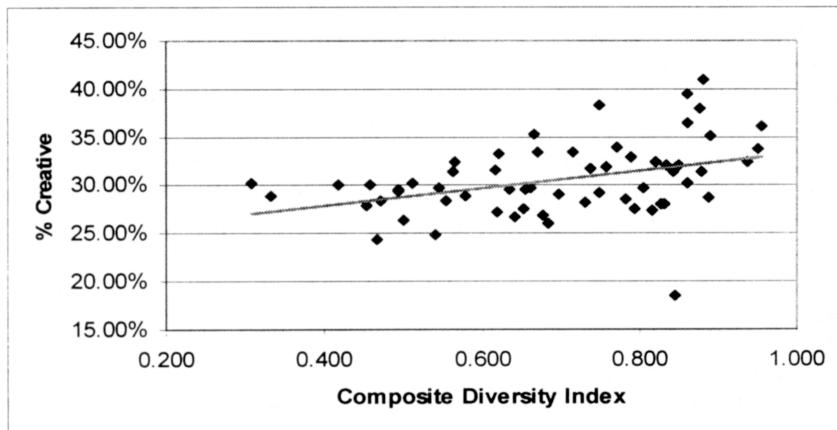


Figure 10: Composite Diversity Index and Creative Class

The diversity picture does not include African-Americans and other non-whites. There is a troubling negative correlation between concentrations of high-tech firms and the percentage of nonwhite populations – a finding that is particularly disturbing in light of the other findings on the dimensions of diversity. One finding worth noting is that this effect is influenced by the degree of segregation between African-Americans and non-African-Americans across the region. Regions that are more highly segregated have lower scores on the Creativity Index and correspondingly lower overall population and job growth than those regions that are less segregated.

VI. Quality of Place

Amenities and environmental quality impact the attraction of talent and development of successful regional creativity-based economies. The emerging geography of the Creative Class is dramatically affecting the competitive advantage of regions across the US. Regional economic growth is driven by the location choices of creative people – the holders of creative capital – who prefer places that are diverse, tolerant, open to new ideas and offer a variety of authentic regional amenities.

Natural, recreational and lifestyle amenities are essential in attracting creative workers who support and create high technology firms. Creative workers want a

balance of economic opportunity and lifestyle in selecting a place to live and work. The availability of job and career opportunities can be a necessary but not sufficient condition to attract creative workers. *More and more, creative workers are first selecting a region in which to live and then looking for employment.* Although a job is still a primary motivator for many, it is taking a “back seat” to location. In many cases, an employment opportunity may not even be necessary to attract a creative worker to a region. On the other hand, creative workers are drawn to regions with a “thick” labor market that has the variety of employment opportunities necessary to sustain a career in high technology fields.

Creative workers prefer places with a diverse range of outdoor recreational activities. Access to water and water-based recreation seems to be of particular importance to these workers. Regions where amenities and activities are easy to get to and available on a “just in time” basis are preferred. A wide range of experiences is preferable to a smaller number of “big ticket” amenities such as “high” arts and culture or professional sports.

All of the factors that go into Creative Class location decisions can best be summed up by the phrase *quality of place*, which is also called the “4th T of economic development” or territorial assets. This refers to the unique set of characteristics that define a place and make it attractive.

These factors include

- thick labor markets,
- lifestyle,
- social interaction,
- diversity,
- authenticity, and
- identity.

Generally, one can think of quality of place as having three dimensions:

What's there? The combination of the built environment and the natural environment.

Who's there? The diverse kinds of people, interacting and providing cues that anyone can plug into and make a life in that community.

What's going on? The vibrancy of street life, café culture, arts, music and people engaging in outdoor activities – altogether a lot of active, exciting, creative endeavors.

Measures of regional amenities are numerous, and each captures a different individual item or group of items that some, but not all, members of the Creative Class would find attractive. Two of the most effective have already been discussed: (1) the high-tech reputation of a region (look again at figure 5) and (2) the “street scene” created by the presence of numerous artists, musicians, and other “Bohemians” (look again at figure 9). Tolerance itself can be considered a measure of quality of place. The diversity associated with regions that are tolerant of various individuals is also an indication of the diversity of amenities or quality of place of a region.

Just as the availability of a job can be a vitally important component of someone’s location decision, traditional quality of life / quality of place measures can play an important role as well. The point is that members of the Creative Class are not uniformly drawn only to cities with bike paths and climbing walls and alternate Saturday recycling programs (although those things can help). Members of the Creative Class come in all shapes, sizes, colors and lifestyles; and to be truly successful, cities and regions have to offer something for every one of them.

VII. Economic Outcomes

The centers of the Creative Class are more likely to be economic winners. The larger Working Class centers tend to be economically stagnant, while many smaller ones are locked in grim downward spirals. Some Service Class centers – mainly tourist destinations like Las Vegas and Orlando that are over-reliant on the tourism and hospitality industry – are attracting people and creating jobs rapidly, but many of these are low-wage, dead-end jobs. While ranking first among all metropolitan areas in the U.S. in population growth and third in job growth from 1990 to 2000, Las Vegas ranks nearly 300 on the list of 331 cities in terms of growth in average per capita income during the same period. Clearly, not all growth is created equal. During that same time, Provo, Utah saw its population grow by 40 %; total employment grow by 26 %; and had per capita income increase 23.5 % above the national average.

An analysis of the sources of both employment and population growth during the 1990’s showed the following:

Population growth: Diversity and creativity combine to drive population growth. Neither high technology industry nor human capital plays a key role.

Employment growth: Creativity is the key factor powering employment growth.

Large regions: Creativity and diversity work together to drive both population growth and employment growth in large cities.

Small and medium-sized regions: Immigration is more important to the growth of these regions.

Figures 11, 12, and 13 demonstrate the relationship between regional growth, measured using total population growth, and each of the 3 T's – Technology, Talent and Tolerance. Figure 11 shows that as regional innovation increases, measured using average annual increases in patents between 1990 and 1999, so does regional growth (correlation 0.54, $p < 0.0001$). Figure 12 compares changes in regional talent using the Brain Drain / Gain Index (fully described in the appendix) with regional growth (correlation 0.25, $p < 0.06$). Finally, Figure 13 uses the Composite Diversity Index to show the relationship between regional tolerance and growth (correlation 0.40, $p < 0.002$).

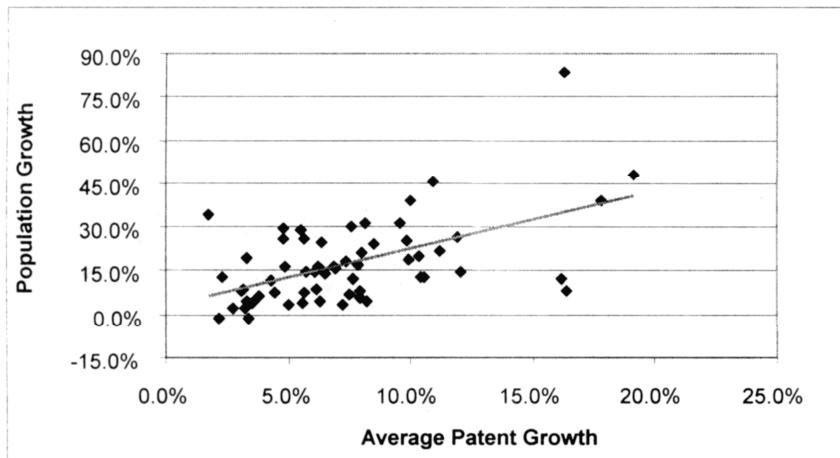


Figure 11: Average Patent Growth and Population Growth

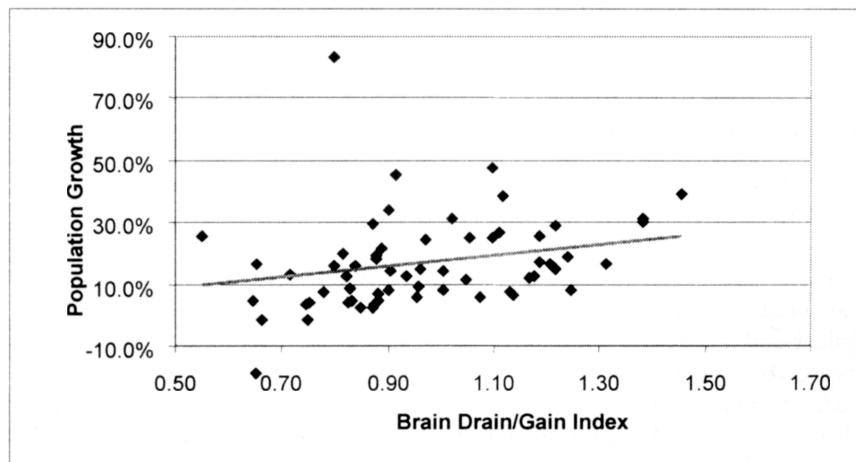


Figure 12: Brain Drain/Gain Index and Population Growth

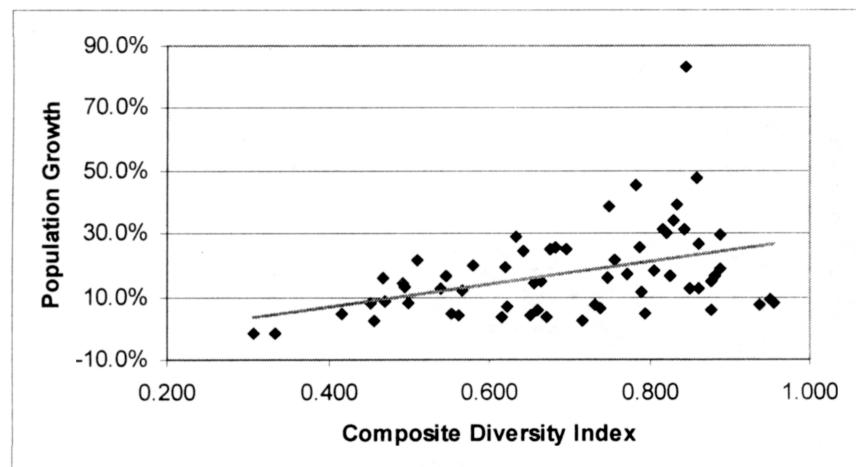


Figure 13: Composite Diversity Index and Population Growth

The Creativity Index has been created as an attempt to capture the impact of the joint impact of Technology, Talent and Tolerance on regional development and growth. Four factors are equally weighted and combined. They are: Tech

Pole Index, Patent Growth, Creative Class share of workforce, and the Gay Index. The two technology measures capture current technology standing and recent innovative activity. The Creative Class measure captures regional talent. The Gay Index is being used to measure regional tolerance instead of the Composite Diversity Index because the CDI includes the Boho Index as one of its components and, currently, the Boho Index can only be calculated for 1990. Future revisions of the Creativity Index will include the updated Boho Index and will incorporate a racial / ethnic integration index based on recent work by Gary Gates at the Urban Institute that has found a significant relationship between the level of regional integration and regional growth.

Figure 14 shows the relationship between regional growth and the Creativity Index (correlation 0.26, $p < 0.05$). The outlier is Las Vegas which had significant growth but with a significant decrease in per capita income compared to the national average.

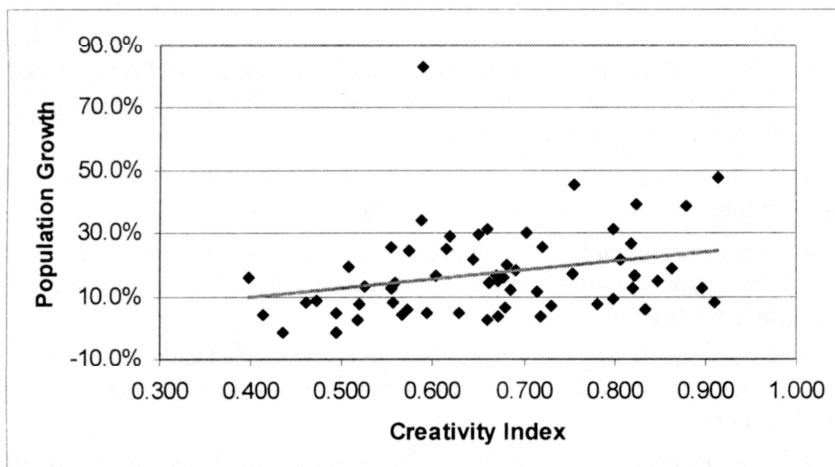


Figure 14: Creativity Index and Population Growth

It is not technology, nor for that matter talent or tolerance, on its own that drives regional development. It is the three, working together, that make a region successful. Tolerance creates an environment that talent finds attractive. That talent generates new innovation and helps to attract firms and technology

to the region, which, in turn, helps to attract even more talent. A region that offers a balance of all 3 of the T's of economic development is one that will prosper.

VIII. Results Beyond the United States

Similar results to those discussed are being found throughout the world. Below is a list of some of the research into the Creative Economy for various countries that has been completed or is on-going.

- Richard Florida of Carnegie Mellon University, Meric Gertler and Tara Vinodrai of the University of Toronto, and Gary Gates of the Urban Institute have completed “Competing on Creativity: Placing Ontario’s Cities in North American Context” which includes results for all of Canada.
- Anita Sands of Carnegie Mellon University has completed a study of Ireland.
- National Economics and the Australian Local Government Association’s 2003 “State of the Regions” report on Australia is an analysis of the Creative Economy “down under.”
- National Economics also completed a separate report for the Hornery Institute, “South Sydney State of the Region’s Indicators.”
- Starkwhite completed “Rethinking Auckland as a Creative City: Concepts, Opportunities and Practical Steps” for the Auckland City Council in New Zealand.
- Irene Tingali and Anita Sands of Carnegie Mellon University are in the process of completing a study focused all countries in the European Union.
- The Demos organization in the UK recently hosted a conference on the “Boho Britain Creativity Index” at which results for the United Kingdom were presented and discussed.

Appendix: Explanation of Measures Used

Descriptive statistics are included based on the 61 metropolitan statistical areas (MSAs) used in the analysis. These 61 MSAs represent all metropolitan areas in the United States with a population in 2000 above 1 million.

Table 1
Population Growth

Population Growth	
Minimum	-1.6%
Maximum	83.3%
Mean	17.3%
Median	14.7%
Standard Deviation	14.3

Percentage change in total population for the region between 1990 and 2000.

Source: U.S. Bureau of the Census

Table 2
Job Growth

Job Growth	
Minimum	-16.0%
Maximum	65.1%
Mean	2.2%
Median	-2.7%
Standard Deviation	14.7

Percentage change in total number of employed population for the region between 1990 and 2000.

Source: U.S. Bureau of the Census

Table 3
Per Capita Income Growth

Per Capita Income Growth	
Minimum	-19.6%
Maximum	20.5%
Mean	0.6%
Median	2.0%
Standard Deviation	8.6

Difference between the percentage change in average per capita income for the region between 1990 and 2000 and the percentage change in the U.S. national average per capita income growth

Source: U.S. Bureau of the Census

Table 4
Creativity Index

Creativity Index	
Minimum	0.397
Maximum	0.913
Mean	0.663
Median	0.662
Standard Deviation	0.132

Combination of the four indices for the most current year available: Patent Growth (1990-1999), Tech-Pole Index (2000), Gay Index (2000), Creative Class (2000).

Note on the Creativity Index: Previously, the Creativity Index has been expressed as a number in the hundreds that was based on the ranking of a region within its comparison group. This allowed for comparison among regions within that group but not between groups. To resolve that issue, the Creativity Index has been reformulated to be a region's scores on the various indices listed above divided by the maximum possible for that region. This provides for a Creativity Index that can be meaningfully compared between regions that come from different comparison groups while still allowing for meaningful within group comparisons. In this case, the county-level Creativity Index can be compared with the MSA-level Creativity Index, which have both been changed. This change is to be reflected in the revised appendix to the paperback edition of R. Florida's *The Rise of the Creative Class*.

Source: The Rise of the Creative Class and proprietary data and calculations.

Table 5
Patents per 1,000

Patents per 1,000	
Minimum	0.087
Maximum	2.251
Mean	0.374
Median	0.327
Standard Deviation	0.339

Number of patents granted to zip codes contained within the region per 1,000 people. Data reported from 1999.

Source: U.S. Patent and Trademark Office

Table 6
Patent Growth

Patent Growth	
Minimum	1.8%
Maximum	19.1%
Mean	7.4%
Median	6.5%
Standard Deviation	3.92

Average of year-to-year changes in number of patents granted in a region from 1990 to 1999.

Source: U.S. Patent and Trademark Office

Table 7
Tech Pole Index

Tech Pole Index	
Minimum	0.003
Maximum	29.96
Mean	2.11
Median	0.675
Standard Deviation	4.17

Tech Pole Index (logged)	
Minimum	-2.51
Maximum	1.48
Mean	-0.17
Median	-0.17
Standard Deviation	0.721

Combination of two factors (1) the share of a region's output that is high-tech and (2) the high tech location quotient (see below). The first factor favors small regions with large technology sectors while the second favors larger areas. The combination of the two creates a less biased measure. High-tech is defined to include software, electronics, biomedical products, and engineering services. MSA data from 2000. Because of the range of values and to prevent outliers from driving the results, the log of Tech Pole has been used.

Source: Milken Institute, America's High Tech Economy

Table 8
Tech Share Growth

Tech Share Growth	
Minimum	-6.3%
Maximum	10.9%
Mean	0.3%
Median	0.3%
Standard Deviation	3.36

Average of year-to-year changes in high-tech output for a region from 1990 to 2000.

Source: Milken Institute, unpublished data

Table 9
Super Creative

% Super Creative	
Minimum	4.89%
Maximum	20.62%
Mean	11.61%
Median	11.10%
Standard Deviation	2.59

Percentage of the employed population in the region in occupations in the following categories:

- Computer and mathematical occupations
- Architecture and engineering occupations
- Life, physical and social science occupations
- Education, training and library occupations
- Arts, design, entertainment, and media occupations

Source: U.S. Bureau of Labor Statistics, U.S. Bureau of the Census, 2001

Table 10
Creative

% Creative	
Minimum	18.46%
Maximum	40.92%
Mean	30.63%
Median	30.05%
Standard Deviation	3.80

Percentage of the employed population in the region in the Super Creative occupations (see above) or occupations in the following categories:

- Management occupations
- Business and financial operations occupations
- Legal occupations
- Healthcare practitioners and technical occupations (does not include Healthcare support)
- High-end sales and sales management

Source: U.S. Bureau of Labor Statistics, U.S. Bureau of the Census, 2001

Table 11
Talent Index

Talent Index	
Minimum	9.6%
Maximum	32.0%
Mean	18.3%
Median	17.4%
Standard Deviation	4.16

Percentage of the population aged 25 and above in the region that has a bachelor's degree or above.
Based on data from the 2000 census.

Source: U.S. Bureau of the Census

Table 12
Brain Drain/Gain Index

Brain Drain/Gain Index	
Minimum	0.549
Maximum	1.454
Mean	0.968
Median	0.915
Standard Deviation	0.201

Percentage of the workforce, age 25 and above, with at least a bachelor's degree divided by the percentage of the population age 20 to 34 currently attending college. A value of 1.0 shows that the two percentages are equal – the region is retaining the college educated at the same rate at which it is educating them. A value greater than 1.0 is given to region that not only keeps its own college graduates but also attracts them from other regions. A value less than 1.0 is given to a region that is keeping and attracting a lower percentage of the college educated than it is creating – the region is exporting its newly generated talent to other regions.

Source: U.S. Bureau of the Census and proprietary data and calculations

Table 13
Melting Pot Index

Melting Pot Index	
Minimum	2.56%
Maximum	50.9%
Mean	13.15%
Median	10.29%
Standard Deviation	10.00

Percentage of the total population in a region that is foreign-born. Based on data from the 2000 census.

Source: U.S. Bureau of the Census

Table 14
Gay Index

Gay Index	
Minimum	0.619
Maximum	3.514
Mean	1.070
Median	0.976
Standard Deviation	0.421

Gay Index (logged)	
Minimum	-0.209
Maximum	0.546
Mean	0.007
Median	-0.011
Standard Deviation	0.133

Location quotient that is the ratio of same sex unmarried partners to total married partners in a region over same sex unmarried partners to total married partners for all metropolitan regions in the U.S. Based on data from the 2000 census. A value of 1.0 indicates that a region has the same percentage of same sex couples as the average U.S. region while a value greater than 1.0 indicates a region has more than average. A value less than 1.0 indicates that same sex partnered couples are under-represented in a region.

Source: U.S. Bureau of the Census. Original calculations by Gary Gates along with Dan Black, Seth Sanders and Lowell Taylor

Table 15
Bohemian (Boho) Index

Boho Index	
Minimum	0.668
Maximum	2.25
Mean	1.17
Median	1.10
Standard Deviation	0.326

Location quotient, like the Gay Index, that measures whether a region has more or less artistically creative people (authors, designers, musicians, composers, actors, directors, painters, sculptors, artistic printmakers, photographers, dancers, artists, and performers) than the average metropolitan region in the U.S. MSA data only is based on 1990 data from the Public Use Microsample (PUMS) from the U.S. Census.

Source: R. Florida, *The Rise of the Creative Class* and proprietary data and calculations.

Table 16
Composite Diversity Index (CDI)

Composite Diversity Index	
Minimum	0.307
Maximum	0.956
Mean	0.696
Median	0.716
Standard Deviation	0.160

Combined measure that is a composite of the Gay Index, Bohemian Index, and Melting Pot Index. The CDI presented here is based on a revision from previous presentations of the CDI. Previously, the CDI was, in reality, a score given to a region that was based on the number of regions being analysed. In order to allow for meaningful comparisons among different sizes and types of groups, the CDI is now calculated in a way that removes the effect on the score from the number of regions being considered. It is now truly an index with values between zero and one and higher values representing greater regional diversity.

Source: R. Florida, *The Rise of the Creative Class* and proprietary data and calculations.

References

Much of this report is adapted from R. Florida *The Rise of the Creative Class* with the author's permission. Further information may be found at: www.creativeclass.org and www.catalytix.biz.

- DeVol*, R.: America's High Tech Economy, Milken Institute 2000.
- Florida*, R.: Competing in the Age of Talent, Report for the R.K. Mellon Foundation, Heinz Foundation and Sustainable Pittsburgh, Carnegie Mellon University 2000.
- The Rise of the Creative Class, Basic Books, New York, NY 2002.
- Florida*, R./*Gates*, G.: Technology and Tolerance: The Importance of Diversity to High-Technology Growth, The Brookings Institution, Washington DC June 2001.
- Florida*, R./*Stolarick*, K./*Gates*, G.: The University, Creativity and Regional Development, Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2002.
- Florida*, R./*Stolarick*, K./*Knudsen*, B./*Lee*, S.: Software, Creativity and Economic Geography, Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2002.
- Knudsen*, B./*Florida*, R./*Stolarick*, K./*Gates*, G.: The Effects of Population Density and Creativity on Innovation Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2002.
- Stolarick*, K.: The "Brainiest" Regions in the United States, Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2002 (with Rochelle Sharpe of USA Today).
- Stolarick*, K./*Florida*, R.: Understanding the Creative Sector and Wage Inequality, Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2002.
- What Do IT Workers Want in a Job?, Working Paper Software Industry Center, Carnegie Mellon University 2001.

B. Probleme und Projekte ausgewählter Regionen

Grünvernetzung zwischen Stadt und Umland: das RegioGrün der Region Rheinland

Von Fritz Schramma

„Grünvernetzung zwischen Stadt und Umland“ – was kann dieses Thema unter dem Stichwort „RegioGrün“ zu einer Diskussion über „weiche Standortfaktoren“ beitragen? Einen Hinweis gibt sicherlich die folgende Anekdote, die von meinem Vorgänger im Amt, Konrad Adenauer, überliefert ist:

„Nach der Kapitulation 1945 klettert Dr. Adenauer mit einem Freund über die Ruinenfelder Kölns. „Köln lebt nicht mehr“, meint der Begleiter wehmüdig. Da rafft sich der einstige Oberbürgermeister von Köln auf, und mit einem Anflug stolzen Selbstbewusstseins erwidert er: „Ja, die Häuser und sogar die Kirchen sind hin, aber mein Grüngürtel, der ist geblieben und wächst weiter“.¹

Inmitten der zerstörten Stadt Köln wird der Grüngürtel, der Naherholungsbereich auf den ehemaligen preußischen Festungsanlagen, zum Symbol für das Leben in der Stadt, für die Hoffnung auf Wiederaufbau und Neuanfang. Der Grüngürtel wird in dieser Geschichte zum Identifikationsmerkmal für Köln.

Die Regio Rheinland

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts soll nun das „RegioGrün“ zum Identifikationsmerkmal für die so genannte „Regio Rheinland“ werden, zum Symbol für das – verschiedenartig gestaltete – Verhältnis zwischen Stadt und Umland.

Die Regio Rheinland ist eine junge Region. Sie wird gebildet durch die kreisfreien Städte Leverkusen, Köln und Bonn sowie durch die angrenzenden Kreise Erftkreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Insgesamt leben 3 Millionen Menschen in unserer Region.

¹ Zit. nach Schumacher, F.: Probleme der Großstadt. Architextbook Nr. 6. 1986, S. 32.

Um diese große Region wirtschaftlich zu stärken und gezielt weiter zu entwickeln, haben sich vor etwa 10 Jahren die genannten Gebietskörperschaften mit den jeweiligen Sparkassen und den Industrie- und Handelskammern zu einem Verein „*Regio Rheinland*“ zusammengeschlossen.



Abbildung 1: Teilbereich des Äußenen Grüngürtels – Bombeneinschläge

Aber: Trotz nachweisbarer wirtschaftlicher Erfolge ist es bisher jedoch noch nicht gelungen, auch bei den Menschen das Gefühl zu schaffen, Teil eines zusammenhängenden Gebietes zu sein.

Gleichwohl stellt man fest: Die Menschen „leben“ diese Region. So wohnt man in den ländlich geprägten Kreisen, arbeitet in den großen Städten und geht in Bonn, Leverkusen oder in Köln in die Oper oder ins Schauspielhaus.

Auch im Bereich der Verwaltung arbeiten wir in der Region immer enger zusammen. Etwa beim Standortmarketing, bei der Tourismuswerbung, der räumlichen Entwicklungsplanung oder bei der Bündelung von Dienstleistungen z.B. in Beihilfe-Angelegenheiten.

Obwohl der Gedanke der Region im Alltag bereits Einzug gehalten hat, ist die „*Regio Rheinland*“ als solche noch nicht in den Köpfen der Bürger vorhanden und erst recht nicht im Bewusstsein Außenstehender.

Die Regionale 2010

Ich setze große Hoffnungen darauf, dass die REGIONALE im Jahre 2010 das Gefühl für die Region auch in das Bewusstsein ihre Bewohnerinnen und Bewohner bringt. Die bisherigen Erfahrungen mit einer Regionale lassen diesen Optimismus zu. Werden doch hier konkrete Projekte durchgeführt und Impulse gesetzt, welche die Struktur der jeweiligen Region gezielt stärken. Für die REGIONALE 2010 im Rheinland stehen die so genannten „weichen Standortfaktoren“ im Mittelpunkt.

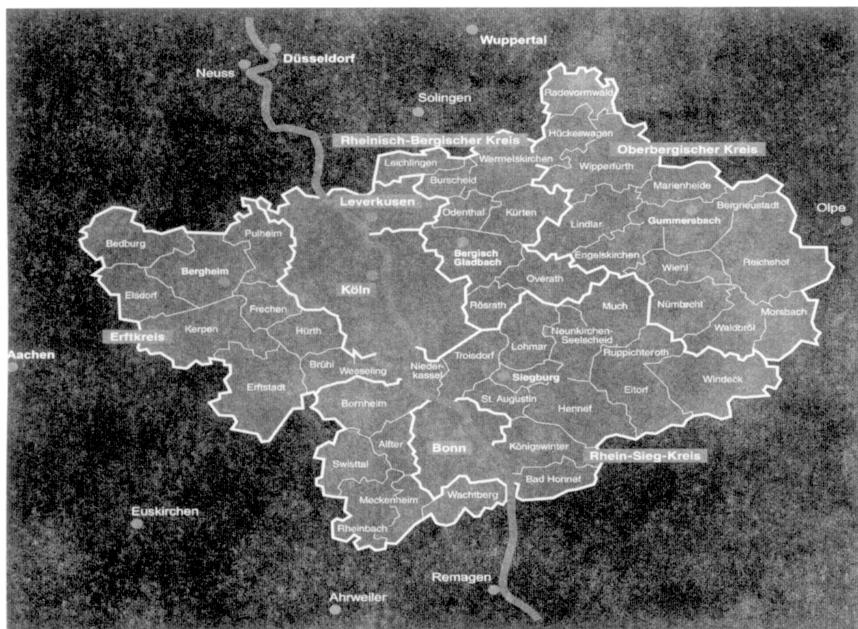


Abbildung 2: Region Rheinland

Denn der erfolgreiche Wirtschafts- und Lebensstandort Regio Rheinland stützt sich auf gut ausgebildete und hoch qualifizierte Menschen und eine stabile Bevölkerungs- und Sozialstruktur.

Mit Blick auf das Jahr 2010 – und darüber hinaus – wird deutlich, dass wir noch intensiver am Profil unserer Region arbeiten müssen.

Für die Stadt Köln selbst habe ich den Leitbildprozess „Köln 2020“ ins Leben gerufen. Er wird die Wegmarken definieren, die Köln fit für die Herausforderungen der Zukunft macht. Die Ergebnisse wurden im Herbst 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Versteht man nun regionale Politik vor allem als Standortpolitik, um im Wettbewerb mit anderen Regionen zu bestehen, zeichnet sich schon heute ab, dass die „weichen Standortfaktoren“ besonders ins Blickfeld rücken werden.

Denn in der Tat sind Wohnqualität, Kultur, Freizeit und Sport wichtige Faktoren. Sie werden zunehmend zu einem entscheidenden Standortvorteil im Wettbewerb.

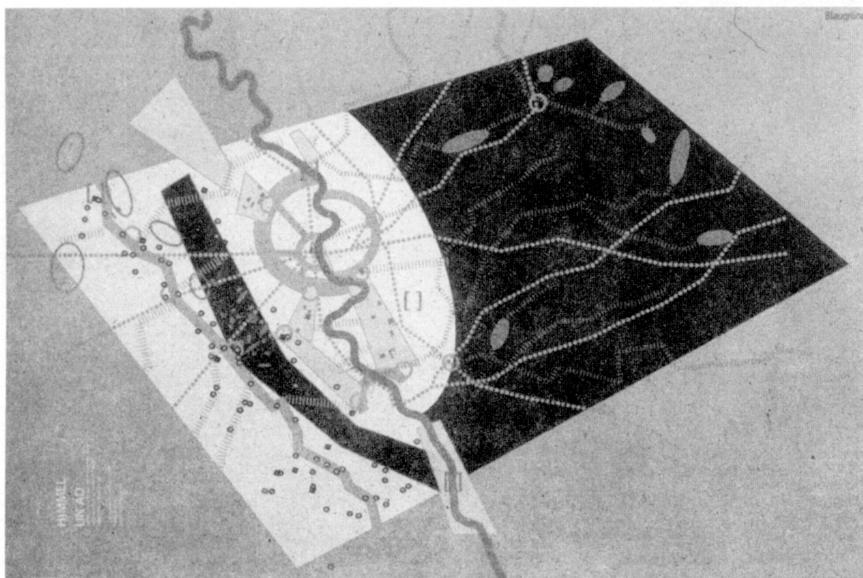


Abbildung 3: Konzept zur Vernetzung der Grün- und Freiflächen in der Region

Das Projekt RegioGrün

Das Projekt RegioGrün der Regio Rheinland versteht sich als Beitrag zur Stärkung der „weichen Standortfaktoren“.

Am Beginn des Projektes stand die Herausforderung an alle beteiligten Akteure, sich von ihren bisherigen lokal begrenzten Denkstrukturen zu lösen. Es galt, in einem bisher ungewohnten regionalen Maßstab zu denken. Dies ist uns gelungen.

Ein entscheidender Vorteil war sicher, dass wir ein Sinnbild für das Projekt entwickelten, ein Sinnbild, das nun weiter transportiert und Schritt für Schritt auf lokaler Ebene umgesetzt werden kann.

Es ist ein Bild eines grünen Netzes, dessen unterschiedliche Fäden und Knoten die gesamte Region durchziehen. Dieses Netz bringt die unterschiedlichen Strukturen der Landschaft in der Region in einen übergeordneten Zusammenhang.

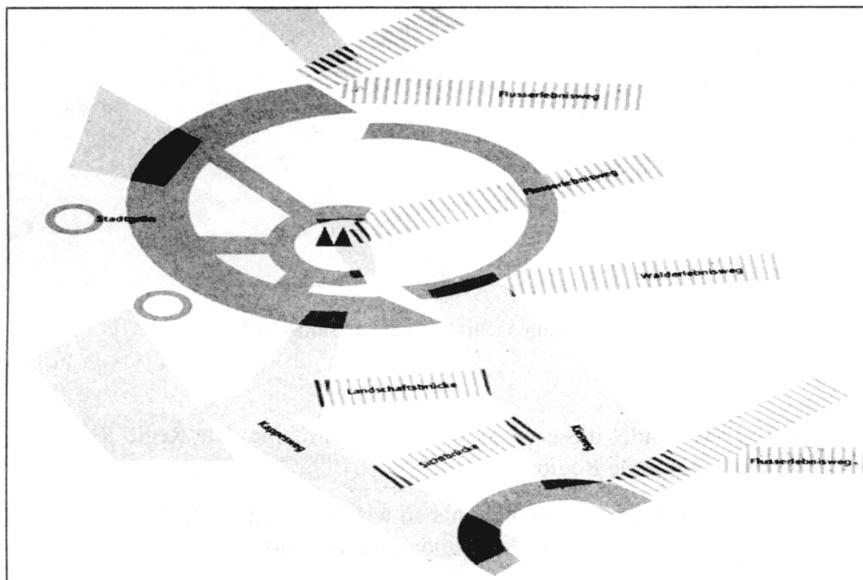


Abbildung 4: Das Kölner Grünsystem als Grundlage für das künftige grüne Netz, dessen Fäden und Knoten die gesamte Region durchziehen

Betrachtet man die Regio Rheinland aus der Luft, so treten in besonderer Weise die naturräumlichen Unterschiede der Landschaft hervor. Die bewaldeten Höhenzüge des Bergischen Landes, die Rheinebene mit ihren städtisch geprägten Freiraumstrukturen sowie das weite und seit über 2000 Jahren landwirt-

schaftlich genutzte Gebiet der Börde unterscheiden sich in ihren Landschaftsstrukturen sehr stark voneinander.

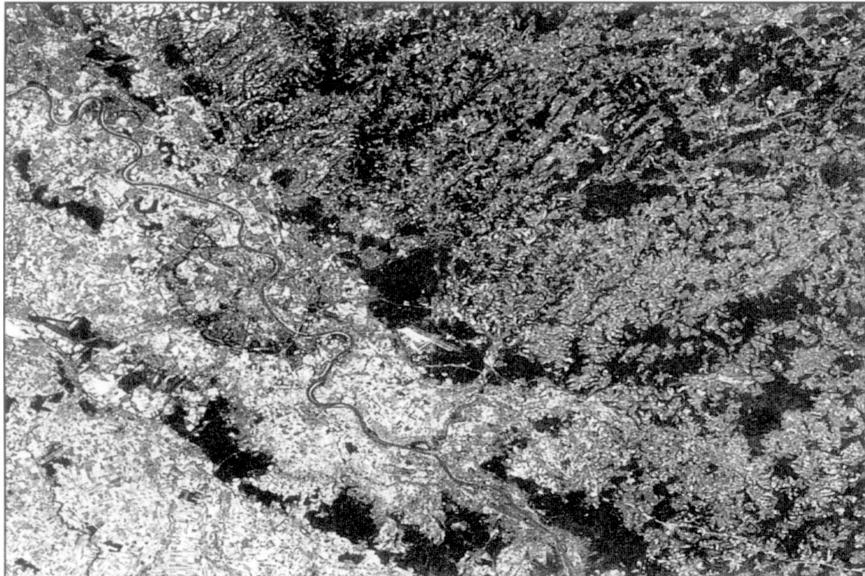


Abbildung 5: Strukturen der Landschaft

Eines aber verbindet diese verschiedenen Naturräume: Die Regio Rheinland ist insgesamt eine grüne Region.

Um das „grüne Netz“ zu knüpfen, haben wir im Sommer 2003 eine Werkstatt mit Landschaftsarchitekten aus der Region durchgeführt.

Das Ergebnis dieses Workshops zeichnet ein erstes Bild für ein grünes Netz. Es ist je nach vorhandener Struktur mal enger oder weiter geknüpft. Auch die einzelnen Knoten, die das Netz zusammenhalten, haben jeweils unterschiedliche Bedeutung. Das große Ziel im Hintergrund ist, über das Sinnbild des grünen Netzes ein Identitätsgefühl zu stiften. Ähnlich wie es die eingangs zitierte Anekdote über Konrad Adenauer für Köln skizzierte. Mit der REGIONALE 2010 wird das grüne regionale Netz einen wesentlich Schritt vorangebracht. Vor allem: Es wird konkret vor Ort erlebbar.

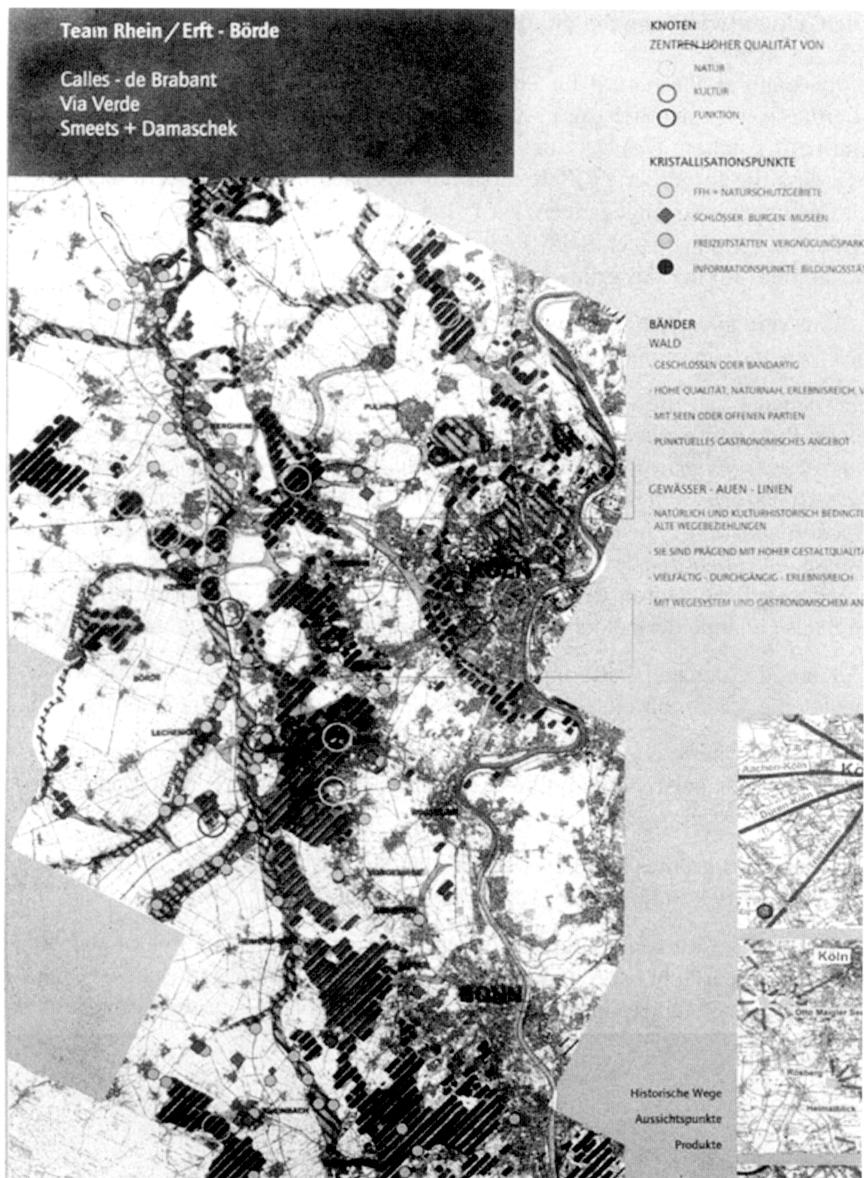


Abbildung 6: Entwurf Teilraum Bördelandschaft

Die Grünentwicklung der Stadt Köln als Vorbild

Ich halte es für zentral für eine Region, dass sie klar formulierte Ziele hat. Hierdurch wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man gewillt ist, die Zukunft zu gestalten. Das Netz des RegioGrün ist ein solches Ziel. Wichtig ist dabei, dass die formulierten Ziele nicht nur Visionen bleiben, sondern dass deren Umsetzung zügig angegangen wird. Ich habe dabei immer das Beispiel der Grünentwicklung in der Stadt Köln vor Augen. Sie bildet gewissermaßen die Schablone, auf der das grüne Netz in der Region aufgespannt wird.

Ihm verdanken wir, dass wir heute in Köln ein Grün- und Freiflächensystem besitzen, dass in seiner Ausgestaltung einmalig in ganz Europa ist.

Adenauer sah die Gefahr, dass die Stadt dem „*alten Zwange weiterfolgend einen Ring von Bauten an den anderen fügte, er sah die Gefahr des Erstinkens, und er sah als erstes Ziel deutlich vor sich, der Stadt frische Luft und öffentliches Grün zu sichern*“.² Für ihn war klar, dass „*auf dem Gebiete der Grünflächen unbedingt etwas ganz Großes und Durchgreifendes in Köln geschehen*“ müsse. Die historische Chance zur Umsetzung des Ziels bot der Versailler Friedensvertrag, durch den die Befestigungseigenschaft der Stadt aufgehoben und das Gelände der beiden preußischen Befestigungsringe freigestellt wurde.

Konrad Adenauer hatte unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg ebenso wie wir heute eine Vision für ein solches grünes Netz vor Augen.

Adenauer hatte aber nicht nur eine Vision. Er verfügte darüber hinaus auch noch über das notwendige politische Gespür, um dieses ehrgeizige Ziel Realität werden zu lassen.

Adenauers größtes Verdienst auf diesem Gebiet ist jedoch sicher darin zu sehen, dass er den Städtebauer Fritz Schumacher als Planer gewann.

In den drei kurzen Jahren, in denen Schumacher als Baudirektor der Stadt Hamburg beurlaubt wurde, konnte er den ersten gesamtstädtischen Generalbebauungsplan für Köln entwerfen. Dieser prägt bis heute die Grundstruktur der Stadt.

² Zit. nach Schumacher, F.: Probleme der Großstadt. Architextbook Nr. 6. 1986.



Abbildung 7: Geplantes Grünsystem der Stadt Köln (Generalbebauungsplan von 1923)

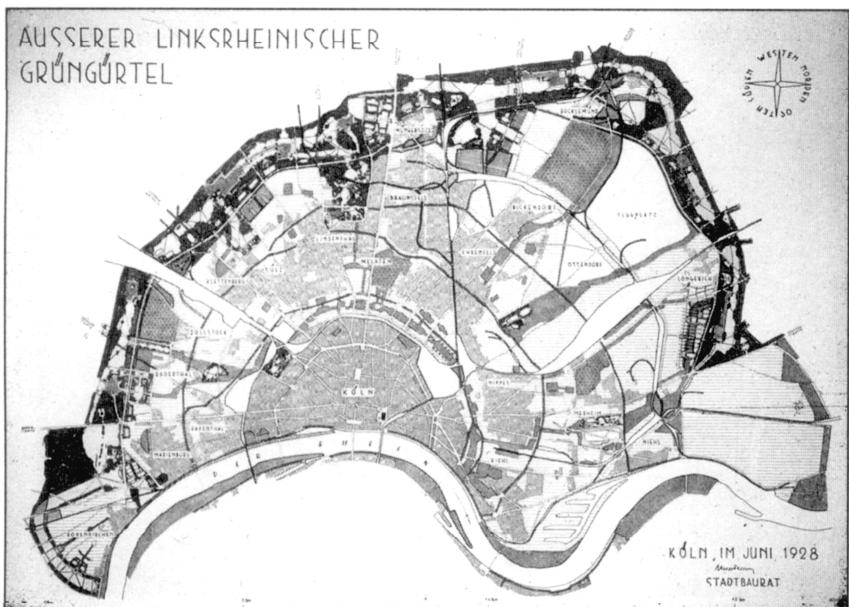


Abbildung 8: Gesamtplan Äußerer Grüngürtel



Abbildung 9: Luftbild Decksteiner Weiher



Abbildung 10: Äußerer Grüngürtel – Blick auf die Innenstadt

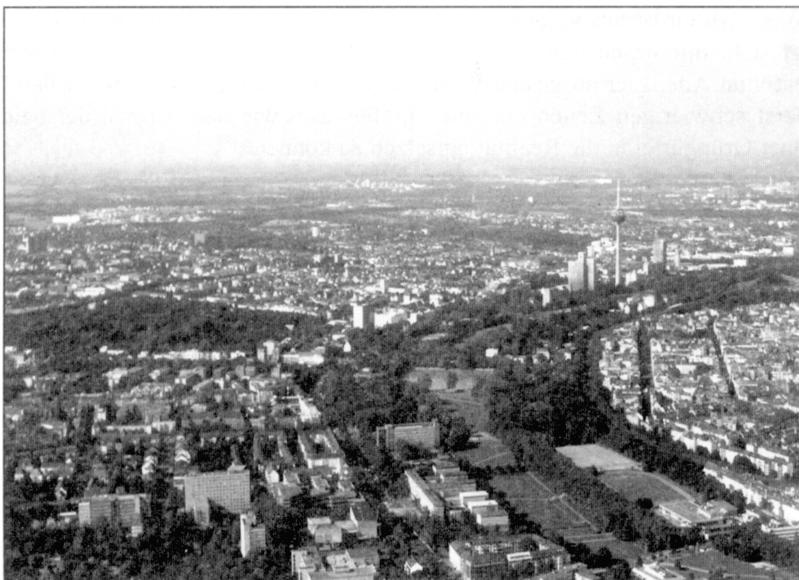


Abbildung 11: Innerer Grüngürtel – Innenstadt rechts

Die Visionen Adenauers

Zentrales Element dieses Bebauungsplans ist die Ausweisung eines Grünsystems, bestehend aus dem Inneren und dem Äußeren Grüngürtel sowie der verbindenden Grünzüge.

Seine Zusammenarbeit mit Konrad Adenauer beschreibt Fritz Schumacher rückblickend in seinen Lebenserinnerungen, einen Ausspruch Adenauers aus dem Jahre 1930 memorierend, wie folgt:

„Es wurde mir Anfangs schwer, mit der Kühnheit des Oberbürgermeisters Schritt zu halten. Mir wollte diese scheinbar im Gegensatz zur Zeit stehende Vitalität manchmal wie ein Übermut erscheinen, und ich konnte mir keine Vorstellung davon machen, wie diese Dinge ohne wirtschaftliche Katastrophe enden sollten. Wenn wir alleine miteinander waren, gab ich diesem Gefühl mehrfach Ausdruck. Er sagt dann etwa: Man darf nie aufhören zu handeln! Tätigkeit ist alles, das übrige findet sich schon. Wer heute über Geld nachdenkt, denkt über etwas nach, was es gar nicht mehr gibt.“

Wie vertraut ist uns gerade dieser letzte Satz! Und gerade aus heutiger Sicht zeigt sich, mit welch einer visionären Kraft und mit welch einer politischen Kreativität Adenauer ausgestattet war. Beides brauchte er, um in wirtschaftlich äußerst schwierigen Zeiten ein solch großes Ziel wie den Ausbau der beiden Kölner Grüngürtel in die Realität umsetzen zu können.

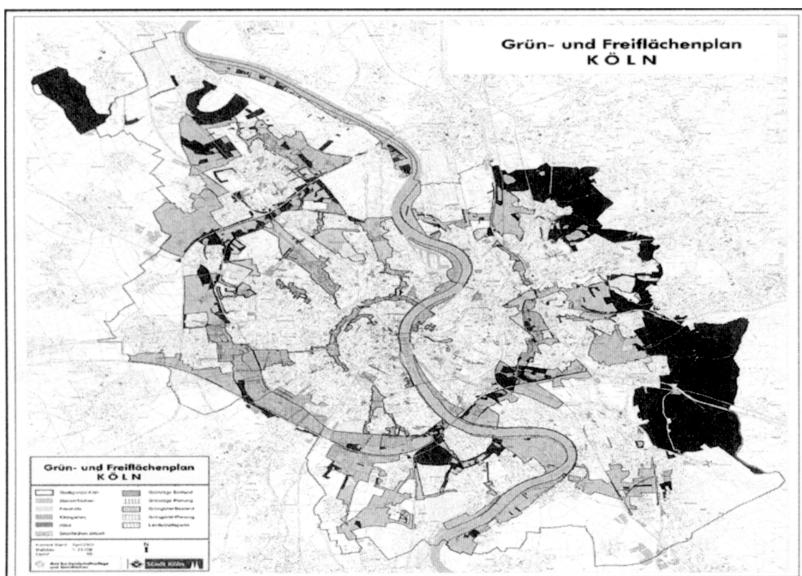


Abbildung 12: Heutiges Grünsystem der Stadt Köln

Adenauer hatte die Zeichen der Zeit richtig erkannt und unter äußerst schlechten Rahmenbedingungen Großartiges geschaffen.

Dies gilt es, nun auf die heutige Zeit und auf das regionale grüne Netz zu übertragen.

Das regionale Grünnetz: Die ersten Schritte

Einen ersten Schritt haben wir in enger Zusammenarbeit mit dem benachbarten Erftkreis und der Stadt Frechen am Beispiel des Grünzuges Rhein / Erft schon verwirklicht.

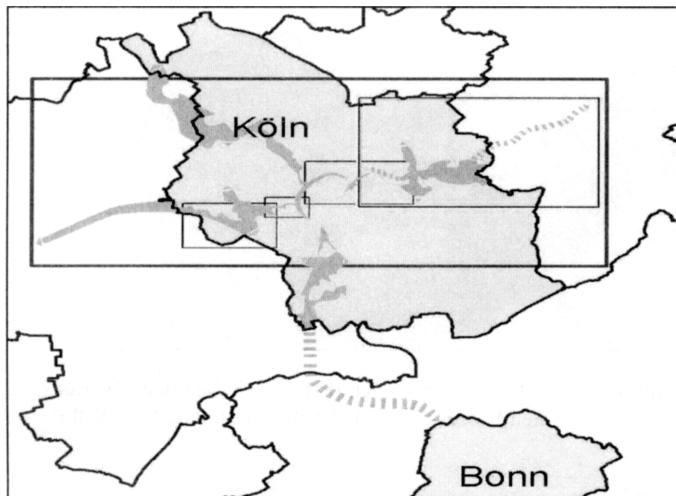


Abbildung 13: Vernetzung des Kölner Grünsystems mit den Grün- und Freiflächen

Das Rückgrat dieses Systems bildet der Naturpark Kottenforst-Ville, in den der Höhenzug der Ville und die großen zusammenhängenden Waldflächen des Kottenforstes bei Bonn einbezogen sind. Aus Sicht der Stadt Köln bildet der Naturpark Kottenforst-Ville quasi den „Dritten Grüngürtel“.

Neben dem weiteren Ausbau dieses Grüngürtels sind vor allem die radialen Verbindungen von großer Bedeutung. Denn erst durch sie entsteht ein zusammenhängendes grünes Netz.

Insgesamt sollen drei Grünachsen ausgewiesen werden, welche die beiden Kölner Grüngürtel mit der Villelandschaft und dem Tal der Erft verbinden. Dabei werden vor allem an den Nahtstellen zwischen Stadt und Land die vorhandenen Grünstrukturen untereinander verknüpft.

Die erste Grünachse Rhein/Erft, welche den Rhein über die großstädtischen Grünflächen und die landschaftlichen Sehenswürdigkeiten der Ville mit der Erft verbindet, ist eine solche radiale Grünverbindung.

Hier entsteht zwischen dem Äußeren Grüngürtel und dem Rand der Ville eine abwechslungsreiche Erholungslandschaft, in der auch die traditionelle Landwirtschaft ihren Platz hat.

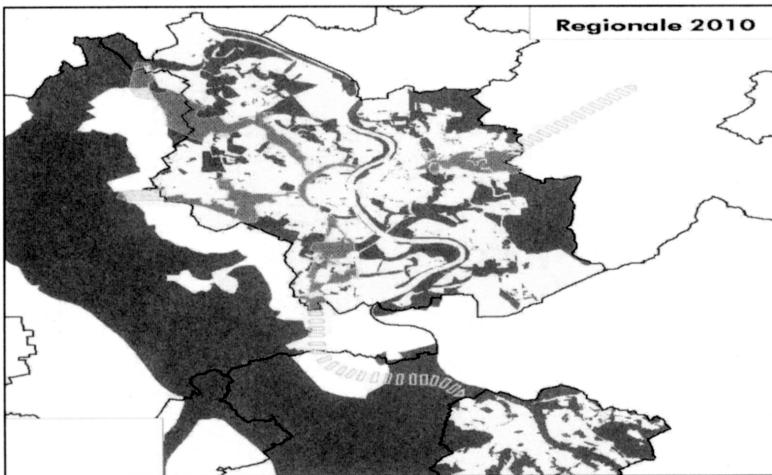


Abbildung 14: Der Naturpark Kottenforst – Ville bildet das Rückgrat des grünen Netzes und den „Dritten Grüngürtel“ für Köln

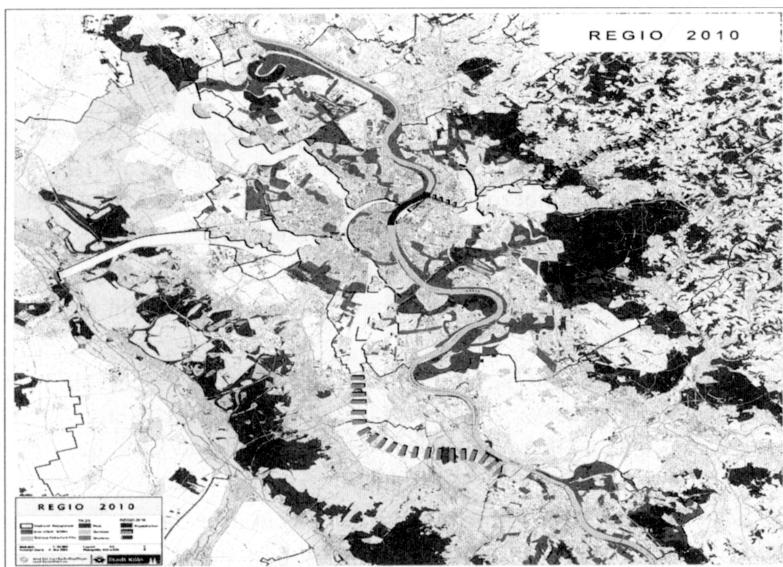


Abbildung 15: Grünachsen verbinden die beiden Kölner Grüngürtel mit dem Naturpark Kottenforst-Ville und dem Bergischen Land

Die gemeinsamen Planungen der Stadt Köln, der Stadt Frechen und des Erftkreises hierfür sind schon so weit fortgeschritten, dass eine ausgearbeitete Radfahr- und Erlebnisroute durch den Grünzug Rhein/Erft der Öffentlichkeit vorgestellt werden konnte.

Vom Äußeren Grüngürtel führt die Route durch den geplanten Grünzug West in den Erftkreis. Die historischen Burgen, schmucken Fachwerkdörfer und offenen Landschaften des Erftkreises sind ebenso prägender Bestandteil dieser Route wie der freie Blick über den Braunkohletagebau, angrenzend an die Stadt Frechen. Von dort führt die Route durch alte Buchenwälder in das Tal der Erft mit seinen reizvollen Schlössern, Burgen und Mühlen.

Neben dieser ersten Grünachse soll es zwei weitere Grünzüge im Süden und Norden geben. Auch hier werden wir eng mit den beteiligten Städten Pulheim und Brühl zusammenarbeiten.

Der Dialog mit der Landwirtschaft ist von besonderer Bedeutung, denn seit über 2000 Jahren werden die wertvollen Böden der Börde landwirtschaftlich genutzt. Daher ist es das erklärte Ziel des Konzeptes, nicht Parkanlagen im herkömmlichen Sinne zu schaffen, sondern vielmehr den vorhandenen Freiraum mit seinen Nutzungen dauerhaft zu sichern und ihn gezielt aufzuwerten.

Für die Zukunft wird deshalb eine verstärkte stadtplanerische Zusammenarbeit zwischen den Kommunen angestrebt. Erste Ansätze zur Erarbeitung einer gemeinsamen vorbereitenden Flächennutzungsplanung für das Gebiet der Stadt Köln und der Stadt Hürth weisen in diese Richtung.

Auf der Basis der guten planerischen Zusammenarbeit haben wir mit unserem direkten rechtsrheinischen Nachbarn, der Stadt Bergisch Gladbach, ebenfalls ein Projekt in Angriff genommen, um auch hier eine Vernetzung zwischen dem Großstadtgrün von Köln und den Freiflächen des Umlandes zu schaffen.

Die Stadt Köln und die Regio Rheinland verstehen ihre Pläne in der Tradition Konrad Adenauers, der uns 1930 mit auf den Weg gab: „*Grünflächenpolitik ist Politik auf lange Sicht. Für Köln ist sie eine absolute Notwendigkeit. (...) Diejenigen, die nach uns kommen, werden uns segnen, weil wir diese Aufgabe in dieser schweren Zeit erkannt und erfüllt haben.*“

In diesem Sinne führt das Projekt RegioGrün den Adenauerschen Ansatz in die heutige Zeit und auf die heutigen Probleme bezogen fort. Es wird über das verbindende Element der Grünflächen der Regio Rheinland ein ganz eigenes Gefühl der Zusammengehörigkeit vermitteln. Das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt und der ihn umgebenden Natur ist, so betrachtet, sicher ein entscheidender „weicher“ Standortfaktor.

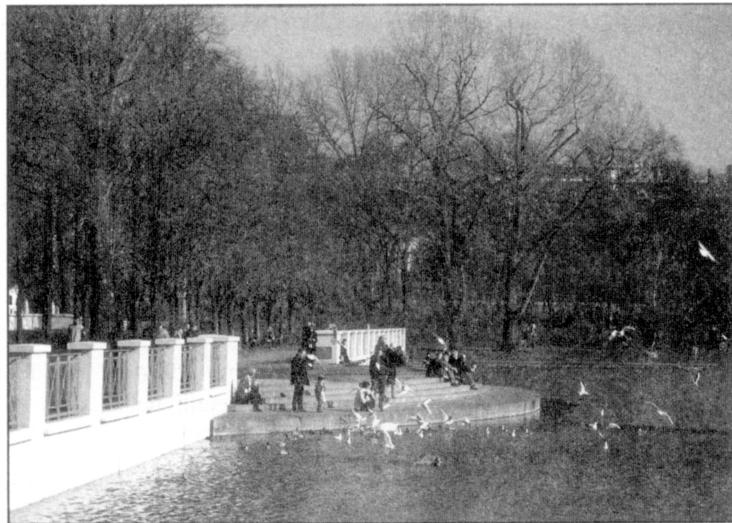


Abbildung 16: Aachener Weiher



Abbildung 17: Innerer Grüngürtel

Vom Bergbau zur Seenplatte: Europas größter Landschaftswandel

Von Holger Tschense

Die Stadt Leipzig wird nicht selten mit anderen Großstädten Deutschlands und auch Europas verglichen und „gerankt“ und dies nicht erst mit der nationalen Bewerbung um die Austragung der olympischen Spiele, sondern besonders immer dann, wenn Investoren einen Wettbewerb um das interessanteste Standortangebot eröffnen, wie er 2000/2001 von BMW angeschoben und von Leipzig gewonnen wurde.

Natürlich werden von den Investoren zunächst die so genannten harten Faktoren hinterfragt. Dazu zählen wir die leitungsgebundene Infrastruktur, die Flächenverfügbarkeit, Möglichkeiten der Akquisition von Fördermitteln. Sicherlich schieden dabei schon einige Städte aus dem Rennen. Dennoch bildeten am Ende des BMW-Wettbewerbs gerade die weichen Stadtortfaktoren dass Zünklein an der Waage, darunter die Universität Leipzig, das Medienzentrum, das vielfältige Wohnraumangebot (Gründerzeitviertel, Lofts), Kunst und Kultur in verschiedenen Facetten (Bach, Wagner, Mendelson Bartholdy waren hier zu Hause), natürlich auch das zügige Genehmigungsverfahren.

Dies alles sind Faktoren, die viele Städte bieten können. Von ganz besonderer Bedeutung ist deshalb noch ein weiterer Faktor, nämlich die erfolgreiche Aufarbeitung der Umweltschäden infolge des industriellen Raubbaus des letzten Jahrhunderts und die Weiterentwicklung der betroffenen Flächen zu einer einzigartigen Erholungslandschaft. Man erzeugt immer wieder einen Aha-Effekt, wenn Fremde durch die Stadt geführt werden, sich die in einer Region befindet, welche durch ihre Luftverschmutzung traurige Berühmtheit erlangte. Diese Zeit ist vorbei: Jetzt erlebt der interessierte Fremde eine Stadt mit einer ganz besonderen Freizügigkeit, mit Bürgern, welche die Lust am Plausch in freier Natur fast erfunden zu haben scheinen.

Für „alte“ Leipziger ist es beeindruckend, dass man wieder frei an unseren Flussufern durchatmen kann. Das größte „Wunder“ aber ist die in ihrer Realisierung

sierung befindliche Vision von der Umgestaltung der Tagebaulandschaften in der Region Leipzig zu einer strukturierten Seenlandschaft.

I. Die Historie des Landschaftsraums um Leipzig

Seit über 300 Jahren wird in der Region Leipzig Braunkohle gefördert. Besonders seit der Kontinentalsperrre Napoleons, als in Sachsen die energieintensive Zuckerherstellung aus Rüben aufkam und Holz knapp wurde, kam es zum Aufschwung der Braunkohleförderung, dessen Schwerpunkt aber mehr in der Lausitz lag.

Mit dem industriellen Aufschwung veränderten sich die Rahmenbedingungen für die Kohleförderung drastisch: Durch die Bahn wurde der Transport wirtschaftlicher; durch die Verbesserung im Stahlbau konnten Tagebaugroßgeräte gebaut werden; parallel stieg wiederum der Brennstoffbedarf.

Die erste Brikettfabrik im Raum Leipzig wurde 1887/88 südlich von Borna gebaut. Heute dient sie als Freizeitzentrum CULT.

1922 waren bereits 6745 Menschen um Leipzig im Bergbau beschäftigt; damit verband sich auch ein Zuzug aus anderen Regionen. Nach dem ersten Weltkrieg wurde die Förderung und Verarbeitung von Kohle der wichtigste Wirtschaftszweig im Raum Leipzig.

Im Zuge der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges wurden die Anlagen zur Gewinnung der kriegswichtigen Rohstoffe (Benzin, Diesel, Schmierstoffe) und Elektrizität ausgebaut. In diesem Zusammenhang entstand die Braunkohlenchemie, und die Grundstoff- und Schwerindustrie siedelt sich in Leipzig an.

Die Autarkiepolitik des Dritten Reiches wurde nach 1945, wenn auch unter anderen Prämissen, fortgesetzt. Durch den Ölpreisschock Anfang der 70er Jahre wurde der Braunkohleabbau wieder forciert.

Schon in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entwickelten sich um den Kohlebergbau heftige Konflikte. Auf der einen Seite kämpften die Bauern, die vom Verlust ihrer Wirtschaftsgrundlage, des Bodens, bedroht waren. Sie wurden unterstützt vom Leipziger Bürgertum, das die damals malerisch schöne Landschaft zur Naherholung nutzte.

II. Wassertouristische Tradition in Leipzig

Schon zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich auch eine andere Seite Leipzigs beleuchten: die wassertouristische Tradition in Leipzig. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts waren die Gewässer Leipzigs ein Standortfaktor. Später wurden sie durch die Nutzer und Anlieger sowie durch den Bergbau derart missbraucht, dass man sie lieber versteckte oder verfüllte als weiter an ihnen leben zu müssen.

Flussläufe bilden stets einen besonderen Anziehungspunkt für die Menschen. Waren sie früher zwingend notwendig für die Ausübung bestimmter Gewerbe, so wuchs später ihre Bedeutung als Orte für die Freizeitgestaltung und sportliche Betätigung.

Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in Leipzig öffentliche Flussbadeplätze eingerichtet. Überwiegend südlich und südwestlich vor den Toren der Stadt konnte man sich an Pleiße, Parthe, und Weißer Elster sowie an ihren Mühlgräben vergnügen. Die Wasserstraßen, in der Woche zumeist für den Transport von Baumaterial genutzt, wurden seit Mitte des 19. Jh. insbesondere an Wochenenden von Vergnügungsdampfern befahren.

Ende des 19. Jahrhunderts war Leipzig zur fünftgrößten Stadt Deutschlands angewachsen, und so mussten sich die Freizeitangebote ebenfalls entwickeln: Die Zahl der Bootsausleihstationen an Elster und Pleiße vervielfachte sich in wenigen Jahren; Gastwirtschaften wurden entlang der Gewässer im Auwald errichtet.

Auch auf den Stillgewässern, dem Auensee, dem Gondelteich in Lindenthal, dem Elsterbecken und später dem Elsterstausee wurden zusätzliche Möglichkeiten für Wassertourismus und Wassersport geschaffen.

III. Der Stand zur Zeit der Wende

Doch zurück zum Bergbau und seinen Auswirkungen auf die landschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unserer Region: 1989 waren in Mitteldeutschland 20 Tagebaue in Betrieb. Dort wurden rund 105 Mio. Tonnen Braunkohle gefördert, die in 27 Brikettfabriken und 9 Kraftwerken mit jeweils mehr als 100 MW installierter Leistung verarbeitet wurden. Der Bergbau war mit ca. 60.000 Arbeitnehmern der mit Abstand größte Arbeitgeber in der Region.

Bei einem Förderniveau von ca. 100 Mio. t/a sollte man bis über das Jahr 2050 hinaus abbauen können (dabei wären Zwenkau, Pegau, Störmthal,

Wachau und Liebertwolkwitz ausgelöscht worden wie zuvor schon 66 andere Orte mit 23.342 Einwohnern). Der Südraum wäre komplett „ausgekohlt“ worden. Letztlich wäre davon nicht einmal der Süden Leipzigs bis hin zum so genannten „Blauen Wunder“ ausgenommen worden.

Gebietsweise wäre damit ein Landverlust von 60 bis 70 Prozent verbunden gewesen. Was besonders schmerzlich war, wenn man bedenkt, dass der Anteil wieder nutzbar gemachter Flächen am bergbaubedingten Flächenentzug lediglich bei 46 Prozent lag. Und dabei wurden nicht einmal die aus heutiger Sicht erforderlichen Qualitäten der Folgenutzung erreicht: Rekultivierung war gleichbedeutend mit der Entstehung von „Kultursteppen“, weitgehend ohne flurgestaltende Elemente, Aufforstungen in Form von Pappel-Reinbeständen, Wasserflächen mit wenig abwechslungsreichen Uferlinien und Böschungen. Derartige wenig attraktive Elemente bestimmten die Bergbaufolgelandschaft.

Dies war das Dilemma eines zentralistischen Planungs- und Wirtschaftssystems, das der Rohstoffgewinnung und -veredlung im Rahmen des staatlichen Autarkiestrebens deutliche Priorität gegenüber der Rekultivierung einräumte. Bilder der mit Giftstoff ausstoßenden Schornsteine durchsetzten Mondlandschaft um Leipzig gingen 1989/90 um die Welt. Mit einem Gesamtausstoß von mehr als fünf Millionen Tonnen Schwefeldioxid pro Jahr stand die DDR weltweit an der Spitze der Pro-Kopf-Luftbelastung.

In den achtziger Jahren regte sich auch wieder der Widerstand gegen den Bergbau und die Umweltverschmutzung: Es bildete sich eine kritische Öffentlichkeit heraus, die sich immer mehr zu einem Potenzial der politischen Opposition entwickelte. Eine unabhängige Umweltbewegung in der ehemaligen DDR gab es zunächst fast ausschließlich unter dem Dach der Kirche. Doch später setzten sich darüber hinaus auch Bürgerbewegungen und Umweltvereine für Verbesserungen im Umweltschutz ein.

An Aktivitäten der Vor- und Wendezzeit sind beispielhaft zu nennen: Christliches Umweltseminar Rötha; Aktion „Eine Mark für Cospuden“. Damit sollte ein symbolischer Beitrag gesammelt und den Staatsorganen für die Sanierung der Braunkohlenschwelerei Espenhain übergeben werden. Es entstand ein Schwarzbuch über die Umweltbelastung im ehemaligen Bezirk Leipzig im August 1990, in dem die katastrophale Umweltsituation in diesem Ballungsgebiet beschrieben wurde – der Anfang des Offenlegens von Umweltdaten. Daneben wäre die Initiative „Pleiße an's Licht“ zu erwähnen.

IV. Der Wandel nach der Wiedervereinigung

Die Braunkohlenchemie war in keiner Weise wettbewerbsfähig; darum begann mit dem Tag der Währungsunion ein gigantischer Stilllegungsprozess und Abbau von Arbeitsplätzen. Die Schließung bzw. die drastische Verkleinerung von Großbetrieben reduzierte den Strombedarf erheblich. Aber auch von dem vorhandenen Kraftwerkspark (ehemals 9 Kraftwerke) erwiesen sich lediglich zwei kleinere Anlagen als ertüchtigungsfähig. Insgesamt gesehen, bildet noch heute die Verstromung den einzigen zukunftsfähigen Wirtschaftszweig auf Braunkohlebasis (Lippendorf, Schkopau). Durch den fast vollständigen Ersatz der Kohleheizung und die schon beschriebenen Tendenzen wurde der Braunkohletagebau wirtschaftlich immer mehr in Frage gestellt.

Aber auch die Bürger selbst setzten ihre Bemühungen um den Stopp des Tagebaus fort. Im Sommer 1990 demonstrierten zehntausend Bürger unter dem Slogan „Stoppt Cospuden“. Im Februar 1993 fanden große Demonstrationen gegen die weitere Förderung im Tagebau Zwenkau statt. Etwa 6.000 bis 8.000 Bürger bildeten Menschenketten zum Erhalt der Elsteraue. Dem Druck der Demonstranten wurde noch im gleichen Jahr nachgegeben und die Förderung eingestellt.

Die Förderung konzentriert sich gegenwärtig auf einen Tagebau im Südraum Leipzig (Schleenhain bis 2040) und zwei weiteren im weiteren Umland (Profen bis 2029, Amsdorf bis 2016). Dies sind Lagerstädten mit vergleichsweise hoher Kohlequalität und großer Lagerungsdichte bei geringer Blockierung anderer Schutzgüter.

V. Bergbau und Wasser

Durch das Aufkommen von Großtagebauen wurde die Gewässerlandschaft im Raum zwischen Dessau, Leipzig, Halle und Altenburg gravierender verändert als es je das Anlegen von Mühl- und Floßgräben und Fischteichen bewirkt haben. Es wurden Flüsse (Weiße Elster, Pleiße) verlegt, Kanäle gezogen, die mit Folie und Bitumenbeton gedichtet wurden, und großflächig Flussauen überbaggert.

Dadurch gingen die einst „harmonischen Auenlandschaften“ ebenso wie der in den 20er und 30er Jahren ausgeprägte Wassertourismus im Stadtgebiet von Leipzig weitgehend unter.

Mit der Reduzierung des Abbaus seit 1990 verband sich für zahlreiche Fließgewässer die Perspektive der Renaturierung monotoner Laufabschnitte, der

Herstellung des Gewässerverbundes und der Verbesserung der Wassergüte durch weitgehendes Fehlen „harter“ Umweltgifte. Damit verbindet sich für Leipzig und seine Region auch die Chance der Wiederbelebung und Entwicklung des Wassertourismus.

VI. Die Entwicklungsziele: Gewässerverbund Region Leipzig

Faszinierende Möglichkeiten ergeben sich nun aus der Stilllegung der Tagebaue. Schon lange vorhandene und gepflegte Visionen von einer Seenlandschaft in der unmittelbaren Nähe der Oberzentren Leipzig, Halle, Dessau können nun in überschaubaren Zeiträumen umgesetzt werden. Auf der Basis von Bund-Länder-Abkommen zur Braunkohlesanierung wurden bis 2000 schon knapp 5 Mrd. DM zur Überwindung der Abbaufolgen in Mitteldeutschland ausgegeben. Die wasserwirtschaftliche Sanierung steht dabei im Kern der Sanierungsaufgabe. Der stationäre Endzustand wird gebietsweise im Zeitraum 2010 bis 2020 erreicht sein.

Die Region Leipzig ist dann eingebettet in eine in ihren maßgeblichen Teilen bis 2015 entstehende „neue Wasserlandschaft Mitteldeutschland“, deren künftige Gesamtwasserfläche rund 175 km² betragen wird. Dabei werden der Geiseltalsee (18,4 km²) und Goitzschesee (13,3 km²) in die „Top 25“ der größten Seen aufrücken. Nicht weniger als 23 Standgewässer mit jeweils mehr als 2 km² Fläche entstehen im Ergebnis des Braunkohlebergbaus neu.

Tradition und Lage Leipzigs bieten, wie schon beschrieben, beste Voraussetzungen, sich zum Kristallisierungspunkt für den Gewässerverbund zu entwickeln. Für die Steigerung der Attraktivität des Verbundes für Einheimische, Gäste, Gewässernutzer, Investoren und Betreiber sowie für die Erschließung der Wertschöpfungs- und Arbeitsmarkteffekte wird es erfolgsentscheidend sein, wie zügig und konsequent folgende Entwicklungsziele umgesetzt werden können:

- „Einstieg in den Gewässerverbund“ möglichst nahe dem Stadtzentrum (Stadthafen, Einstieg am Elstermühlgraben),
- weitere Erschließung bootsgängiger Gewässer (Öffnung der Mühlgräben),
- Anbindung der Region Leipzig an das deutsche und europäische Wasserstraßennetz (Durchstich Karl-Heine-Kanal, schifffbare Anbindung der Weißen Elster an die Saale),

- Einbeziehung der Leipziger Auenwälder als Attraktion für das Naturerleben (Floßgraben),
- Verbindung der Bergbaufolgelandschaft mit der Stadt Leipzig (Elster, Pleiße, Floßgraben); Erhöhung des Abwechslungsreichtums bezüglich Landschaft und wassertouristischer Angebote,
- Imagepflege als „Sportstadt Leipzig“ nicht nur für Olympiabewerbung, sondern auch zum Befriedigen des Bedarfs an Wassersportangeboten,
- Gewährleisten von Anreizen und Entfaltungsmöglichkeiten für Investoren und Betreibern, zumal sich wassertouristische Attraktivitäten auf ein möglichst breites Dienstleistungs- und Serviceangebot stützen müssen.

Im Süden von Leipzig ist das „Neuseenland“ bereits vielerorts greifbar. Bis 1990 war nur der Panaer See bei Borna und Kulkwitzer See im Südwesten von Leipzig entwickelt. Seit 2000 gehen nunmehr neue Standgewässer in rascher Folge „ans Netz“:

- Der 436 ha große Cospudener See wurde anlässlich der EXPO 2000 mit feinsandigen Strandbereichen, ausgedehntem Landschaftspark (Erlebnisachse am Nordufer), Hafenbereich Zöbigker, Fahrgastschifffahrt ausgestattet,
- der Hasselbacher und der Großstolpener See ziehen bereits zahlreiche Besucher an,
- der Markkleeberger (2004), Bockwitzer (2005), Hainer (2006), Störmthaler (2011) und Zwenkauer See (2011) kommen schrittweise hinzu.

Leitidee für die Erschließung des Neuseenlandes ist der schon erwähnte Gewässerverbund: Unter Einbeziehung von Flüssen, Kanälen und Seen werden Stadt-, Auen- und Bergbaufolgelandschaft im raschen Wechsel aus der Bootsperspektive erlebbar. Die Erschließung wird entlang der Hauptflüsse (Weiße Elster und Pleiße) zwischen benachbarten Seen wie Zwenkauer und Cospudener sowie Störmthaler und Markkleeberger See erfolgen.

Es wird die Befahrbarkeit mit Gewässer angepassten Mehrpersonenbooten angestrebt, zwischen den Seen sogar auch mit Segelbooten. Ein Pilotabschnitt ist der Floßgrabenausbau bis Ende dieses Jahres. Durch den Auwald wird die Pleiße mit dem Cospudener See verbunden.

VII. Fazit

Die Weichen für den Südraum Leipzig auf dem Weg von einer der weltweit größten „Landschaftsbaustellen“ zum Freizeit- und Wassersport-Eldorado sind gestellt. Die Erinnerung an eine vom Tagebau missgebildete Landschaft verblasst immer mehr.

Die „Neuen Ufer“ der Region Leipzigs stehen dabei nicht nur für die Ufer neuer Seen, sondern auch für die neuen Betätigungsfelder von Investoren und Freizeitsuchenden. An kaum einer anderen Stelle wie entlang der Ufer der wiederbelebten Flussläufe und der neue entstehenden Seen betätigen sich Wohnungsbauunternehmen, Gastronomen und weitere Dienstleister so intensiv.

Der schon beschriebene „Aha-Effekt“ ist nicht selten ein Zünglein an der Wage bei Investorenentscheidungen. So zeigen sich viele Investoren sehr beeindruckt von der schon jetzt erlebbaren Wasserlandschaft und den Potenzialen der künftig entstehenden. Für eine Region, die keine Alpen und kein Elbsandsteingebirge hat, erwächst die neue Seenlandschaft zu einem wesentlichen weichen Standortfaktor.

Literatur

- Berkner, A.: Wasserwirtschaftliche Sanierung im Mitteldeutschen Braunkohlerevier, Leipzig 2001
- Berkner, A./Gerold, S./Thomas, R.: Braunkohlenplanung in Westsachsen, Leipzig 2001
- Fibich, P.: „Am neuen Ufer – Expo-Projekt am Cospudener See“, in: Leipziger Blätter 2000
- Kasek, L./Miehe, I.: „Menschen und Kohle im Raum Leipzig“, in: Leipziger Blätter 2000

Deutsche Mittelstädte zwischen High Tech und Lebensqualität: Das Beispiel Darmstadt

Von Peter Benz

Das Georg-Cristoph-Lichtenberg-Haus, in dem die Tagung Weiche Standortfaktoren des Rhein-Main-Instituts im Sommer 2003 stattgefunden hat, ist eine klug gewählte Stätte: Sicher gibt es funktionalere Tagungsorte – aber kaum ein moderner Bau kann mit dem im Lichtenberg-Haus gebotenen Flair mithalten. Wer das Lichtenberg-Haus wählt, der wählt es wegen seines Flairs. Doch was macht das Flair, die Faszination genau aus? Diese Frage ist schwierig zu beantworten, zumal die Antwort genau so vielfältig und unterschiedlich ausfallen würde, wie es verschiedene Menschen gibt.

Die Geschmäcker sind verschieden und damit auch die Bedürfnisse. Allen gemeinsam ist lediglich, dass die Beurteilung einer Tagungsstätte oder – übergreifender – eines Standortes nicht allein an der Performance von den so genannten Hard-Facts bestimmt wird, sondern ganz entscheidend von dem, was wir unter den „Weichen Standortfaktoren“ subsumieren.

Ich will nicht wissenschaftlichen Erkenntnissen vorgreifen, wenn ich meine Meinung zu diesem Thema vertrete:

- Gerade in der heutigen Zeit, in der es durch die rasanten technologischen Fortschritte in vielen Branchen keine zwingenden Standortbedingungen mehr gibt, werden Standortentscheidungen zunehmend subjektiv und damit vermehrt von den „Weichen Standortfaktoren“ bestimmt.
- Dieser Trend wird leider oft noch nicht genügend beachtet.
- Die Unternehmer sind sich selbst der eigentlichen Gründe ihrer Standortentscheidung oft nicht bewusst.

Wir als Wissenschaftsstadt Darmstadt versuchen, unser Standortmarketing mehr und mehr auf die weichen Standortvorteile auszurichten. Beispielhaft sei auf die Standortpräsentation Darmstadts unter www.darmstadt.de/standort hingewiesen, die durchaus auch mit untergründigen Botschaften arbeitet.

Grund für die oftmalige Vernachlässigung der „Weichen Standortfaktoren“ scheint mir insbesondere zu sein, dass sie im Gegensatz zu den Hard-Facts vielfältiger und schwerer definierbar und somit für die Standortentwicklung und das Standortmarketing wesentlich schwieriger handhabbar sind.

Ich freue mich über jede Initiative, die den Erfolgsfaktor „Weiche Standortfaktoren“ evaluiert und dadurch dazu beiträgt, Standortmarketing zu verbessern und kommunales Handeln zur Standortentwicklung effektiver und zielgerichteter zu machen. Auf die Stadt Darmstadt bezogen sehe ich, dass es uns andernfalls kaum gelingen wird, das Potential des Wirtschaftsstandortes Darmstadt optimal auszunutzen.

- So ist es beispielsweise, trotz schwieriger Arbeitsmarktlage, für viele Betriebe und Forschungseinrichtungen in Darmstadt problematisch, dringend benötigtes, hoch qualifiziertes Personal zu gewinnen.
- Menschen von außerhalb in die Ballungsräume zu locken, ist sehr schwer, zu schlecht ist deren Ruf in mancherlei Hinsicht.
- Ballungsräum – das wird oft gleichgesetzt mit teurem Wohnraum, wenig attraktiver Umgebung, viel Infrastruktur und wenig Natur, fehlenden Erholungsräumen und weiteren Nachteilen.
- Aber zumindest für das Rhein-Main-Gebiet insgesamt und für Darmstadt und die Region Starkenburg insbesondere täuscht dieser Ruf über die tatsächlichen Gegebenheiten hinweg: Sicherlich ist Wohnen tatsächlich nicht billig, aber ansonsten ist die Lebensqualität herausragend. Nur wenige Minuten vom Stadtzentrum bietet Darmstadt teilweise einzigartige Erholungsräume wie den Ostwald, den Frankenstein, den Odenwald, das Ried und die Bergstraße.
- Durch die zentrale Lage in der Mitte Deutschlands liegen sowohl Berge und Meer in Reichweite, sowohl Nordsee und Ostsee als auch die Alpen lassen sich gut erreichen. Weltkulturerbe wie das Rheintal mit der Loreley oder das Kloster Lorsch finden sich in direkter Nachbarschaft.

Im Bereich des traditionellen Standortmarketing wird die Wissenschaftsstadt Darmstadt auch weiterhin ihre Anstrengungen dahingehend intensivieren, sich als Hochtechnologiestandort zu profilieren. Auf Feldern wie der Biotechnologie, der Weltraum- und Satellitentechnik, dem IT-Sektor, der Mechatronik oder den Materialwissenschaften haben wir unsere Stärken.

Das Kapital unserer Stadt – oder fachdeutsch gesprochen: das „endogene Potenzial“ Darmstadts – liegt in den forschungsnahen, technologieorientierten Bereichen. Hier verfügen wir über eine einzigartig ausgestattete ingenieur- und naturwissenschaftlich ausgerichtete Hochschullandschaft. Außeruniversitäre

Einrichtungen von Weltruf ergänzen diese Basis. Dieser Besatz gibt uns einen Entwicklungsvorteil gegenüber anderen Standorten, den wir ausnutzen.

Zukünftig gilt es, in einem „ganzheitlichen Standortmarketing“, alle Aspekte eines Standortes als stimmiges Paket zu kommunizieren; nur so können individuelle Stärken eines Standortes für eine erfolgreiche regionale Wirtschaftsentwicklung genutzt werden; zumal vieles dafür spricht, dass Fühlungsvorteile zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen auch zukünftig nur äußerst kleinräumig eine starke Wirkung entfalten.

C. Das Rhein-Main-Gebiet

Der Regionalpark Rhein-Main: Stand und Perspektiven

Von Lorenz Rautenstrauch

I. Vorbedingungen: Weiche Standortfaktoren, Image, Region, regionale Organisation

Es besteht Einigkeit darüber, dass weiche Standortfaktoren für die Lebensqualität, die eine Region ihren Bewohnern bieten kann, wichtig sind. Und es besteht Einigkeit darüber, dass diese Faktoren für Menschen und Unternehmen, die sich für einen Standort – diese Stadt oder jene Stadt, diese Region oder jene Region – entscheiden, von wachsender Bedeutung sind. Die Frage, ob eine Stadt oder Region über solche attraktiven Standortqualitäten verfügt, wird in den meisten Fällen vermutlich nicht, jedenfalls nicht primär, nach einer kühn abwägenden Analyse der jeweils objektiv vorhandenen Bedingungen dieser Region entschieden, sondern nach einem allgemeinen Eindruck, einem Bild, dem „Image“, das sich mit einer Stadt/einer Region verbindet. Weiche Standortfaktoren werden vor allem für Externe dann wirksam, wenn sie „zur Identität“ dieser Stadt/dieser Region gehören. Dazu gehört nicht zuletzt auch, dass die ansässige Bevölkerung solche weichen Faktoren der Lebensqualität mit dem eigenen Lebensumfeld verbindet. Daraus folgt: Wenn eine Stadt oder eine Region sich vornimmt, ihre weichen Standortqualitäten zu verbessern, dann geht es nicht nur um die objektive Verbesserung. Der zweite, mindestens ebenso wichtige Schritt ist die erfolgreiche Veränderung entsprechender Bewusstseinsinhalte – nicht zuletzt auch in ihrer emotionalen Dimension: Wir sind eine Region; wir sind eine Region mit besonderen Lebensqualitäten; und wir sind stolz darauf, wir identifizieren uns damit.

Es ist ein Unterschied, ob von den

- weichen Standortfaktoren,
- von der Lebensqualität oder
- dem Image einer Stadt oder einer Region

gesprochen wird. Dieser Unterschied ist gerade für die Rhein-Main-Region von entscheidender Bedeutung. Im Rhein-Main fallen jedenfalls im *Außenbild* die tatsächliche Struktur und das Image besonders weit auseinander. In der Außenwirkung dominiert sehr eindeutig Frankfurt. Frankfurt steht für die Region. In der *Innensicht* und nach den objektiven Gegebenheiten ist die Region aber polyzentrisch. Frankfurt ist die bedeutendste, gleichwohl aber eine relativ kleine Stadt. Es gibt viele andere Zentren neben Frankfurt, die ihre Eigenständigkeit hüten. Und weil dies so ist, muss jeder Versuch, jede realistische Politik zur Verbesserung der weichen Standortfaktoren, der Lebensqualität und des Image zumindest auch als regionale Politik angelegt werden. Lokale Bemühungen und regionale Bemühungen müssen sich in einem zusammenhängenden Konzept ergänzen. Das eine ohne das andere ist ohne Chance.

Aufgrund dieses Zusammenhangs ist mit jeder Politik der Standortverbesserung, der Imageverbesserung die Frage verknüpft, wie denn die *Verfassung der Region* aussieht. Auf Rhein-Main bezogen ist dies die Frage der Organisation. Gibt es neben den *lokalen Akteuren* handlungsfähige *regionale Akteure*, die eine Politik der Verbesserung der Lebensqualität und des Image betreiben können? Im Rhein-Main-Gebiet gab es von 1976 bis 2001 als potentiellen und faktischen Akteur in dieser Hinsicht den Umlandverband Frankfurt. Seine Aufgaben wurden – zum Teil – von einer neuen Organisation, dem *Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main* übernommen. Der Umlandverband/der Planungsverband haben zur Verbesserung der Lebensqualität für ein bestimmtes Segment der weichen Standortfaktoren in der ersten Hälfte der 90iger Jahre das Projekt Regionalpark Rhein-Main gestartet.

II. Der Regionalpark Rhein-Main

Der Regionalpark Rhein-Main ist konzipiert als ein Netzwerk aus parkartig gestalteten Wegen und Anlagen, die im Laufe der Jahre in den Freiflächen / Grünzügen zwischen den Siedlungen im gesamten engeren Verdichtungsraum der Rhein-Main-Region entstehen sollen.

Parkartige Gestaltung von Wegen: Damit ist gemeint, dass diese Wege – in der Regel vorhandene Feldwege – in Wiesenstreifen von mindestens 10 m Breite eingefasst werden. Diese Wiesenbänder werden je nach örtlicher Situation gestaltet, es werden Alleen angelegt oder Buschgruppen gepflanzt. In Abständen von einigen hundert Metern werden nach dem Prinzip „Perlenschnur“ größere oder kleinere Anlagen entstehen, Orte, wo man ankommen kann, wo man rasten kann, wo ein Blick zu genießen ist. Wir haben ein weites Spektrum von

Möglichkeiten für die Ausgestaltung dieser Orte: Das sind z.B. Orte von „wilder Natur“ – also z.B. Naturschutzgebiete, die am Wege liegen und in die man über sorgfältig gestaltete Aussichtstürme hineinsehen kann. Oder: Am anderen Ende der Skala – intensiv gärtnerisch gestaltete Orte, wie z.B. ein Rosengarten. Dazwischen gibt es eine Vielzahl von Elementen, die Streuobstwiesen oder ein großer Wiesenbereich, der in Pücklerscher Manier als Landschaftspark gestaltet ist. Es gibt kleine Spielplätze und große Abenteuerspielplätze entlang des Weges und Haine, wo es nicht aktiv, sondern kontemplativ zugehen soll. Natürlich wird mit dem Regionalpark nicht alles neu gebaut. Es werden vorhandene Elemente in der Landschaft aufgenommen. Das Neue besteht nicht unwe sentlich auch darin, dass diese bestehenden Alleen, Aussichtspunkte, Quellen oder Gastwirtschaften und Mühlen über die Regionalparkroute verknüpft und in einen für Jedermann anschaulich erlebbaren Zusammenhang gebracht werden – also Teil *eines* Parks werden.

Eine wichtige Rolle spielen die *historischen Elemente* in der Landschaft. Die Routenführung nimmt zum Beispiel alte, im Rhein-Main-Gebiet auf Grund seiner Geschichte der Zersplitterung besonders zahlreiche Territorialgrenzen auf und zeigt, wie die Befestigungen aussahen. Wir präsentieren alte Wehrtürme und sogar wieder aufgebaute alte Wehrtürme, aber auch Zeugnisse der Industriegeschichte, z.B. alte Kalkbrennöfen oder Maschinen. Zum Beispiel eine große Maschine aus der chemischen Industrie, die sich soeben mit ihrer Produktion aus der Region zurückzieht. Kunst in der Landschaft, künstlerisch gestaltete Landmarken gehören selbstverständlich außerdem zum Repertoire. Das ganze Gebilde Regionalpark erhält eine einheitliche Beschilderung, montiert auf den typischen Regionalpark-Stelen. Selbstverständlich gibt es ein Regionalpark-Logo.

Der Regionalpark ist ein *Angebot für Fußgänger und Fahrradfahrer*. Es ist ein Angebot für die jeweils örtliche Bevölkerung, für den kurzen Abendspaziergang mit dem Hund oder den Samstag-Nachmittag-Spaziergang mit Kindern und Freunden. Aber es sind auch die Nutzer von außerhalb, aus den anderen Teilen der Region. Wir kommen nicht umhin, Parkplätze anzubieten, von denen aus man den Regionalpark erreichen kann. Wir bemühen uns um eine systematische Verknüpfung mit den S-Bahn-Haltestellen.

Die Dimensionen des Regionalparkprojektes sind sehr ehrgeizig. Das Netzwerk soll einmal eine Größenordnung von weit über 400 km erreichen. Es reicht nach Osten weit über Hanau hinaus. Es reicht im Westen bis zur Mainspitze bei Ginsheim-Gustavsburg, nach Wiesbaden und in den Rheingau. Es reicht im Norden bis Friedrichsdorf, umfasst die gesamten Vortaunusgemeinden und erstreckt sich im Süden bis zur Gemeinde Egelsbach am Südrand des Landkreises

Offenbach. Innerhalb des alten Umlandverbandsgebietes sind 35 Gemeinden einbezogen; außerhalb kommen noch einmal ungefähr 20 Gemeinden dazu. Eine wichtige – etwa in der Mitte verlaufende Ost-West-Achse des Regionalparks ist der Landschaftsraum des Main. Die innerörtlichen Grünsysteme, vor allem die in den großen Städten, werden mit dem Regionalpark verknüpft. Das geschieht zum Teil über die erwähnten Mainuferanlagen. Darüber hinaus wird zum Beispiel das *Grüngürtelprojekt der Stadt Frankfurt* mit einbezogen und firmiert als „Grüngürtel im Regionalpark Rhein-Main“; außerdem das Projekt *Grünring von Main zu Main*, der Offenbach oder die historische Bad Homburger Gartenlandschaft umfasst. Nach außen, in die schwächer besiedelte Region, soll der Regionalpark klar definierte Endpunkte haben; oder er soll mit ebenso klar definierter Veränderung der Charakteristik verknüpft werden mit Wegen des am Rande des Verdichtungsraum liegenden „Naturpark Hochtaunus“.

In einem Pilotprojekt der Städte Hattersheim, Flörsheim und Hochheim entsteht seit 1996 ein 27 km langer Abschnitt des Regionalparks mit einem Kostenaufwand von 12,5 Mio. Euro. Hier werden systematisch die Möglichkeiten der Umsetzung und Ausgestaltung ausprobiert und das Spektrum der Gestaltung am konkreten Beispiel vorgeführt. Die Arbeiten sind zu etwa 75 Prozent abgeschlossen. Wesentliche Abschnitte können besichtigt werden. Darüber hinaus wurde an einer Vielzahl von weiteren Orten das Projekt in Angriff genommen und in einzelnen Abschnitten realisiert, so zum Beispiel in den Städten Rüsselsheim, Rauheim, Kelsterbach, Nauheim, aber auch in Dietzenbach, in Egelsbach, in Dreieich, in Hausenstamm u.a.m. und nicht zuletzt im Bereich des Grüngürtels Frankfurt, der als Teil des Regionalparks Rhein-Main definiert ist. Insgesamt sind bisher für den Regionalpark etwa 25 Mio. Euro aufgewendet worden. Mittel in der Größenordnung von weiteren 5 Mio. Euro sind gesichert.

III. Grünzonen als Landschaften in der Stadt

Der Regionalpark ist – neben vielem anderen – auch eine Reaktion auf die weiter zunehmende Besiedlung, die Verstädterung des Rhein-Main-Gebietes. Das Regionalparkprojekt ist ein Beitrag dazu, die Leitvorstellungen, mit denen die regionale Planung diese Entwicklungsdynamik zu steuern versucht, weiter zu entwickeln. Mit dem Regionalparkprojekt wird das wichtigste Element dieses regionalen Entwicklungsleitbildes aufgenommen, nämlich die Konzeption der regionalen Grünzüge.

Bislang wurden die Grünzüge als die Landschaft betrachtet, in der die Städte und Städtchen im Kern der Region, ganz nach der klassischen Vorstellung,

„eingebettet“ sein sollen. Dieses Bild ist nicht länger haltbar. Wir definieren die Grünzüge nun umgekehrt als „*Landschaften in der Stadtregion*“. Figur und Grund werden umgekehrt. Dies ist keine Kapitulation vor dem Siedlungsdruck, sondern, wie wir glauben, eine Stärkung der Konzeption der Grünzüge. Als „*Landschaften in der Stadt*“ sollen sie eine andere Qualität und auf diesem Wege auch eine andere Wertschätzung durch die Menschen erfahren, die in der Region leben. Da wir nicht flächendeckend mehrere Hunderttausend Hektar von regionalen Grünzügen zu Parks umgestalten können und wollen, haben wir uns für eine Strategie des „*Pars pro toto*“ entschieden.

Der Regionalpark soll das Rückgrat der regionalen Grünzüge im Rhein-Main-Gebiet und damit gleichzeitig Vehikel für die Neudefinition und qualitative Veränderung dieser Grünzüge werden. Mit dem Rückgrat entstehen Bänder und Routen, die für jedermann erkennbar parkartig gestaltet sind. *Sie geben den Grünzügen, die ansonsten weiterhin der Landwirtschaft oder dem Forst vorbehalten bleiben sollen, „als Landschaften in der Stadt“ die gewünschte ästhetische und ökologische Qualität.* Mit dem Regionalpark sollen die Menschen diese Grünzüge überhaupt erst als ein zusammenhängendes, bewusst gestaltetes System erleben können – und eben nicht, wie bisher – als etwas übrig Gebliebenes, als einen Rest zwischen Siedlungen.

Andererseits streben wir mit dem Regionalpark nicht die *Idylle* an. Wir akzeptieren und operieren mit der Siedlungskulisse des Ballungsraumes. Der Zerschneidungseffekt von Straßen und Autobahnen wird nicht negiert. Kreuzungspunkte mit Straßen sind häufig und selbstverständlich sichern wir sie. Wir betrachten solche Kreuzungspunkte jedoch nicht grundsätzlich immer als störend, sondern betonen sie gelegentlich als besonders markante Aussichtspunkte, an denen man Mobilität faszinierend erleben kann. So zum Beispiel durch Aussichtspunkte am Ende der Start- und Landebahnen des Flughafens oder durch einen Aussichtspunkt über der gebündelten Autobahn und ICE-Schnellbahnstrecke zwischen Köln und Frankfurt.

Das Projekt ist außerordentlich ambitioniert. Dies insbesondere in einer Region, die lange Zeit objektiv, vor allem aber in der subjektiven Innensicht der Mehrheit ihrer Bewohner, der Mehrheit der Kommunen, der lokalen, regionalen und der Landespolitiker *ökonomisch* als sehr *erfolgreich* galt und zum guten Teil auch noch heute so eingeschätzt wird. Eine Region also, die sich deshalb eigentlich kaum bemüßigt fühlen müsste, ein offensichtlich aufwendiges und teures Programm zur Verbesserung der Lebensqualität aufzulegen.

Der Regionalpark Rhein-Main wurde Anfang der 90er Jahre vom damaligen Umlandverband Frankfurt konzipiert. Dass sich gerade ein solcher Regional-

verband mit einem Projekt wie dem Regionalpark beschäftigt, liegt nahe; denn sein politisches Leben und Überleben hängt davon ab, ob es so etwas wie ein Regionalbewusstsein gibt, oder wenn es das nicht gibt, ob man es schaffen oder wenigstens durch ein Projekt wie den Regionalpark befördern kann. Die Frage des *Regionalbewusstseins* wiederum ist gar nicht zu trennen von der Frage des Image und der Identifikation mit der Region. In diesem gedanklichen Kontext hat der Umlandverband damals den Regionalpark als neue Aufgabe formuliert neben seinen anderen alten Aufgaben. Diese galten im Wesentlichen dem, was man als harte Standortfaktoren bezeichnet: zum Beispiel der regionalen Politik zum Abwasser, zum Abfall und zur Wasserversorgung.

Der Regionalpark zielt auf ein offensichtliches Defizit in dem Bild, das die Bürger von ihrer Region haben und das vor allem die Außensicht auf diese Region prägt. Sie gilt als geographisch günstig gelegen, kühl und technisch gut funktionierend. Die *Assoziationen*, die *Frankfurt Rhein-Main* weckt, stecken in Wörtern wie Geld, Geschäft, Technik, Mobilität, Internationalität. Es fehlen oder es sind unterentwickelt die freundlichen und die traditionsbezogenen Töne.

Äppelwoi und Handkäs, Taunus und Odenwald und hessisch babbeln, das gibt es. Aber solche Facetten im Bild werden völlig überdeckt. Ganz anders als in anderen Regionen, mit denen Rhein-Main in Konkurrenz liegt. Der Handkäs kann es mit der Weißwurst nicht aufnehmen, Taunus und Odenwald nicht mit dem Voralpenland.

Der Regionalpark Rhein-Main wird daran nicht grundsätzlich etwas ändern. Aber wenn wir ihn richtig aufziehen, so die Hoffnung, dann könnte vielen Menschen hier bewusst werden, dass die Landschaft Rhein-Main die Mühe lohnt und sie sehr wohl ihre Reize hat. Und es könnte Identifikation mit dieser Landschaft gefördert werden und damit auch ein wenig Veränderung in der Außensicht im Image erzielt werden.

Identifikation braucht Symbole. Zum *Symbol für Rhein-Main* ist die Frankfurter Skyline geworden und das gewaltige Gebilde Flughafen. Wiederum: Gegen die Symbolkraft der Frankfurter Skyline werden wir mit dem Regionalpark in absehbarer Zeit kein Gegengewicht bilden. Aber man kann das Ziel ja auch bescheidener definieren. Der Regionalpark könnte die Qualität eines Symbols bekommen, das für Menschen in der Region für die weichen und freundlichen Züge steht.

Und auf einen weiteren, den unter der Überschrift „Identifikation“ vermutlich wichtigsten Aspekt, des Regionalparkprojektes ist hinzuweisen: Eine wichtige Dimension von Lebensqualität und sicherlich von Identifikation ist die Frage, ob und wie man die räumliche Umwelt, in der man lebt und in der man sich

wohl fühlen will, mitbestimmen kann. Der Regionalpark ist zugleich ein lokales und ein regionales Projekt. Jede Kommune kann ihren Teil für ihre Bürger und mit ihren Bürgern ausgestalten. Es ist eine Sache lokaler Politik und lokalen Engagements. Gleichzeitig aber entsteht damit ein überregionales, regional wie überregional erlebbares Gebilde. Der Reiz besteht darin, dass die regionale Gesamtheit, die da entsteht, mehr ist als die Summe ihrer lokalen und kommunalen Einzelteile. Und genau dieser Reiz wird auch aus lokaler Sicht gesehen und angestrebt.

IV. Ausblick

Das Projekt Regionalpark war bis 2003 in zwei Ebenen organisiert und finanziert: Die übergreifende Planung, Koordination und ein wesentlicher Teil der Finanzierung geschah durch den Umlandverband bzw. durch den Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main. Geldgeber waren und sind außerdem das Land Hessen, die Europäische Union und in nicht geringem Umfang Sponsoren. Die Detailplanung und Umsetzung sowie eine Co-Finanzierung durch die jeweiligen Kommunen geschahen und geschehen durch speziell gegründete Durchführungsgesellschaften. Davon existieren gegenwärtig vier, mit etwas über 20 Kommunen. Zwei weitere Durchführungsgesellschaften sind in Vorbereitung. Außerdem gab es zur Durchführung Einzelverträge mit 10 weiteren Kommunen. In dieser Struktur sind die oben bereits genannten rund 25 Mio. Euro aufgebracht und investiert worden.

Diese Struktur wurde 2003 geändert. Die Durchführungsebene bleibt; aber die Stelle des Umlandverbandes bzw. des Planungsverbandes soll eine „Regionalpark-Dachgesellschaft“ einnehmen, deren Gesellschafter die Kreise und kreisfreien Städte und daneben mit einer Minderbeteiligung der Planungsverband sind.

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main und die Bedeutung der weichen Standortfaktoren am Beispiel des Grüngürtel-Konzepts

Von Jürgen Schultheis

„Wir sind heimlich-unheimliche Lustmörder nicht nur an Luft, Land und Wasser, sondern auch an Brauchtum, Originalität und an der so notwendigen Geborgenheit. Raub und Vergewaltigung an der Welt sind so selbstverständlich geworden, dass selbst der Ökologiebewusste, der Gebildete und Bildungshungrige, der Bildungsvermittelnde frisch-fröhlich mittut.“¹

Hans Boesch

Die Frage nach den Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung hängt wesentlich davon ab, welche gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung wir heute antizipieren müssen, um für die Zukunft richtige Entscheidungen treffen zu können. Richtige Entscheidungen können heute aber nur Entscheidungen sein, die dem Postulat der *Nachhaltigkeit* entsprechen, also sowohl ökonomische, ökologische wie soziale Aspekte berücksichtigen.

Ich gehe von folgendem Szenario aus:

1. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik wird sich immer stärker in den europäisch und weltweit vernetzten Wirtschafts- und Metropolregionen entfalten und der Grad der Vernetzung der Metropolregionen zunehmen. Das gilt inzwischen auch für die Mittelzentren. Die künftige Gliederung Europas wird dadurch bestimmt werden. Neben bevölkerungsreichen Wachstums- und Wohlstandszonen wird es metropolraumferne, bevölkerungsarme und weniger wohlhabende Räume geben. Das Postulat der

¹ Boesch (2001: 134).

gleichwertigen Lebensbedingungen wird endgültig als realitätsblind erkannt werden.

2. Die dominierenden Metropolräume erwirtschaften ihre Bruttowertschöpfung in der Dienstleistung, in der Forschung und Entwicklung als Voraussetzung für Innovationen und in der Produktion von High-Tech-Produkten als seriенreife Ergebnisse dieser Innovationen. Die Innovationskraft raumgebundener Cluster wird davon abhängen, ob es den Metropolregionen gelingen wird, qualifizierte Arbeitskräfte und High Potentials anzuziehen, die für den ökonomischen Erfolg der Unternehmen von entscheidender Bedeutung sind. Metropolregionen werden sich deshalb nicht nur allgemein als attraktive Standorte im Wettbewerb um Unternehmen profilieren müssen. Sie werden darüber hinaus weitaus stärker als bislang um diese Gruppe von Qualifizierten und High Potentials werben müssen, die angesichts der Bevölkerungsentwicklung in den postindustriellen Staaten eine immer knappere Ressource sind.
3. Angesichts der wachsenden Europäisierung und der Flexibilisierung der Arbeit wächst dem Lebens- und Arbeitsort eine neue Bedeutung zu. Wir sind Zeugen eines fundamentalen Wandels im Selbstverständnis und Arbeitsethos der Beschäftigten, vor allem der High Potentials. Nicht mehr Einkommen und Status, sondern Bindung und Tiefe, Identität und Sinn sind Kategorien von wachsender Relevanz. Empirische Befunde für diese Entwicklung liegen inzwischen vor: „Location is supplanting the corporation“ (Breen 2001: 102ff.) und „What place signifies, is important“ (Helbrecht 1998). Philosophisch betrachtet ist es die „Wiederentdeckung der Leiblichkeit“ und die *Erkenntnis, dass für ein gutes Leben die Erfahrung einer Umwelt mit bestimmten ästhetischen Qualitäten notwendig ist*. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass das Lebensgefühl der Menschen durch die sinnlich-emotionalen Qualitäten seiner Umgebung mitbestimmt wird (Böhme 1989: 65).
4. Vor diesem Hintergrund wage ich die These, dass angesichts einer wachsenden europäischen Homogenisierung der harten Standortfaktoren in den Metropolregionen die weichen Standortfaktoren künftig die entscheidende Rolle spielen werden. Das gilt sowohl für die unternehmensbezogenen wie für personenbezogene weiche Standortfaktoren. Im härteren Wettbewerb der Metropolregionen werden jene zentralen Räume künftig erfolgreich sein, die Eigenheit, Unverwechselbarkeit und Lebensqualität bewahren und schaffen – und als Medium für diese Qualitäten in weit stärkerem Maß ihre Städtschaften nutzen. Polyzentrale Metropolregionen wie Frankfurt/Rhein-Main haben wegen ihrer nicht durchgängig flächenhaften Siedlungsausdeh-

nung und dem vergleichsweise noch hohen Anteil an Freiräumen die besten Voraussetzungen, solchen Ansprüchen zu genügen.

Denkt man diesen Ansatz weiter, wäre zu fragen, ob das alte, in der ausklingenden industriellen Epoche geprägte Begriffspaar von den harten und weichen Standortfaktoren nicht obsolet geworden ist. Gefragt werden muss künftig nicht, wie Unternehmen so genannte weiche Standortfaktoren einschätzen, sondern wie High Potentials als die knappe Ressource der Zukunft sie einschätzen. Es wird dann die entscheidende Frage sein, welches Image eine Stadtregion hat (unternehmensbezogener Faktor) oder wie attraktiv die Stadtregion, wie groß das Kultur- und Freizeitangebot ist (personenbezogene Faktoren). Darin liegt im übrigen der entscheidende Unterschied zwischen den Arbeiten von Grabow/Henckel/Hollbach-Grönig (1995) und Florida (2002): Während Grabow u.a. sich traditionell der Standortfrage nähern und überwiegend Unternehmen im Blick haben, wechseln Florida und sein Team die Perspektive und rücken mit der Gruppe der kreativen Klasse auch die High Potentials in den Mittelpunkt.

I. Es gibt kein Bild der Region – gibt es kein Bild von der Region?

Wir sprechen heute wie selbstverständlich von der Region Frankfurt/Rhein-Main. Gerade so, als sei diese Region eine Tatsache. Ich will eine im ersten Augenblick ketzerische Frage stellen: Gibt es diese Region als identifizierbaren, anerkannten und bewusst erlebten Raum überhaupt? Oder ist diese Region nicht vielmehr bloße Definition, praktikable Setzung oder nur ein abstraktes, funktionales Geflecht? Die Frage mag zunächst wunderlich erscheinen. Aber wenn Regionen – abgesehen von den historisch entstandenen, über landsmannschaftliche oder naturräumliche Bedingungen entstandenen Räumen – nur über Regionalisierungen entstehen können, wie es der Osnabrücker Geograph Gerhard Hard formuliert hat und wenn Regionalisieren heißt, Begriffe und Bilder von Regionen herzustellen und diese Begriffe und Bilder in die soziale Kommunikation einzuspeisen (Hard 1994: 54.) – dann will ich zumindest Nachdenklichkeit provozieren, wenn ich frage, welche Begriffe und Bilder wir von dieser Region haben. Eine These, von der Direktorin des Deutschen Architekturmuseums in Frankfurt, Ingeborg Flagge, formuliert, könnte lauten: „Es gibt kein Bild der Region. Sie ist ein Begriff, der mit Anschauung und Leben gefüllt werden muss. Sie muss erlebbar gemacht werden, Identität und Eigenart gewinnen. Die Tatsache, dass das Rhein-Main-Gebiet eine der Regionen mit den größten Entwicklungsmöglichkeiten der Welt ist, besagt für den Bürger so lange wenig, wie dies

nicht auch als *physische Lebensqualität* erfahrbar wird. Globalität, die nicht als Lokalität erlebt wird, wärmt nicht. An diesem Punkt hat Frankfurt und die Region noch vieles zu leisten“ (Flagge 2001: 15).

Gibt es diese Bilder wirklich nicht? Und wenn es diese Bilder womöglich doch geben sollte, sind es die richtigen Bilder gerade im Blick auf das Thema?

Vor allem: Welche Begriffe und Bilder haben jene im Kopf, die mit ihren Entscheidungen in den Führungsetagen der Unternehmen und Konzerne diese Region weitaus stärker gestalten als dies Kommunal- oder Landespolitik zu tun glauben?

II. Frankfurt/Rhein-Main als Wirtschaftsstandort

Ich möchte Ihnen zunächst ein paar Fakten über diese Region nennen (vgl. Schultheis 2003: 80ff.): Seit 1995 zählt der Raum Frankfurt/Rhein-Main nach dem Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zu den Europäischen Metropolregionen (EMR)², zu jenen Räumen also, die national und international eine herausgehobene Funktion haben im Blick auf Verkehr, Kommunikation, Forschung, Entwicklung und Kultur (Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1995: 87f.). Als Wirtschaftsraum umfasst er neben Südhessen Teile von Rheinland-Pfalz im Westen und Bayern im Osten. Auf 13.000 Quadratkilometern leben etwa 5,2 Millionen Menschen in 445 Städten und Gemeinden. Der Kernbereich der Metropolregion, der Regierungsbezirk Darmstadt, ist gut 7440 Quadratkilometer groß und umfasst etwas mehr als die Hälfte der Fläche der Wirtschaftsregion. Im Regierungsbezirk leben 3,7 Millionen Menschen.

Nimmt man die Bruttowertschöpfung als Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Region, dann sind in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main im Jahr 2000 für etwa 153 Milliarden Euro Waren und Dienstleistungen hergestellt und erbracht worden. Zum Vergleich: Für Hessen beträgt der Wert 171,6 Milliarden Euro. 75,8 Prozent dieses Wertes sind im Dienstleistungsbereich erzielt worden. Das spiegelt sich auch in der Beschäftigungsstruktur wider: Von den

² Zum Konzept der Europäischen Metropolregionen vgl. Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) des Landes Nordrhein-Westfalen (1998): Europäische Metropolregionen, http://www.ils.nrw.de/publik/schrift/135_kurz.htm. Ferner: METREX (2003): The Network of European Metropolitan Regions and Areas, Entwurf des Strategiepapiers, <http://www.eurometrex.org/DE/meetings/stuttgart03/DE-GermanMetrosPaper2003-1.pdf> S. 19ff.

knapp zwei Millionen versicherungspflichtig Beschäftigten in der EMR sind im genannten Zeitraum 70,8 Prozent in der Dienstleistung tätig gewesen.

Eine zentrale Bedeutung hat der Bankensektor: Allein in Frankfurt sind 78.000 Männer und Frauen nur in den Geld- und Anlagehäusern beschäftigt. Blickt man auf den gesamten Bereich der wissensintensiven, unternehmensbezogenen Dienstleistungen (WUDL) – dazu gehören Consulting-Unternehmen, internationale Anwaltskanzleien, Vermögensberatung, Markt- und Meinungsforschung – liegt die Zahl der im hochwertigen Dienstleistungssektor tätigen Personen weitaus höher. Bezogen auf Südhessen (Regierungsbezirk) kommen noch einmal 62.000 Männer und Frauen hinzu. Das sind 16,9 Prozent aller versicherungspflichtig Beschäftigten. Damit nimmt Südhessen im deutschen Vergleich noch vor Hamburg die Spitzenposition ein (vgl. Möhrle, Piesk 2001: 6).

Trotz dieser herausgehobenen und für Hessen gerade entscheidenden Rolle hat die Landesregierung eine Qualifizierung der EMR Frankfurt/Rhein-Main im Landesentwicklungsplan bislang unterlassen. Das unterscheidet Hessen von anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, wo die Rolle der EMRs (Hamburg, Rhein-Ruhr) für die Zukunft der Länder explizit herausgehoben und Entwicklungsvorschläge gemacht werden.

III. Landwirtschaft und Urbanität

Aber was sagen diese Zahlen aus? Zunächst nur so viel, dass im Blick auf das Thema, das uns beschäftigt, nämlich die Frage nach Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung, offenbar der Kreis jener von Bedeutung sein muss, der wissensintensive, unternehmensbezogene Dienstleistungen erbringt und damit zu der Gruppe gehört, die Richard Florida die Creative Class nennt. Eine Gruppe, der – im Blick auf das eingangs gezeichnete Szenario – künftig eine noch weitaus wichtigere Bedeutung zukommen wird.

Deren Frage nach Lebensqualität umfasst im weitesten Sinne alle Ansprüche – von intakter Umwelt mit hohem Erlebniswert über das Image der Stadtregion bis hin zum Angebot an Kultur. Ansprüche, die sich im weitesten Sinne an die bebaute und die unbebaute Landschaft der Metropol- oder Stadtregion richten und die ich als *ein* – nicht *das* – entscheidendes Kriterium auch für den ökonomischen Erfolg einer Metropolregion vorstellen möchte.

Sie merken im Übrigen, dass ich nicht von Stadt oder Städten spreche, sondern von Stadt- oder Metropolregion. Beide Begriffe beschreiben die Alltagswelt der Menschen m.E. am geeignetsten. Grundbedürfnisse wie Leben,

Wohnen, Arbeiten werden heute weitgehend regional und nicht mehr lokal befriedigt. Der Begriff Stadtregion ist im Übrigen kein neuer Begriff, sondern ziemlich genau 100 Jahre alt. Es war ein Journalist, der apodiktisch festgestellt hat, dass die alten Begriffe von Stadt und Land überholt seien: H.G. Wells. Damals ließ Wells einen Besucher durch Südengland reisen und von seinen Beobachtungen berichten. Wells zog den Schluss: „Das bebaute Gebiet wird sich zwar bis über den Horizont ausdehnen, dabei aber viele Merkmale des bisherigen Landes bewahren: sein Grün und seine frische Luft. Dies führt uns aber zu der Annahme, dass das Land viele Eigenschaften der Stadt annehmen wird. Die alte Anti-These zwischen Stadt und Land wird verschwinden; es wird in der ganzen Stadtregion lediglich hier ein Mehr und dort ein Weniger an Bevölkerung geben. Das aber heißt: Gartenbau und Landwirtschaft innerhalb der Stadtregion und zugleich Urbanität.“ (Wells 1902: 23.) Das schrieb Wells 1902. Ein paar Jahre später notierte Ludwig Hilbeseimer den programmatischen Satz: „Die Stadt wird in der Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt“ (Hilbeseimer 1944: 26.).

Ich erwähne diesen Punkt deshalb, weil mir gerade diese Perspektive, das Wechselspiel und das jeweilige Durchdringen von Stadt und Landschaft – mit allen Risiken – für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main am weitest reichenden erscheint für die Entwicklung. Es steht m.E. außer Frage, dass der Ort und die Qualität einer ästhetischen Stadt-Landschaft immer wichtiger werden. In der Öffentlichkeit wird dieses Thema aber noch immer unterbewertet. So ziemlich jeder wird heute wissen, welche Folgen es hat, wenn ein Christoph Marthaler Zürich verlässt oder es nicht ausgeschlossen ist, dass ein William Forsythe Frankfurt den Rücken kehrt. Aber was bedeutet es, wenn die Bebauung des Riedbergs im Frankfurter Norden oder der geplante Bau einer weiteren Start- und Landebahn am Rhein-Main-Flughafen die so wichtigen, die Stadtregion strukturierenden Räume und damit die gesamte Gestalt der Stadt-Landschaft beeinträchtigt, ohne dass dem ein weit reichender, auf Konsens ruhender und deshalb im öffentlichen Bewusstsein verankerter Entwicklungsplan der Metropolregion vorliegt? Was bedeutet es, wenn wichtige Freiräume durch die „Zwischenstadt“, wie sie der Städteplaner Thomas Sieverts (1999) genannt hat, ästhetisch vernichtet werden, wenn an den alten Stadtkanten – den sensiblen Grenzen zwischen „Stadt“ und „Land“ – wie Geschwüre hässliche Gewerbegebauten, unförmige Großmärkte, autogerecht geteerte Großflächen wachsen und damit eigenschaftslose Räume entstehen, die keine klare visuelle, räumliche oder soziale Kodierung mehr besitzen, wovon der Landschaftsarchitekt Christophe Girot (1999: 33f.) sprach – und die Lebensqualität in der Metropolregion damit stark beeinträchtigt wird?

Dieser – gelegentlich leichtsinnig geopferte – Raum ist das gestalterische Element der Metropolregion schlechthin. Er bildet die „Figuren in einem Meer von besiedeltem Raum“ (Sieverts 1998: 464). Und er entfaltet vor allem dort seine gestalterische Kraft, wo er in einer polyzentralen Region wie Frankfurt/Rhein-Main die Stadtlandschaft strukturiert. Das scheint mir ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal zu anderen klassischen monozentralen Metropolregionen wie London oder Paris zu sein, die doch mehr an die Steinernerne Stadt des 19. Jahrhunderts erinnern und letztlich auch Machtdemonstrationen zentralistischer Systeme sind. Und die es, was leicht vergessen wird, dem Innenstadtbewohner nicht gerade leicht machen, die offenen Räume jenseits der alten Stadtkerne zu erreichen – es sei denn, man nimmt zwei Stunden Fahrtstrecke gerne in Kauf.

IV. Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main als *eine* Stadt

Gerade im Vergleich zu London oder Paris – Paris mit der Region Ile de France hat in etwa die gleiche räumliche Ausdehnung wie der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main – wäre es ein interessantes Gedankenexperiment, die EMR Frankfurt/Rhein-Main als *eine* Stadt zu begreifen: Man stelle sich die unglaubliche Vielfalt dieser Stadtregion oder Stadtlandschaft vor, den Reichtum an architektonischer Gestaltung, wie er uns dann in den „Stadtteilen“ Darmstadt, Wiesbaden, Mainz, Frankfurt, Bad Homburg, Hanau und Aschaffenburg begegnen würde – Stadtteile, die umgeben wären von beachtlich großen und unbebauten Räumen von unterschiedlicher kulturlandschaftlicher Qualität: Mittelgebirge mit dichtem Laubwald wie Spessart und Odenwald, der Naturpark Hochtaunus mit dem Feldberg, im Westen der Rheingau mit seinem vorzüglichen Riesling, im Süden das Ried mit dem Spargelanbau und dem Naturschutzgebiet Kühkopf/Knoblochsaue, im Osten die Auenlandschaft des Mains und das reizvolle Kinzigtal. Und überall Geschichte zum Anfassen: die Burgenkette an der Bergstraße nach Süden, im Westen der Mythos Rhein, im Norden die wiedererrichtete Saalburg der Römer oder das Grabmal des Keltenkönigs in der Wetterau, dessen Entdeckung eine archäologische Jahrhundertsensation war.

Es sind wenige und nur die bekanntesten Elemente dieser reichhaltigen Stadtlandschaft als die uns die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main erscheinen würde. Und nähme man diese im besten Wortsinne Kulturlandschaft aus bebauten und unbebauten Teilräumen mit den Flüssen Rhein und Main als *eine* Stadt wahr, sie hätte als neue Stadt der kurzen Wege zu Arbeits-, Wohn- und Freizeitorten mit einem verbesserten öffentlichen Nahverkehrssystem in dieser Viel-

falt keine Konkurrenz in Europa. Diese neue Stadt darf nicht zentralistisch regiert werden, sondern wird regionale Aufgaben an die regionale Ebene delegieren und im Übrigen den „Stadtteilen“ so weitgehend wie möglich die Autonomie belassen, um eine bürgerliche und damit effiziente Verwaltung zu ermöglichen.

Wir sind von einer solchen Sichtweise weit entfernt. Gleichwohl ist die Sensibilität für Wert und Bedeutung der Freiräume in der Stadtregion gewachsen. Das zeigt nicht nur, in welch starkem Maße inzwischen das Pilotprojekt des Regionalparks Rhein-Main von den Menschen genutzt wird. Das zeigt auch die Europäische Union, die mit dem Interreg IIIc-Programm explizit das kulturelle Erbe der Regionen und Projekte zum Offthalten der Freiräume interregional fördert. Der Regionalpark Rhein-Main ist ein Konzept, diesen Freiraum zu schützen und aufzuwerten; das Konzept des Grüngürtels ein anderes.

V. Geschichte des Grüngürtels

Der Grüngürtel ist vermutlich eine englische Erfindung des 16. Jahrhunderts, um der Probleme Herr zu werden, die durch das Wachstum Londons verursacht worden waren. Damals hatte sich die Hauptstadt im Vergleich zum 14. Jahrhundert von 40.000 auf 150.000 Einwohner vergrößert. Um die Entwicklung zu kontrollieren und eine schon damals empfundene Zersiedelung zu vermeiden – die Stadt hatte längst die Grenze der alten Stadtmauer überwunden – erließ Königin Elisabeth I. im Jahr 1580 eine Verordnung gegen die überfüllten Innenquartiere und für den Schutz des London umgebenden Freiraums. Diese Verordnung erhielt 1592 als Landesgesetz Rechtskraft (Schmidt 1971: 444f.). In der Verordnung heißt es: „Ihre Majestät befiehlt ausdrücklich, dass jeder Mann, welchen Rang er bekleiden möge, davon absteht, innerhalb dreier Meilen (4,8 km) von den Toren der Stadt London irgend ein neues Haus oder Gebäude für Wohnzwecke zu erbauen oder zu dulden, dass mehr als eine Familie in irgend einem der bereits vorhandenen Hauser wohnt.“ (zit. n. Faludi 1967: 198).

Seither bestimmen die Themen kontrolliertes Stadtwachstum, wohnortnahe Nahrungsmittelversorgung, Erholungsfunktion und Aufwertung der Lebensqualität in der Metropolregion die Debatte. Die Erörterung der Frage, wie die Abwanderung der Vermögenden aus der Stadt in das Umland verhindert werden kann, zeigt darüber hinaus, dass das Nachdenken über Stadtwachstum und Lebensqualität weder neu noch originell ist. Frankreichs König Ludwig XIV. betraute seinen Finanzminister Colbert mit der Aufgabe, den Wegzug des vermögenden Adels aus Paris aufzuhalten; Paris war zwischen 1590 und 1665 von

220.000 auf 500.000 Einwohner gewachsen und damals die größte Stadt der westlichen Welt. So entstand der erste Bebauungsplan für die französische Hauptstadt – von Bullet und Blondel ausgearbeitet –, der mit Baumpflanzungen rund um Paris die Bebauungsgrenze markieren sollte. „Für die Stadt war ein Ring aus mehrreihigen Alleen vorgesehen, die streckenweise dem einstigen Verlauf der Befestigungen folgen, darüber hinaus aber eine Stadterweiterung umfassen sollten und durch die der Stadtgrundriss symmetrisch vervollkommen werden sollte“ (Schmidt 1971: 445). Das waren die Boulevards, und der Boulevard-Ring war der Rand des Grüngürtels, der von der Stadtgrenze aus eine Ausdehnung von zwei bis vier Kilometern haben sollte. Dieser Ring sollte die innere Grenze des damals erfassten Pariser Grüngürtels sein, der die gesamte Freihalte-Zone von Paris umfasste. Innerhalb dieses Gürtels sollten keine neuen Häuser mehr gebaut und das Gelände für die Landwirtschaft freigehalten werden.

Die Grüngürtel-Idee ist seither vielfach aufgenommen worden und hat dabei einen durchaus interessanten Weg genommen: Vom London des 16. und dem Paris des 17. Jahrhunderts sind die Gedanken ins frühe 19. Jahrhundert getragen worden und von Gräfin Adelheid Dohna-Poninska unter dem Pseudonym Arminius im deutschen Sprachraum popularisiert worden. Sie hat zeitgleich mit Eugen Faßbender, der als einer der Väter des Wiener Wald- und Wiesengürtels gilt, die Idee der Grünen Ringe vertreten (Arminius 1874). „Es ist dringend an der Zeit (...), dass die bauliche Construction der Großstädte in einem weiteren Sinne wie bisher als ein Ganzes betrachtet werde, und die Idee zur Geltung komme: ‚dass zur Wohnstätte der Menschen nicht nur Häuser, sondern auch ein grüner Zubehör in freier Natur gerechnet werden muss, Stätten der Erholung, die theils in unmittelbarer Nähe der Stadt zu Fuß zu erreichen, theils weiter gelegen, mittelst der verschiedenen Fahrglegenheiten zu benutzen sind.‘“ (s. Dohna 1971: 172).

Dohna-Poninskas Grundgedanke war der eines Wohnens unter menschenwürdigen Bedingungen in einer Zeit wachsender Elends- und Arbeiterquartiere in den großen Städten. Zum Wohnen aber rechnet die Adlige auch die Erholungsstätten im Freien und Grünen. Um das zu ermöglichen, schlägt sie vor, um die Städte einen Grünen Ring anzulegen in einer Breite von etwa einer halben Meile. Die Flächen innerhalb dieses Rings sollen nur maximal zu einem Fünftel mit öffentlichen Gebäuden (Kirchen, Altersheime, Schulen, Waisenhäuser) bebaut werden.

Heute sind Green Belts/Grüngürtel Teil einer Entwicklungsstrategie in nahezu jeder Großstadtrektion in Europa. Sie sind in historischer Kontinuität und deshalb unvermindert der Versuch, Fragen des Stadtwachstums, der Stand-

ortpolitik und der Lebensqualität verbindlich zu beantworten. Grüngürtel gibt es in Kuwait-City und Moskau genauso wie in London und Paris, Stuttgart und Vlaams-Brabant³, Budapest, Köln⁴, München⁵, Frankfurt⁶, Wien⁷ und Graz, aber längst auch in Mittelzentren wie Nürnberg, Krefeld, Düren oder Wittenberg, um nur einige wenige Beispiele zu nennen.

VI. Der Londoner Green Belt

Zu den am besten entwickelten Konzepten gehört heute der Green Belt um London. Der erste offizielle Entwurf zu Beginn des 20. Jahrhunderts war gemacht worden „to provide a reserve supply of public open spaces and of recreational areas and to establish a green belt or girdle of open space“. Dieser Plan war 1953 vom Greater London Regional Planning Committee ausgearbeitet worden. „New provisions for compensation in the 1947 Town and Country Planning Act allowed local authorities to incorporate green belt proposals in their first development plans. The codification of Green Belt policy and its extension to areas other than London came in 1955 with an historic circular inviting local planning authorities to consider the establishment of Green Belts.“⁸ Eine Planning Policy Guidance regelt heute recht genau, was der Green Belt ist und unter welchen strikten Ausnahmeregeln er angetastet werden darf. Die Green Belts, die heute über so genannte Strukturpläne genehmigt werden, umfassen etwa 1.556.000 Hektar, das sind ungefähr zwölf Prozent der Fläche Englands. Es gibt derzeit 14 Green Belts, die in ihrer Größe von 486.000 Hektar um London bis zu 700 Hektar etwa in Burton-on-Trent reichen.⁹

³ Grüngürtel Vlaams Brabant, <http://www.vlaamsbrabant.be/vlbrEn/greenbelt/greenbeltHome.jsp?page=583>.

⁴ Grüngürtel Köln, <http://www.die-koelner.de/parks/gruenguertel.html>.

⁵ Grüngürtel München, <http://www.muenchen.de/plan/leitpro/gruen/index.html>.

⁶ Grüngürtel Frankfurt, http://www.frankfurt.de/sis/fr_besondere-orte.html.

⁷ Grüngürtel Wien, <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/01/05/01.htm>.

⁸ Office of the Deputy Prime Minister (2001), Planning Policy Guidance Note 2: Green Belts, <http://www.planning.odpm.gov.uk/ppg/ppg2/index.htm>.

⁹ History and Extent of the Green Belt, ebd. Eine Übersichtskarte über Grüngürtel in Großbritannien (Stand September 1993) kann unter <http://www.planning.odpm.gov.uk/ppg/ppg2/pdf/ppg3map.pdf> aufgerufen werden.

VII. Der Frankfurter Grüngürtel

Grünringe oder -gürtel sind aber auch der Versuch, den falschen Gegensatz von Kultur und Natur zu überwinden, zumal in Frankfurt, wo in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts so etwas wie die Kopernikanische Wende in der Organisation des Raumes eingeleitet wird: An die Stelle des hierarchisch geordneten, stadtzentrierten ringförmigen Wachstums tritt die Idee der Dezentralisierung und der Selbstverwaltung der Teile und der Versuch einer Einbindung der technischen Zivilisation in die wieder entdeckten Naturkreisläufe. „Im neuen Konzept sollten weite Teile der stadtumgebenden Natur als künftige Innenräume einer kommenden Stadt-Landschaft zum öffentlichen Gebrauch eingeplant werden; geschützt, gepflegt und gestaltet nach den Bedürfnissen aus städtischer Sicht“ (Durth 1991: 148). In Frankfurt ist diese Entwicklung eng verbunden mit den Namen Ernst May, Wolfgang Bangert, Martin Elsässer und Leberecht Migge. Die Stadt hinaus in die Region zu denken und dabei die Freiräume als Gliederungselemente einer Stadt-Landschaft zu planen, war in der Tat revolutionär. Die Praxis hat im Übrigen auch den Planungsprozess zeitweise insofern verändert, weil nun Wohnungsbau, Grünpolitik und Stadtgestaltung kooperieren.

Nazi-Herrschaft, Zweiter Weltkrieg und die kurzsichtigen Wirtschaftlichkeitspostulate in der Aufbauphase – Frankfurt hat in diesem Punkt eine andere Entwicklung genommen als Köln unter dem weitsichtigen Oberbürgermeister Konrad Adenauer – haben der fortschrittlichen Idee zunächst keine Chance gegeben, bis Anfang der 90er Jahre der Grüngürtel als rot-grünes Projekt politisch von Tom Koenigs und fachlich von Peter Lieser und Peter Latz realisiert wurde. Heute umfasst der Gürtel etwa 8000 Hektar und misst als grünes Band um Frankfurt etwa 70 Kilometer in der Länge. Zum Vergleich: Der Kölner Grüngürtel dehnt sich auf einer Fläche von 800 ha aus, der Münchener Grüngürtel umfasst 33.500 Hektar.

Streuobstwiesen, Dünen, Bachläufe, Äcker, Parks und Gärten prägen diese Lebensader der Stadt Frankfurt, die als dritter grüner Ring – nach City- und Alleenring – den Übergang von der Stadt Frankfurt in die Region bildet. Der Grüngürtel verbindet auch die drei Wirtschaftssektoren der Stadtregion: Landwirtschaft (im Norden um die Stadtteile Bonames und Harheim herum) mit der Industriellen Produktion (im Norden und Westen vor allem mit Universität, Forschungseinrichtungen und chemischer Industrie) und der Dienstleistung (im Zentrum, im Norden Frankfurts und an den Hängen des Vordertaunus).

Der Grüngürtel ist mit gewissen Einschränkungen eine Erfolgsgeschichte, obgleich die Schöpfer dieses Projektes manches kritischer sehen als mir notwendig erscheint. Der Freiraum ist heute über weite Strecken unangetastet, und

die Menschen nehmen den Frankfurt umgebenden Freiraum als Ort ihrer Freizeit längst intensiv an. Manche Stadterweiterung im klassischen Sinne – etwa Seckbach-Nord mit 1600 Wohnungen – konnte verhindert werden. Zugleich hat der Grüngürtel in seinen drei Phasen – die visionäre, ökologische und pragmatische – unterschiedliche Stadien mit unterschiedlichem Erfolg durchlaufen. „Der Grüngürtel war Zeichen für eine veränderte Stadtentwicklung, in der das Verhältnis von Stadt und Natur, von Peripherie und Zentrum und das Verhältnis sozialer Gruppen zueinander neu zu fassen versucht wurde. (...) Das Verhältnis von Stadt und Natur sollte durch eine ökologisch verträgliche Stadtentwicklung harmonisiert werden. Dabei sollte der Peripherie neue Aufmerksamkeit geschenkt werden, man ging weg von einer zentral gedachten Stadt, die sich in Frankfurt während der Wallmann-Ära durchgesetzt hatte“ (Körner 1998: 143). Am Ende bleibt wenig von den visionären, sozialen Ideen übrig, und die Grüngürtel GmbH, die als Träger des Projektes fungieren sollte, wird am Ende – auch wegen mangelnder Mittel – aufgelöst. Was bleibt – und das scheint mir nicht wenig – ist die Verankerung des Grüngürtels im Bewusstsein der Menschen.

VIII. Kreative Klasse und Kreative Metropole

Regionalpark Rhein-Main und Grüngürtel wie überhaupt die Kulturlandschaft sind ein zentraler Wert im Vermögen der Metropolregion Rhein-Main. Ich will den eingangs geknüpften Faden aufnehmen und auf die Renaissance der Leiblichkeit hinweisen, die Phänomenologen von Edmund Husserl bis Wolfgang Waldenfels schon lange im Blick haben, die von Gernot Böhme unter dem Stichwort einer Ökologischen Naturästhetik seit Jahren thematisiert wird und die – Ironie der Geschichte – auch von der Regionalökonomie inzwischen – wenn auch nicht unter diesem Begriff – entdeckt und erörtert wird. Die Arbeiten Richard Floridas sind ein Beispiel dafür, ein Grundlagentext von Ilse Helbrecht, die den Begriff der Creative Metropolis geprägt hat, ein anderes.

Helbrecht hat – wie im Übrigen Florida – ihre Schlussfolgerung nach einer intensiven Beschäftigung mit der Gruppe der kreativen Dienstleister in Vancouver gezogen – etwa Werbefachleuten, Graphik- und Industriedesignern, Photographen – und ihr – ähnlich wie Florida – eine vergleichsweise wichtige Rolle in der Entwicklung der Metropolregion zugewiesen. Wegen ihrer visuellen Orientierung neige die Gruppe dazu, „to consider the physical environment as nothing less than fundamental for their personal and professional well-being“ (Helbrecht 1998). Mit der Ernüchterung über die Welt, dem Sturz von Religion und Wissenschaft als Grundpfeiler unserer Welt seien Desorientierung, Unsi-

cherheit, Angst und Wirklichkeitsflucht eingekehrt. Deshalb gehe es darum, auf die Frage nach der „Freiheit wozu“ zu antworten. „Instead of fixing identities and finding finite answers, all there is a desire to produce – subjectivities, the self, and most importantly *meaning* (Hervorh. d. Verf)“ (Quelle ebenda). Und sie schließt mit der Bemerkung: „Because to give meaning to the city is not only a way of establishing one's own identity, it is even more so a way of making sense of the world. What place signifies, is important.“

Man kann die Argumentation auch als Aufruf verstehen, die Kulturlandschaften der Metropolregion zu entwickeln und aufzuwerten mit den Mitteln einer ökologischen Naturästhetik, mit dem planerischen Ziel der Freiraumsicherung oder einem Prozess der Selbstverständigung über die Stärken einer Metropolregion. Vermutlich muss die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main alle drei Themen in Zukunft leisten. Zumal die Frage nach der Lebensqualität – es sei noch einmal betont – wachsende Bedeutung hat, gerade in einer stark dienstleistungsorientierten Metropolregion. Ich sagte es eingangs: Wem es nicht gelingt, die besten Köpfe von morgen anzulocken, gerät auf die Verliererstraße. Im Blickpunkt müssen dabei die Metropolregionen stehen, denn es sind diese Regionen, die zu den entscheidenden Organisationseinheiten der Weltökonomie geworden sind, wie Florida immer wieder betont. Diese Regionen seien nicht nur wichtiger als Nationalstaaten, sondern übernahmen auch Funktionen, die früher Unternehmen ausgefüllt hätten. In der Vergangenheit sei eine Schlüssel-funktion von Unternehmen gewesen, die Menschen zu finden, die am besten zum Arbeitsplatz passten. Angesichts wachsender Mobilität in einem Arbeitsmarkt, der gekennzeichnet sei durch mehr und mehr unsicher werdende Bindungen bei Teilen von Beschäftigten und Unternehmen, übernehme der Ort, die Region, immer stärker die Funktion der Integration von Talenten.¹⁰

IX. „Qualified Staff“ als knappe Ressource

Erste Hinweise darauf, wie entscheidend dieser Faktor ist, hat in diesem Jahr etwa der European Cities Monitor 2002 von Cushman & Wakefield/Healey & Baker geliefert. Der weltweit operierende Immobilienmakler befragt jährlich mehr als 500 Führungskräfte von Unternehmen in 15 europäischen Ländern. Erstmals nannten die Befragten nun die Verfügbarkeit von qualifizierten Ar-

¹⁰ Schultheis, Jürgen (2001): Erfolg mit der kreativen Klasse. Über Talente und Regionen, in: Frankfurter Rundschau, 18. Dezember, S. 35. Ders.: Mit den drei T auf dem Weg in die Spitze. Stadtregionen müssen auf Technologie, Toleranz und Talente setzen. Breuer: Wettkampf um die besten Köpfe. Ebd.

beitskräften als wichtigsten Faktor für die Standortentscheidung¹¹. Ein anderes Beispiel ist eine Befragung von Abiturienten und Studierenden im Raum Halle/Leipzig, die vom Lehrstuhl Marketingmanagement an der Handelshochschule Leipzig durchgeführt wurde. Bei den Erwartungen an den künftigen Wohn- und Arbeitsstandort standen ganz oben die gute Arbeitsmarktsituation, der ÖPNV, niedrige Mieten, ein attraktives Nachtleben, Abendunterhaltung, innerstädtische Grünanlagen und schnell erreichbare außerstädtische Grün- und Naherholungsgebiete.¹²

Auch Unternehmen weisen inzwischen auf die Bedeutung des „weichen Standortfaktors“ verstärkt hin, etwa die Deutsche Bank, die unter dem Titel „Standortwahl in der vernetzten Welt – kein Ende der Distanz“ zum Schluss gekommen ist, dass Zentrenbildung spezifische Gründe hat und dabei folgendes gilt: „Weiche Standortfaktoren werden aufgewertet. Aspekte der Lebensqualität, speziell das Kultur- bzw. Sportangebot und die Bedeutung der Stadt als Freizeit- und Vergnügungsort sprechen gegen die These der ‚digitalen Desurbanisierung‘“ (Heng, Schaaf 2002).

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main hätte also allen Grund, mit dem Pfund einer reich gegliederten Stadtlandschaft als weichem Standortfaktor weit-aus stärker zu wuchern – wenn sie denn von sich selbst dieses Bild hätte. Von außen jedenfalls wird das längst wahrgenommen, wie die Emnid-Untersuchung vor zehn Jahren belegt hat (Umlandverband Frankfurt 1993). Schöne Landschaft, Erholungsmöglichkeiten, der Wein, Rhein und Main werden von den Befragten außerhalb der Metropolregion als positive Assoziationen genannt. Offenbar wird die Fremdeinschätzung der Region den Verhältnissen an Rhein und Main besser gerecht als die Eigeneinschätzung, die von jenen gegeben wird, die in dieser Region wohnen – und die es angesichts alltäglicher Erfahrung besser wissen müssten.

Nun gibt es keine einheitliche Fremdeinschätzung der Region, wobei man hinzufügen muss, dass die Emnid-Studie bis heute ein Solitär in der Forschungslandschaft über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist. Die jüngste, auf breiter Basis angelegte Untersuchung kommt aus Frankreich, wo

¹¹ Cushman&Wakefield: Availability Of Staff Is Key Factor For Location, Nov-04-2002. http://www.cushwake.com/us/cw/News/media.cfm?artcl_id=3848. Siehe auch: http://www.frankfurt.de/sixcms/media.php/2000/euroean_cities_monitor_cwhb_2002.pdf.

¹² Die Befragung stand unter Leitung von Professor Manfred Kirchgeorg an der Handelshochschule in Leipzig: http://www.hhl.de/en/cxTP_departments_1d.php?topic=study-marketing.

die Behörde für Regionalplanung in Paris „Datar“ 180 Städte in Europa untersucht und in 15 Kategorien bewertet hat (Rozenblat, Cicille 2003). Dazu zählen etwa Verkehrsanbindung, Firmensitze, Finanzplätze, Bevölkerungswachstum. Messen, Kongresse und Kulturangebote. Nachteil wie vieler anderer Untersuchungen ist die Ausrichtung auf die Stadt und nicht auf die Region, weshalb die klassischen Hauptstädte als historisch gewachsene und identifizierbare Orte besser abschneiden als etwa Frankfurt, das wegen der funktionalen Verflechtung mit der Region Rhein-Main und dem Wohn- und Freizeitverhalten der Menschen im Grunde nur als Teil einer weitaus größeren Metropolregion gesehen werden müsste. Dem ist aber nicht so.

Die Stadt Frankfurt hat in der genannten Untersuchung Platz 19 belegt und ist in der vierten von insgesamt sieben Kategorien eingruppiert worden (Rozenblat, Cicille 2003: 52). In der Spitzengruppe liegen Paris und London (81 und 76 Punkte), in der zweiten Klasse Madrid, Amsterdam und Mailand, in der dritten Berlin und München (55 und 52 Punkte) und Frankfurt einen Punkt vor Düsseldorf. Drastischer im Ergebnis war eine Emnid-Untersuchung im Auftrag der Financial Times Deutschland, bei der gefragt wurde, in welcher deutschen Großstadt der oder die Befragte einen Job ablehnen würden. Gleich nach Dresden als unbeliebtester Stadt konnte sich Frankfurt platzieren (Financial Times Deutschland 2000: 10).

Publikumswirksamer sind Rankings, wie sie das Kölner Institut empirica delasasse in Zeitschriften wie Focus oder Hörzu unterzubringen weiß. Unabhängig davon, wie seriös oder unseriös solche Untersuchungen sind – ihr wissenschaftlicher Wert ist zweifelhaft, ihre öffentliche Wirkung aber nicht zu unterschätzen. Jens Dangshat hat darauf hingewiesen, dass angesichts der Verfahren solcher Rankings zu fragen sei, „wie den Alltagserfahrungen und -wahrnehmungen, den Wertungen und Wichtigkeiten von Kindern, älteren Menschen und vielen Frauen wieder mehr Platz eingeräumt werden könne. Sie stehen im Widerspruch zu den Zielen technokratischer Berater und der betriebswirtschaftlichen Optimierer, auch wenn es deren Väter, Söhne, Ehemänner und Lebensabschnitts-Partner sind“.¹³

Zu den publikumswirksameren Rankings zählen etwa die Listen in Focus und in der Hörzu. Im Focus-Test belegte Frankfurt Platz 17 hinter Städten wie Duis-

¹³ Über Sinn oder Unsinn von Städte-Rankings vgl. Dangshat, Jens (2001): Hamburg vor Köln und München, Berlin deutlich dahinter, Leipzig abgeschlagen. Warum und für wen der „Unsinn von Rankings“ Sinn macht, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Nachrichten, Nr.1, S. 1 ff. <http://www.arl-net.de/nachrichten/2001-1.pdf>.

burg (Rang 15), Erlangen (Rang 11) oder Darmstadt (Rang 7).¹⁴ In der Hörzu platzierte sich Frankfurt im Städtest auf Platz 20, hinter Erlangen, Kassel, Essen und Darmstadt.¹⁵

Auch als Kulturstandort kommt die Region Frankfurt/Rhein-Main über das Mittelmaß nicht hinaus, wie die Autoren der Culturplan-Studie 2001 festgestellt haben. Die Region rage nicht wirklich heraus oder sei bemerkenswert (Culturplan u.a. 2000: 66). Mehr noch: „Nimmt man den derzeitigen kulturellen Leistungsstand der Region zum Maßstab, so dürften die Voraussetzungen noch nicht gegeben sein, um international Frankfurt/Rhein-Main als einen Kulturstandort wirklich zu behaupten“ (Culturplan u.a. 2000: 92). Es ist im Übrigen bezeichnend, dass die Autoren der Studie den traditionellen Kulturbegriff zu Grunde legen und von Baukultur über Musik und Darstellender Kunst bis hin zu Film und Medien alles analysieren, aber die Kulturleistung Landschaft respektive Stadtlandschaft und ihren Wert mit keinem Wort berücksichtigen.

Deutlich besser schneidet die Stadt Frankfurt ab, wenn die Funktion als Bankenplatz oder der Wirtschaftsstandort untersucht wird. Im zitierten European Cities Monitor hält Frankfurt europaweit seit Jahren den dritten Platz in der Kategorie „Best Cities for Business“. Die Globalization and World Cities Studies Group and Network (GaWC) an der englischen Loughborough-University (Leicestershire), die unter anderem auf der World City-These von John Friedmann und der Global City-These von Saskia Sassen aufbauen, rechnet Frankfurt in der Klassifizierung der Alpha-, Beta- und Gamma-World-Cities in die Alpha-Gruppe und stellt die Stadt wegen ihrer Funktion im europäischen und globalen Finanznetz in die zweite Reihe gleich nach London, Paris, New York und Tokyo (Beaverstock u.a. 1999).

Die genannten Rankings sind nur eine kleine Auswahl aus einer wachsenden Flut von Bewertungen über Städte – nicht Stadtregionen. Ein Bild der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main entsteht dabei nicht, bestenfalls ein häufig in sich widersprüchliches, nach Untersuchungsbereichen sehr unterschiedliches Bild der Stadt und nicht der Metropolregion. Es sind Schlaglichter, die jeweils bestimmte Begabungen der Stadt erhellen oder kritisch beleuchten: ein guter Platz für Geschäfte, gute Infrastruktur, im Übrigen aber klein, mittelmäßig und ohne besonderes Profil. Die weichen Standortfaktoren spielen in diesem fragmentarischen Bild eine nur untergeordnete Rolle, zumal für diese Faktoren keine die Metropolregion umfassende Darstellung vorliegt; was angesichts der

¹⁴ Focus (2000): 83 Städte im Test, Nr. 50, S. 272.

¹⁵ Hörzu (2000): Der große Städtest, Nr. XX, S. 116.

Zukunft dieser Region und der wachsenden Bedeutung dieser Faktoren ein einigermaßen verwunderlicher Befund ist¹⁶.

Natürlich gibt es Bilder in den Köpfen der Menschen, und sie wechseln, nicht zuletzt in Abhängigkeit von der Entfernung zu dieser Region. Je weiter weg die Bürger von ihrer Heimatstadt in der Region sind, desto leichter werden sie als Bezugspunkt die Stadt Frankfurt nennen, weil sie international zumindest als Finanzplatz bekannt ist. Aber damit entsteht nicht nur ein einseitiges, schiefes Bild, weil Frankfurt und vor allem die Region eben mehr sind als ein bloßer Finanz- und Geschäftsplatz. Mag sein, dass im deutschen Vergleich die Skyline ein Alleinstellungsmerkmal ist. Wenn aber die Stewardess einer Fluggesellschaft Gästen aus Shanghai im Anflug auf Frankfurt von der Metropole und ihren imposanten Hochhäusern erzählt, dann löst das nicht mehr als freundliches Kichern aus. Als 16-Millionen-Metropole mit einer – auch im weltweiten Maßstab – beachtlichen Skyline muss das Menschen, die aus Shanghai kommen, merkwürdig in den Ohren klingen.

X. Ein Bild für die Region – welches Bild für die Region?

Die Metropolregion braucht deshalb eine Verständigung über sich selbst um zu erfahren, was sie sein möchte, wenn sie anderen von sich erzählen will. Ob man diesen Prozess mit dem Begriff eines Leitbildes oder einer Vision belegt, ist einerlei. Außer Frage steht die Notwendigkeit, an diesem Bild zu arbeiten. Karl Ganser, der ehemalige Geschäftsführer der erfolgreichen Internationalen

¹⁶ Gerade wegen der Unterbewertung dieses Faktors hat sich vor eineinhalb Jahren die „Naturalia“ gegründet, ein Gesprächskreis in der Region Rhein-Main, der sich mit Fragen der Landschaft beschäftigt und an dem Vertreter unterschiedlicher Gruppen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft teilnehmen; <http://www.nzh-akademie.de/projekte/nat/prjfnat.htm>. Vgl. Schultheis, Jürgen (2002): „Das Symbol der Region darf nicht das Frankfurter Kreuz sein“, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 85, 12. April. S. 33. Im vergangenen Jahr hat darüber hinaus die Daimler-Benz-Stiftung in Ladenburg das Thema „Lebensperspektiven in der Zwischenstadt“ aufgegriffen und renommierte Wissenschaftler in einem Kolleg versammelt, das Ende 2004/Anfang 2005 Ergebnisse vorlegen will. Als Referenzregion hat das Kolleg die Region Frankfurt/Rhein-Main ausgewählt. Vgl. http://www.daimler-benz-stiftung.de/home/discussion_research/collegia/de/start.html. Ein weiteres, vielversprechendes Projekt ist die geplante Route der Industriekultur, bei dem Rhein und Main als prägende Elemente der Wirtschafts- und Lebensregion Frankfurt/Rhein-Main und die Vergangenheit und Gegenwart der Produktion miteinander verknüpft und thematisiert werden. Vgl. Schultheis, Jürgen (2002): „Den Fluss zur großen regionalen Allee machen“. Interview mit DW Dreyse und Peter Lieser, in: Frankfurter Rundschau, Nr. 66, 19. März, S. 39 <http://www.route-der-industriekultur-rhein-main.de>.

Bauausstellung (IBA) Emscher Park im Ruhrgebiet, hat einmal gesagt, dass die Infrastrukturqualität der Zukunft die Landschaft sein wird. Keine Frage: Landschaft ist ein wichtiges Element im künftigen Bild der Metropolregion, ihre Ressource ist der Freiraum.

Die Dominanz klassischer Hauptstädte in zentralistisch organisierten Staaten wird Frankfurt innerhalb Deutschlands nie erreichen, weil sie weder Hauptstadt-funktion hat oder haben wird noch als Freie Reichsstadt je den Status einer Residenzstadt hatte, was sich im Stadtbild niederschlägt: Große Boulevards, Plätze oder klassische Prachtbauten wird der Gast in Frankfurt vergeblich suchen, auch wenn die Hochhäuser für die Gegenwart zumindest im deutschen Maßstab prägend wirken könnten. Sich als Kulturlandschaft aus bebauten und unbebauten Räumen aber im regionalen Maßstab zu verstehen, die kurze Wege zwischen Arbeit, Erholung und Wohnen möglich macht, könnte eine Erfolg versprechende Strategie für die Zukunft sein, die die Metropolregion deutlich von anderen Stadt- und Metropolregionen unterscheiden könnte.

In einer Grundsatzzerklärung für die von *Frankfurter Rundschau* und Industrie- und Handelskammer Frankfurt (IHK) organisierten Regionale Frankfurt/Rhein-Main – dem Vorläufer der einstweilen gescheiterten Metropolitana – die vom Thomas Sieverts, Walter Siebel, Wolfgang Christ und Peter Lieser ausgearbeitet worden ist, heißt es: „An der Schwelle zum 21. Jahrhundert entwickelt sich das Rhein-Main-Gebiet rapide zu einem hochgradig vernetzten urbanen Raum, dessen Identität entwickelt und dessen Flair entfaltet werden muss. Die Region braucht deshalb ein Bild und einen Begriff von sich, um gleichermaßen als Lebens- und Arbeitsstandort weltweit attraktiv zu sein.“¹⁷ Im Forderungskatalog, der sieben Punkte umfasst, heißt es unter anderem, dass die Region als metropolitane Garden-City zu entwickeln sei. Bislang ist nur in der – ebenfalls gescheiterten – Olympiabewerbung von Stadt und Region für die Sommerspiele 2012 ein vergleichbarer Gedanke geäußert worden. In der Beschreibung der Bewerberregion heißt es unter anderem: „Der entscheidende Unterschied: Frankfurt/Rhein-Main ist eine ‚grüne Stadt‘, durchzogen von den breiten Landschaftsbändern des Regionalparks.“ Frankfurt und die vielen Zentren in der Region bildeten „das pulsierende Feld der neuen Landschaftsmetropole, verknüpft durch den Verbund des Verkehrsnetzes, das Gravitations-

¹⁷ Schultheis, Jürgen (2001): Die Zukunft der Regionen: Die Metropolitana FrankfurtRheinMain, Frankfurt. Die Dokumentation der Serie der Frankfurter Rundschau, S. 16. Vgl. auch IHK Frankfurt (2003): Die Skyline gehört zu Darmstadt wie die Mathildenhöhe zu Frankfurt. Kick-Off für Landschafts- und Strukturausstellung Frankfurt Rhein-Main, <http://www.frankfurt-main.ihk.de/presse/ihk-wirtschaftsforum/2001/0102/regionale>.

feld der Wirtschafts- und Finanzkräfte, die Pendlerströme der Beschäftigten, die vielfältigen kulturellen Institutionen.“¹⁸

Es setzt langfristige Planung, große Entschlusskraft und einen weit gehenden Konsens in der Region voraus, um dieses Ziel zu erreichen. Derzeit mangelt es an vielem – an der Vision, an der Entschlusskraft und an Politikern, die den Mut haben, diese Anforderungen laut auszusprechen.

Dabei drängt die Zeit: Im Standortwettbewerb der Metropolregionen ist die Konkurrenz stark geworden und der Kernraum der Metropolregion – Südhessen – verliert nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) beim Bruttoinlandsprodukt als Indikator wirtschaftlicher Stärke seit 1995 permanent an Boden.¹⁹ Von Platz 3 ist der Regierungsbezirk Südhessen (NUTS-II-Ebene) inzwischen auf Platz 8 abgerutscht. Vor allem aber zeitigt auch die Globalisierung (Globalisierung/Lokalisierung), von der Eric Swyngedouw²⁰ gesprochen hat, inzwischen Folgen, die jede Eigenheit von Metropolregionen bedrohen könnte. Wenn Manuel Castells mit seiner Analyse Recht behält (Castells 2002), dann schafft sich die Elite in den Steuerungszentralen der vernetzten Welt eine eigene, homogenisierte und deshalb allerorten gleiche Welt. Castells spricht von räumlichen Manifestationen der Informations-Elite. Diese Gruppe reguliert den space of flows, den Raum der weltweiten Wissens- und Finanzströme, während die übrigen Bürger dem space of places verhaftet sind. Die Eigenheit des Ortes aber folgt der Logik des space of places, die der Informationsströme der des space of flows. Beide Logiken, die des Kosmopolitischen und die des Lokalen, müssen sich nicht zwangsläufig widersprechen, wirken aber doch häufig genug gegeneinander, indem der ahistorische space of flows den historischen space of places aufzulösen beginnt und damit das Besondere des jeweiligen Ortes beschädigt (Castells 2001: 440ff.) oder – im schlimmsten Falle – auflöst und so etwas wie eine globale Homogenisierung entsteht. Womöglich ist Frankfurt/Rhein-Main für solche Strömungen besonders empfindlich, weil keine Region Deutschlands derart international verflochten ist wie der Raum zwischen Mainz und Aschaffenburg. Und weil diese Metropolregion bislang ihre Eigenheiten noch nicht entdeckt hat. Eben deswegen wäre es angezeigt, solchen Tendenzen durch die Behauptung von Eigenheit entgegenzuwirken.

¹⁸ Frankfurt 2012. Wir sind dabei (2003): <http://www.wir-sind-dabei2012.de/information/frankfurtRM/landschaftsstadt/index.html>.

¹⁹ Eurostat: <http://eropa.eu.int/comm/eurostat/Public/datasshop/printcatalogue/dE?catalogue=Eurostat>.

²⁰ Vgl. Swyngedouw 1992; Dunford u.a. 1997.

Erschwerend kommt hinzu, dass der ökonomische Erfolg der Stadt Frankfurt und der Region nach dem Zweiten Weltkrieg nicht unwesentlich die Folgen eines großen Irrtums sind: Frankfurt war Hauptsitz des amerikanischen Hauptquartiers in Europa, bald Sitz der Bank Deutscher Länder und des bizonalen Wirtschaftsrates. Vielen Beobachtern, zumal denen aus der Wirtschaft, schien damals ausgemacht, dass Frankfurt die neue Hauptstadt Westdeutschlands werden würde, weshalb zahlreiche Unternehmen ihre Verwaltungszentralen in die Stadt am Main verlegten²¹. Es ist anders gekommen. Heute sind die Stadt und die Region als Dienstleistungszentrum zwar nicht akut bedroht, aber die Zeichen mehren sich, dass Stadt und Region daran arbeiten müssen, sofern die Metropolregion ihren Platz im europäischen Standortwettbewerb halten will. In einer der jüngsten Veröffentlichungen des GaWC-Research-Bulletins heißt es: „We characterize Frankfurt and Tel Aviv as ‚emerging‘ nodes (...) Flows of information, capital and investment are inherently volatile. An important node location can easily be by-passed in a network structure and the flows re-routed (...) Truly global places, such as New York and Tokyo, exhibit global profiles across a whole range of activities. Emerging node status is thus a *stage* rather than a permanent *state* (Hervorh. d. Verf.).“²²

XI. Globalität und Lokalität

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main hat das Potenzial, solche Herausforderungen zu meistern. Das setzt aber zweierlei voraus: Es bedarf einer gemeinsamen Strategie in der Region und einer Gruppe von Landes- und Kommunalpolitikern, die bereit sind, die Metropolregion zu stärken. Ein zentrales Element der Strategie könnte die konsequente Entwicklung der Stadtlandschaft sein, die intra- wie interregional zu einem Qualitäts- und womöglich zu einem Alleinstellungsmerkmal werden könnte, sofern Wille und Entschlusskraft vorhanden sind. Ihr Bild wäre das der ökologischen Landwirtschaft in Sichtweite der Steuerungszentralen weltweiter Wissens- und Finanzströme als

²¹ Einen Überblick über die Unternehmen, die aus diesem Grund nach Frankfurt oder in das unmittelbare Umland gezogen sind, gibt Freund, Bodo (2002): Hessen. Perthes Länderprofile: Gotha, S. 96.

²² Felsenstein, Daniel/Schamp, Eike W./Shachar, Arie (2003): Emerging nodes in the Global Economy: An Introduction, GaWC-Research-Bulletin No. 101, 6. Februar, <http://www.lboro.ac.uk/gawc/rb/rb101.html>. Die Veröffentlichung ist die Einleitung zum gleichnamigen Buch der genannten Autoren. Siehe auch <http://www.uni-frankfurt.de/fb11/wigeo/schamp/schamp-veroeffentlichungen.html>.

Symbol der wechselseitigen Bedingtheit und des Durchdringens von Globalität und Lokalität.

Literatur

- Arminius*: Die Großstädte in ihrer Wohnungsnot und die Grundlagen einer durchgreifenden Abhilfe. Leipzig 1874.
- Beaverstock, J.V./Smith, R./Taylor, P.J.*: A Roster of World Cities. GaWC-Research-Bulletin No. 5. <http://www.lboro.ac.uk/gawc/publicat.html>, 1999.
- Boesch, H.*: Die sinnliche Stadt. Essays zur modernen Urbanistik, Zürich 2001, S. 134.
- Böhme, G.*: Für eine ökologische Naturästhetik. Frankfurt 1989.
- Natur, die sind wir selbst, in: Der blaue Reiter. Nr. 9, 1999.
- Breen, B.*: Where Are You on the Talent Map? in: Fast Company, No. 42, 2001.
- Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Raumordnungspolitischer Handlungsrahmen, in: Raumordnung in Deutschland, Bonn 1995.
- Castells, M.*: The Social Theory of Space and the Theory of the Space of Flows, in: The Rise of the Network Society. 2001, S. 440ff.
- The Information Age, Vol. 1, The Rise of the Network Society, Oxford 2002
- Culturplan GmbH/Gerecht, K./Haselbach, D./Mackscheidt, N.*: Profilierung der Kulturregion Frankfurt Rhein-Main, eine Studie im Auftrag der Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main. Frankfurt 2001.
- Dangschat, J.*: Hamburg vor Köln und München, Berlin deutlich dahinter, Leipzig abgeschlagen. Warum und für wen der „Unsinn von Rankings“ Sinn macht, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Nachrichten, Nr. 1, 2001, S. 1ff. <http://www.arl-net.de/nachrichten/2001-1.pdf>.
- Dohna, U.*: Gegen „bemooste Vorurteile“, in: Das Gartenamt, Nr. 4, 1971.
- Dunford, M./Kafkalas, G.*: Neither Global nor Local: „Glocalization“ and the Politics of Scale, in: Cox, K. (Ed.): Spaces of Globalization. Reasserting the Power of the Local, Oxford 1997.
- Durth, W.*: Städtelandschaft. in: Koenigs, Tom (Hrsg.): Vision offener Grünräume, Grüngürtel Frankfurt, Frankfurt 1991.
- Faludi, A.*: Der Wiener Wald- und Wiesengürtel und der Ursprung der „green belt“-Idee, in: Raumforschung und Raumordnung. Heft 5, 1967.
- Fehl, G./Rodriguez-Lores, J.*: Die Stadt wird in der Landschaft sein und die Landschaft in der Stadt. Basel 1997.
- Felsenstein, D./Schamp, E./Shachar, A.*: Emerging nodes in the Global Economy: An Introduction. GaWC-Research-Bulletin No. 101, 6. Februar, <http://www.lboro.ac.uk/gawc/rb/rb101.html>, 2003.
- Financial Times Deutschland: Nur Dresden ist noch unbeliebter als Frankfurt, 27. November 2000, S. 10.

- Flagge, I.:* Neu vor Ort, in: Umlandverband Frankfurt (Hrsg.): *Der Regionalpark RheinMain*, Darmstadt 2001.
- Florida, R.:* *The Rise of the Creative Class – and How It's Transforming Work, Leisure, Community and Everyday Life*, New York 2002.
- Girot, C.:* Ansätze zu einer allgemeinen Landschaftstheorie, in: *Topos*, Nr. 28, 1999.
- Grabow, B./Henckel, D./Hollbach-Grönig, K.:* *Weiche Standortfaktoren*, Stuttgart 1995.
- Hard, G.:* Regionalisierungen, in: *Wentz, Martin (Hrsg.): Region, Die Zukunft des Städtischen*, Frankfurter Beiträge Bd. 5, Frankfurt 1994.
- Helbrecht, I.:* *The Creative Metropolis, Services. Symbols and Spaces*, in: *Wolkenkuckucksheim*, Nr. 1, 1998 <http://www.theo.tu-cottbus.de/wolke/x-positionen/Helbrecht/helbrecht.html>.
- Heng, S./Schaaf, J.:* Standortwahl in der vernetzten Welt – Kein Ende der Distanz, in: *Economics Internet-Revolution und New Economy*, Deutsche Bank Frankfurt, Nr. 30, 12. August, 2002.
- Hilberseimer, L.:* *The New City*, Chicago 1944.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) des Landes Nordrhein-Westfalen: *Europäische Metropolregionen*, 1998, http://www.ils.nrw.de/publik/schrift/135_kurz.htm.
- Körner, W.:* Der Frankfurter Grüngürtel als sozialer Raum: Diskurse, Raumbilder und Netzwerke - das Beispiel Sossenheim, Frankfurt 1998.
- METREX: *The Network of European Metropolitan Regions and Areas, Entwurf des Strategiepapiers*. 2003. http://www.eurometrex.org/DE/meetings/stuttgart_03/DE-GermanMetrosPaper2003-1.pdf.
- Möhrle, W./Piesk, S.:* Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Rhein-Main-Gebiet, FEH-Report Nr. 628, Forschungs- und Entwicklungsgesellschaft Hessen mbH, Wiesbaden 2001.
- Rozenblat, C./Cicille, P.:* *Les Villes européennes. Analyse comparative*, in: http://www.datar.gouv.fr/datar_site/datar_framedef.nsf/webmaster/actu_Rayonnement_vf?Open-document. 2003.
- Schmidt, E.:* Die Green Belt-Idee vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart und ihre Zukunftschancen, Teil 2, in: *Das Gartenamt*, Heft 9. 1971.
- Schultheis, J.:* Zwischen Heimatgefühl und Weltstadtanspruch, Die Region Frankfurt/Rhein-Main, in: *DISP, Metropolregionen in Westeuropa*, Nr. 152, 2003. S. 80ff. http://www.orl.arch.ethz.ch/disp/pdf/152/152_9.pdf.
- Sieverts, T.:* Die Stadt in der Zweiten Moderne. eine europäische Perspektive, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, H. 7/8, 1998.
- Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt. Raum und Zeit. Stadt und Land. Braunschweig 1999.
- Swyngedouw, E.:* The Mammon Quest. “Glocalization”, Interspatial Competition and the Monetary Order: The Construction of New Scales. in: *Dunford, M., Kafkalas, G. (Eds): Cities and Regions in the New Europe*. London 1992

Umlandverband Frankfurt (Hrsg.): Image-Studie Region Rhein-Main, Ansichten zur Region, Bd. 3, 1993.

Wells, H.G.: Anticipations of the Reaction of Mechanical and Scientific Progress upon Human Life and Thought. o.O. 1902.

Anmerkungen zur Planungsperspektive für den Lebensraum Rhein-Main

Von Thomas Sieverts

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit drei Aspekten, die mir beim Thema „Weiche Standortfaktoren“ wichtig erscheinen. Dazu gehören die Kluft zwischen Innen- und Außensicht, die Problematik der Kategorie „weiche“ Standortfaktoren im Allgemeinen und der Weg, der vor der Region des Rhein-Main-Gebietes liegt.

I. Diskrepanz von Innen- und Außenbezirk und Wege zu deren Überwindung

Stadt- und Regionalplaner für den Rhein-Main-Raum stehen vor einer widersprüchlichen Situation: In der Innensicht erscheint die Region im Lichte der gewaltigen Bautätigkeit der letzten fünf Jahrzehnte, des stark verlangsamten Wachstums und der leeren öffentlichen Kassen mehr oder weniger „fertig“ zu sein. Die Makrostruktur ist errichtet und lässt sich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nur noch ganz langsam umbauen. Planung hat in dieser Sicht ihren Dienst getan und scheint kaum noch nötig zu sein. Auf der politischen Tagesordnung steht Planung ganz unten, sie wird auf kommunaler Ebene personell und budgetär abgebaut und hat auch in der Hierarchie der Ministerien, Ämter und öffentlichen Meinung an Stellung verloren.

In der Außensicht sieht das Bild der Region Rhein-Main ganz anders aus: Aus internationaler, aus globaler Sicht wird der Rhein-Main-Raum als Gesamtstandort wahrgenommen und – wie das langsame, aber kontinuierliche Absinken des Rhein-Main-Raums in der Rangfolge der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa zeigt – nicht so günstig wahrgenommen wie die Innensicht es nahe legen würde: Offensichtlich schneidet die Region gerade in den letzten Jahren

bei Standortentscheidungen im Vergleich mit anderen europäischen Metropolregionen nicht mehr so gut ab wie früher.

In der Konkurrenz um die in Zukunft knappsten Güter: Jugend, Intelligenz und wohlhabende, aktive Alte – alles Gruppen, die in ihrer *Wohnortwahl vergleichsweise frei* sind – ist der Rhein-Main-Raum nicht optimal aufgestellt, weil diese Gruppen – das hat für die beiden erstgenannten Kategorien die Forschungsgruppe um Richard Florida (Pittsburgh) nachgewiesen – nicht nur die Chancen eines vergleichsweise guten Arbeitsmarktes, sondern auch besonders gute und interessante Lebensbedingungen suchen. In dieser Hinsicht sind Norditalien, der süddeutsche Raum, die Stadtregionen von Paris und London einfach interessanter und anregender: Das ist für den Rhein-Main-Raum deswegen so wichtig, weil die Standortentscheidungen von F&E-orientierten Unternehmen zunehmend vom Vorhandensein einer – wie Florida sie nennt – „supercreative class“ abhängig sein werden. Aus der globalen Außensicht beurteilt, müsste der Rhein-Main-Raum – um auch weiterhin in der Konkurrenz der Europäischen Metropolregionen ganz vorne mitspielen zu können – dringend eine qualifizierende Regionalplanung betreiben.

Die Überwindung der Diskrepanz zwischen Innen- und Außensicht ist jedoch sehr schwierig, weil sich der Rhein-Main-Raum in den Köpfen seiner Bewohner überhaupt nicht als etwas Zusammenhängendes darstellt. Traditionelle Konkurrenz der Kommunen überwiegt bei weitem das Bewusstsein der regionalen Zusammengehörigkeit. Das Konstrukt einer Rhein-Main-Region kann leider auch nicht einfach durch eine Verwaltungsreform von oben verordnet werden, selbst wenn die Landesregierung sich der Notwendigkeit einer Überwindung der Diskrepanz bewusst wäre, was sie aber ganz offensichtlich überhaupt nicht ist, wie ihre langjährige Politik zeigt. Der Weg zu den Grundzügen eines Regionalbewusstseins als Voraussetzung einer differenzierten Regionalpolitik wird noch zäh und mühsam werden – auch deswegen, weil es der Region wirtschaftlich noch vergleichsweise gut geht.

II. Grundzüge einer qualifizierenden Planung mit der Perspektive einer „Stadt-Regional-Union“

Ein Regionalbewusstsein entsteht nicht durch verbale und mediale Aufklärung allein, es bedarf der praktischen Projekte, an denen Zusammenarbeit geübt und erprobt wird. Projekte dieser Art sind in drei unterschiedlichen Bereichen angesiedelt: Im Bereich der Entwicklung des regionalen Landschaftsparks, der alle Elemente miteinander verbindet, im Bereich der je nach

Geschichte, Charakter und Absicht differenzierten, sich ergänzenden arbeits-teiligen Profilbildung der Gemeinden und nicht zuletzt im Bereich der Qualifi-zierung der typischen Bauelemente der künftigen Regionalstadt.

Qualifizierende Planung bedeutet in einer Region wie Rhein-Main, in der durch Zuwachs die Gesamtstruktur nur noch sehr langsam verändert werden könnte, im Regelfall Transformation des Vorhandenen. Hier zeigt sich, dass die in der Regionalwissenschaft übliche kategoriale Unterscheidung von „harten“ und „weichen“ Standortfaktoren sehr problematisch ist, weil sie impliziert, dass es sich dabei um getrennte Gegenstände handele: Wenn erst einmal die „harten“ Grundlagen der Produktion funktionieren, dann könne man sozusagen die „weichen“ Merkmale hinzufügen als Verschönerung, als schöne Zutat, als ergänzen-de Kompensation. Dieses Schwarz-Weiß-Denken in sich gegenseitig ausschließenden Kategorien zeigt sich z.B. auch im Versuch des kompensato-rischen Ausgleichs zwischen (funktionalen) Eingriff und (ökologischem) Aus-gleich, zwischen (funktionaler) Verkehrsstraße und (humaner) Fußgängerzone, zwischen hässlicher Stadt und schöner Landschaft.

Das Wesen von qualifizierender Transformation im Landschaftsraum jenseits der dichtest besiedelten Kernstädte, also der Zwischenstadt, besteht ja nun aber gerade darin, die vielen Funktionssysteme, die sich nach dem Ausbruch aus der Alten Stadt, wo sie durch die Zwangsenge von Wall und Graben bzw. nicht vorhandener motorisierter Verkehrsmittel zu gegenseitiger Rücksichtnahme, Überlagerung und Mehrfachcodierung gezwungen waren, die sich nur ihren monofunktionalen Eigenlogiken folgend rücksichtslos entwickelt und funktional differenziert haben, jetzt zu „kultivieren“: Das heißt, sie müssen selber mit „weichen“ Qualitäten ausgestattet werden, um sie jenseits des gegenwärtigen dysfunktionalen und hässlichen Wirrwarrs durch Umbau und Umgestaltung wieder anschluss- und integrationsfähig zu machen. Hierzu einige Beispiele:

Industrielle Landwirtschaft

Das System der *Industriellen Landwirtschaft* mit ihren großen, „ausgeräum-ten“, unbetretbaren Flächen muss als wichtigster Nutzer der Freiräume durch Überlagerung mit ökologischen Ausgleichsnetzen und durch Erholungswege wie auch durch eine Öffnung der „Agrarfabriken“ für touristische Dienstleistun-gen und Direktvermarktung wieder in die Stadtregion integriert, kultiviert und humanisiert werden: Der „harte Faktor“ Nahrungsmittelproduktion für den Weltmarkt muss zusammengebracht werden mit „weichen“ humanen Qualitä-ten.

Straßennetze

Die Verknüpfungspunkte des Hochleistungsstraßennetzes müssen mit dem Stadtstraßennetz Flächen sparernder verknüpft und in ihrer Gestalt und Form so umgebaut werden, dass sie in ein Stadtgefüge integriert werden können: Der harte Faktor „Verkehrsleistung“ muss zusammengebracht werden mit dem unterschiedlichen Verkehrsverhalten und der Stadtgestalt.

Parkplätze und Einkaufszentren

Die sich selbst in Maßstab und umgebender Parkplatz-Asphaltwüste isolierenden Einkaufszentren müssen wieder zu in der Stadt integrierten Märkten transformiert werden: Umsatz- und Profitmaximierung müssen wieder sozialpflichtig werden.

Bei derartigen qualifizierenden Transformationen lassen sich – wie skizziert – „weiche“ und „harte“ Standortfaktoren nicht trennen, im Gegenteil, der Kern der Aufgabe besteht in ihrer untrennbarer Integration!

III. Wege vom Vorort über die Zwischenstadt zur Stadt-Regional-Union

Erst in einer Art von Regionalstadt – also erst wenn die Rhein-Main-Region von ihren Bewohnern ebenso wie in der globalen Perspektive als ein zusammenhängendes Stadtgebilde von eigener Art begriffen wird – kann die eingangs genannte Diskrepanz zwischen Innenbild und Außenbild aufgelöst werden zu einem neuen gemeinsamen Stadtverständnis. In der Rhein-Main-Region gibt es durchaus gute Ansätze zu regionalen Projekten, die wichtige Elemente eines zukünftigen, zusammenhängenden Stadtgebildes sein können und bei deren Planung und Realisierung ein Regionalbewusstsein eingeübt und gefestigt werden kann.

Der wichtigste Ansatz – in ersten Schritten schon realisiert – ist ohne Zweifel der Regionalpark als ein Wegenetz eigenen Charakters, das alle zukünftig wichtigen Elemente der Region miteinander verbinden wird. Von vergleichbarer Bedeutung kann die in der Planung schon konkretisierte „Route der Industriekultur“ werden, die komplementär zum „grünen“ Weg des Regionalparks durch die große Industrielle Vergangenheit führt. Die gemeinsamen Anstrengungen der Bewerbung um die olympischen Spiele könnten auch nach dem

Scheitern im nationalen Wettbewerb wenigstens zum Teil als regionale Spiele realisiert werden, organisiert als großes, die Region zusammenführendes „Friedensfest“! (Ganz wie im alten Griechenland, wo während der olympischen Spiele unter den Griechenvölkern Friede herrschten musste und die als gemeinsame Wettkämpfe zur Griechenidentität Entscheidendes beigetragen haben!)

Über weitere Ideen wäre nachzudenken: z.B. eine regionsweite, aufeinander abgestimmte Differenzierung der Schulschwerpunkte, mit sich in der Region ergänzenden Bildungsschwerpunkten; oder Initiativen von Künstlern, vernachlässigte, vergessene Punkte der Region durch künstlerische Besetzung ins Bewusstsein zu bringen; oder – eigentlich nahe liegend – eine sich ergänzende Abstimmung der Spielpläne für Theater und Musik in der Region, mit einer gemeinsamen Werbung.

Alles dies sind Beispiele für gemeinsame regionale Aktivitäten, die ohne Verwaltungsreform, sozusagen durch „vorpolitische“ Absprache und Verträge, realisiert werden könnten. Die sich ergänzende Profilierung der Gemeinden im Sinne eines Gebens und Nehmens bedarf zwar der engen interkommunalen Kooperation und Abstimmung, wäre aber auch gegenwärtig schon ohne Verwaltungsreform möglich: Vielleicht führt wenigstens der Zwang zum Sparen und damit der Zwang zur Economy of Scale (dort, wo sie sinnvoll ist) zu einem Einstieg in eine darauf aufbauende Kooperation mit kulturellen Zielen.

Die „Stadt-Regional-Union“ – was auch immer das im Einzelnen sein wird – wird nicht am Anfang dieses Weges stehen können – z.B. durch eine verordnete Verwaltungsreform. Die Stadtregion könnte man vielleicht vergleichen mit der „Europäischen Union“: Erst am Ende eines langwierigen, mühsamen Prozesses der Handelserleichterungen, der Kulturveranstaltungen und des Sich-kennenlernens steht jetzt eine Verfassung zur Diskussion. Der lange und letztlich erfolgreiche Weg zur Entwicklung der EU lehrt: Es gibt keinen Grund zur Resignation. Der Weg ist schon das Ziel und er muss auch Spaß machen, damit er mit Lust und Liebe begangen wird!

Anforderungen zur Freiraumsicherung in Rhein-Main im Sinne einer Regionalentwicklung der Zukunft

Von Klaus Werk

Im Folgenden skizziere ich Aspekte zur Freiraumsicherung im Rhein-Main-Gebiet. Die Aspekte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es wird hierzu auf den Aufsatz von Fürst und Löb in diesem Band verwiesen. Die Aspekte, die hier behandelt werden, ergeben sich aus der spezifischen Situation des Rhein-Main-Gebiets (RM) in Bezug auf die Freiraumsicherung.

Die Freiräume im Ballungsraum RM haben eine wachsende und große Bedeutung als weicher Standortfaktor. Sie bestimmen wesentlich die *ökologischen Ausgleichsfunktionen* der Region und sichern ihre Zukunftsfähigkeit. Boden-, Wasserhaushalts- und Klimafunktion sind in gewisser Weise ausschlaggebend für die stadt- und regionalökologischen Prozesse, auch für die Sicherung der Infrastruktur, die Basis der Landnutzung und der regionalen Versorgung. Eine nachhaltige und hochwertige Wasserversorgung oder die langfristige Gewährleistung der Ausgleichsfunktion der Waldungen im Rhein-Main-Raum für das regionale Klima ist wesentlich. Weitläufige, zusammenhängende Flächen im regionalen Biotopverbund, einschließlich solcher der Wildnis und des Prozess-Schutzes, gewährleisten Mannigfaltigkeit und Einmaligkeit des Freiraumerlebens. RM hat hier außerordentlich hohe Potentiale und einmalige Vorkommen.

Die Freiräume im Ballungsraum RM sind Grundlage einer zukunftsweisen-
den *Rekreationsmöglichkeit* der hier lebenden etwa 4 Millionen Menschen. Die räumlichen Potentiale für eine adäquate und auf das Wohnumfeld abgestimmte Rekreation mit einer Inanspruchnahme der ganzen Region im Sinne einer Regionalstadt sind als weicher Standortfaktor zu fördern und von ausschlaggebender Bedeutung. Hierzu zählen die Freiräume in ihrer jeweiligen differenten Funktion; diese muss man herausarbeiten und ablesen können. Hierbei bewahren und gewinnen die Freiräume ihre eigene Identität und wecken gegenseitiges Interesse. Konformität ist hier nicht sinnstiftend.

Die Freiräume im Ballungsraum RM sind Zeugnisse der kulturellen Entwicklung und geschichtlicher Ausdruck der regionalen Entwicklung. Sie sind dabei jeweils spezifisch ausgeprägt. Sie sind Platz und Beziehungspunkt von Heimatempfinden und geben das Gefühl der *Orientierung* im Raum. Aus dem Freiraum wird die Region historisch ablesbar und findet ihre räumlichen Identitäten. Insofern gewinnen Freiräume Inhalte und stifteten die regionale Unverwechselbarkeit mit. Ein neues Bemühen um Heimat und Bestimmen von Eigenart führen den Freiraum den Menschen zur Aneignung zu und lassen eine individuelle positive, nachwirkende Erfahrung und so Wertbeimessung zu. Dadurch vermittelt der Raum Sicherheit und Orientierung.

Damit haben die Freiräume eine *kulturelle*, eine *soziale* und eine *ökologische Funktion*, welche die Zukunftsfähigkeit des Ballungsraumes RM wesentlich fördern oder bremsen können, je nach ihrer Ausprägung und Entwicklung. Wichtig sind sowohl ihre quantitative also größtmögliche Ausprägung wie auch die Qualität ihrer Ausstattung und Lage bzw. die räumliche Zuordnung und Funktion.

Gerade die soziale und kulturelle Dimension bekommt eine zunehmende Relevanz im Lichte der weiteren demographischen Entwicklung. Die *Ansprüche* an den Freiraum und seine Aneignungsfähigkeit *wachsen* und ändern sich. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist die höhere Mobilität, die Flexibilisierung im Arbeitsprozess und im Tagesablauf von Arbeit und Freizeit. Bis ins hohe Alter bleiben die Menschen mobil und erheben ihre Ansprüche nach Rekreation im Freiraum. Das *Bedürfnis nach Naturerleben und Naturnähe wächst* und gewinnt auch wieder eine heimatliche, wohnumweltbezogene Komponente. Dies betrifft prosperierende Metropolregionen wie RM besonders, um hier zukunftssträchtig die Freiraumqualitäten zu sichern und zu fördern. Dabei ist die Lage, Erreichbarkeit, Identität und Zuordnung der Freiräume ausschlaggebend. Die Freiräume werden aber auch als Kommunikationsbereich wichtiger, um Erfahrungen der direkten Kommunikation zu suchen und zu befriedigen, die im Alltag heute oft technologisch überlagert sind.

Die polyzentrale Struktur des RM-Raumes bietet herausragende und einmalige Chancen für eine zukunftsweisende Freiraumsicherung und regionale Qualität. Durch die vorhandene polyzentrale Lage sind vielfache Potentiale und Schätze vorhanden, die gefördert und gehoben werden können. Voraussetzung ist, dass analog der Zwischenstadtpheomene die Ablesbarkeit der Region und der Stadtlandschaften durch eine effektive Sicherung dieser Freiräume bewahrt bleibt und klare Zäsuren zum Siedlungsbereich erfolgen. Die urbanen Zentren wie Frankfurt-Stadt können gerade aus den regionalen Freiräumen ablesbar und erlebbar werden und Identität stifteten. Bewohnte Stadt und Freiraum bestimmen

sich gegenseitig. Allerdings ist festzustellen, dass sich die Freiraumsituation nicht verbessert: Der Druck auf die Freiräume wächst. Eine polyzentrale Struktur weist sehr hohe Randeffekte und -dichten auf, die auf die noch vorhandenen Freiräume einwirken und diese bedrängen. Der Flächendruck nimmt zu. Und gerade in prosperierenden Ballungsräumen nimmt der Wohnflächenbedarf trotz sinkender Einwohnerzahlen in den Citylagen zu, weil der Anteil an Single-Haushalten und Kleinfamilien wächst. Gleichzeitig sind absolute Zuwächse in den Randbezirken zu verzeichnen, die in RM die höchsten Freiraumpotentiale noch vorhalten. Die Gefahren sind also immens. Die *Kommunalpolitik* reagiert hierauf nicht engagiert und wird ihrer Steuerungsfunktion in keiner Weise gerecht. Dementsprechend gibt es in RM keine klare regionale Verantwortung und Steuerungskompetenz. Nach wie vor wird von den gemeindlichen Kirchtürmen mit etwas Sicht über den eigenen Tellerrand hinaus regiert und dies ist gemessen an den Chancen und Gefahren verantwortungslos. Man kann sagen, „der Region geht es anscheinend noch nicht schlecht genug, als dass sich Lösungen aufzwingen“. Zu ergänzen wäre, dass dann, wenn sich Zwingendes ergibt, es meist zu spät ist.

Die Region RM weist noch im Wesentlichen alle Potentiale für eine sehr gute regionale Freiraumkonzeption auf. Viele Wohnquartiere weisen eine hohe Grünversorgung im Wohnumfeld auf. Bei der Standortwahl der Wohnungssuche bildet die *Grünversorgung* heute in RM bei bis zu 60 bis 80 Prozent der Bürger den *Eckwert* ihrer *Entscheidungsfindung*. Dies ist sehr bedeutsam und wirkt als weicher Standortfaktor.

Notwendig ist eine *gediegene Ausstattung* und adäquate, funktionsangemessene Unterhaltung der *Stadtplätze und Stadtparks* in den urbanen Zentren der Region RM. Diese liegen im weiteren Netz der Grünzüge und Grüngürtel der Stadtlandschaften, die demgegenüber eine höhere Multifunktionalität aufweisen und für die Rekreation und differenzierte sportliche und sonstige Freizeitaktivitäten das Rückgrad bilden, die Vernetzung zur freien Landschaft garantieren und als Orientierungssachsen dienen. In diesen Grünzügen ist eine extensivere Nutzung und Unterhaltung angezeigt, die hinsichtlich der Unterhaltungskosten bereits mit Komponenten der Land- und Forstwirtschaft zu unterfangen ist.

Die Identitätsstiftung im Rahmen der Freiraumsicherung im Außenbereich und die Verhinderung negativ wirkender Prozesse der Zwischenstadtpfänomene und der regionalen suburbanen Verbreitung gewährleistet insbesondere das Konzept des *Regionalpark Rhein-Main*, der mit dem urbanen Grünsystem vernetzt entwickelt werden muss. Diese Regionalparks sind keine klassischen Parks, sondern gewährleisten durch eine adäquate Grundausstattung und Er-

schließung für die freiraumgebundene, stille Erholung die Möglichkeit der Aneignung des regionalen Freiraums. Dieser bleibt einer multifunktionalen Nutzung und der Naturraumausstattung mit natürlichen Elementen zugeführt.

Hier wird freie Landschaft erfahrbar. Hier findet Landnutzung statt, die erlebbar und ablesbar wird und die ihre Vermarktungschance auch in einer regionalen Produktbestimmung neu gewinnen kann. Dies wird sich insbesondere auf Sonderkulturen und den Gartenbau erstrecken können.

Für die *naturschutzbezogenen Ziele* in einer Offenhaltung der Landschaft und einer standortbezogenen notwendigen Grünlandnutzung ist es ausschlaggebend, ob eine Tierhaltung in der Region und damit Tier haltende Betriebe gewährleistet bleiben können. Nur so werden sich Ziele in einer Freiraumsicherung offener Landschaften mit kongruenten Zielen zum Naturschutz einhalten und einlösen können. Freiraumsicherung ist insofern eng mit neuen zukunftsfähigen Zielen in der Agrarwirtschaft und speziell der Tierhaltung verbunden und einer entsprechend darauf abgestellten Vermarktung ausgerichtet. Dies steht leider noch sehr in den Anfängen.

Die Region RM ist bestimmt durch ihre zwei großen Ströme Rhein und Main. Sie sind nicht von ungefähr Namen gebend. Sie bilden ein wichtiges strukturelles und ökologisches Rückgrat der landschaftlichen Region. Beide Flüsse müssen als erstes in einem regionalen Konzept der Freiraumsicherung aufgehen und mit Priorität als *prägende Achsen* entwickelt werden. Zugleich gilt dies abgeschichtet für die weiteren, den Raum gliedernden Flüsse und Bachsysteme. Als Beispiele dafür dazu seien benannt: Kinzig, Nidda und Wetter, der Vortaunus, Mümling, Gerschprenz, Nahe, Aar und Wisper. Diese Systeme mit einem dazugehörigen Auensystem sind ökologisch für die Potentiale des Naturhaushaltes wesentlich und sind zugleich Achsen mit zwingender Durchgängigkeit. Daher bieten sie sich mit Priorität für ein regionales Konzept der Freiraumsicherung an, das zugleich eine hohe landschaftliche Eigenart aufweist, von sehr hoher Erlebnisqualität ist und diverse Aktivitäten der Bewegung zulässt.

Der Ballungsraum RM ist ablesbar und erfahrbar durch seine *Raumkanten*, insbesondere die von Taunus, Bergstraße und Spessart/Vogelsberg. Damit ist eine klare räumliche Definition und somit Eingrenzung landschaftlich möglich, wie es andere Regionen in der Klarheit oft nicht aufweisen können. Grenzen sind immer spannungsreich; sie sind hier natürlich nicht hart, sondern weich bis dynamisch. Große Chancen für den Kernbereich RM liegen in den *angrenzenden großen Landschaftsräumen* der Naturparke. Ihre *Vernetzung mit den urbanen Zentren* selbst ist sicher zu stellen. Verdichtungsraum und Naturparke müssen miteinander in Beziehung gesetzt werden und ihre Funktionen zueinan-

der besser erfüllen. Hier bedarf es weniger einer neuen Planung, sondern mehr von projektorientierten Entwicklungskonzepten. Besonders gilt dies für diejenigen die Region nach außen vernetzenden und einfassenden Projektgebiete wie den Natur- und Geopark Bergstraße/Odenwald, die Naturparke Taunus und Rheingau-Taunus sowie das Weltkulturerbe Mittelrheintal. Diese Bereiche haben eine sehr hohe landschaftliche Qualität und spezifische Eigenart, die zusammen mit den Flusssystemen RM eine außergewöhnliche Qualität verleihen und welche die Region für ihre Freiraumstrategie nutzen müsste.

Die Freiräume in RM haben jeweils ganz besondere *historische Wurzeln* und weisen bedeutende Merkmale ihrer Genese als Kulturlandschaftsteile auf. Dies betrifft viele Formen der Landnutzung und Zeugnisse hieraus, die noch vielfach bestimmbar sind. Diese können ganz wesentlich beitragen, die Aneignung für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar und verständlich zu machen und Gründe zu verdeutlichen. Herausragend sind in RM die historischen und auch modernen Zeugnisse der Gartenkunst. Diese Elemente sind mit ihrem Freiraum verknüpft und müssen so in ihrer Spezifik herausgearbeitet und regional bekannt werden. Hier liegt ein ganz besonderer Schatz für die regionale Identität, dies sind Wurzeln der Region. Sie liegen eingebettet in ihrem Freiraum, ob im Innenbereich, im Außenbereich oder im Zusammenhang mit Schlössern und Klöstern. Der vorhandene Formenschatz ist im regionalen Vergleich außergewöhnlich groß.

Natürlich bedarf es der planerischen Vorsorge. Konzeptionell ist dies am ehesten im Rahmen der *Landschaftsplanung* möglich. Gerade die *Kommunen* und der *Planungsverband* sind aufgerufen, sich dieser Aufgabe ganz besonders und aktuell neu anzunehmen. Neuer Planungsinstrumente bedarf es nicht. Die Willensbildung in der Kommune im Planungsprozess zu ihren Freiräumen dürfte ein Ausschlag gebendes Moment sein. Natürlich muss dies abgewogen und in die räumliche Gesamtplanung übertragen werden. Wer die kommunalen Pläne studiert, wird aber feststellen, dass *Aussagen* hierzu sehr rar sind. Und als maßgeblich bleibt auf übergeordneter Ebene die deutliche Akzentuierung der regionalen Grünzüge im Regionalplan, die die *Freiraumsicherung* zur Grundlage haben. Das Planerische ist zur Freiraumsicherung aber nicht die allein entscheidende Frage. Viel bedeutender ist eine Projektorientierung, die Realisierung von Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -steigerung. Hierdurch bekommen die Freiräume ihr Rückgrat und ihre Dimension. Hierdurch bekommen sie die Chance der Aneignung und gewinnen einen erfahrbaren Wert, der aus Plänen nicht entspringt. Gefragt sind also klare Projekte, die zielführend realisiert werden und für die Träger gefunden werden müssen. Hier scheinen keine kleinen Lösungen auf kommunaler Ebene angezeigt, welche die einzelnen Gemeinden

überfordern. Richtig ist eine regionale Organisationsform, die auch als Klammer von RM funktioniert.

Hoheitliche Elemente sind für eine Rahmensexzung und die generelle Sicherung der großen regionalen Freiräume für die landschaftliche und siedlungsbezogene Raumgliederung wichtig und nicht zu vernachlässigen. Hier bedarf es keiner Detailregelungen, die der Projektebene vorbehalten bleiben müssen. Rahmensexzung soll dabei auf Nachhaltigkeit und Dauerhaftigkeit orientieren. Freiräume sind Bereiche langwieriger Entwicklung und Ausformung. Sie sind bestimmt durch flächenhafte, natürliche Elemente insbesondere Grünzüge sowie Gehölzformationen, die ein langes Wachstum haben. Diese überregional wirksamen, regional gliedernden Freiräume müssen dauerhaft bestimmt sein. Dies gilt nicht für alle Grenzlinien und Ränder, wohl aber für die Kernzonen. Und hier bietet sich auch weiter das Instrument des *Landschaftsschutzgebietes* an, das gerade die Freiraum gebundene Erholung als Zweckbindung kennt und das verfahrensmäßig leicht anpassbar ist aber die Schwellen der Abwägung deutlich anders bestimmt und vorzieht. Es ist ein Instrument der Vorsorge und Gefahrenabwehr. Die Notwendigkeit dazu wird ablesbar aus einem Vergleich der historischen Zeitaufnahmen und einer Luftbildinterpretation vom RM.

Im Mittelpunkt steht der Mensch. Nur wenn es gelingt, die Freiräume qualitativ so zu entwickeln, dass sie den *Bedürfnissen der Menschen* an ihre Rekreation und Erlebnissuche gerecht werden, wird es gelingen, dass diese Freiräume angeeignet werden. Damit bekommen sie eine besondere Wertdimension und können sich so in der regionalen Gesamtentwicklung behaupten. Sie werden erst dann als solche verteidigt, weil sie *wertbestimmt* sind und real zum weichen Standortfaktor werden. Dies ist kein Plädoyer für eine unangemessene Möblierung oder dauernde Events. Ganz im Gegenteil. *Es muss versucht werden zu verstehen, was an welcher Stelle nachgesucht wird und in welchen Bereichen gerade die Suche nach einer nicht technisierten Welt und nach Naturnähe im visuellen, akustischen und taktilen Verhalten der Menschen vordringlich ist.* Es geht um eine Kompensationswirkung im umfänglichen Sinne, welche die Freiräume gewährleisten können. Dies bedingt eine Abfolge von großer Ruhe bis zu Bereichen der besonderen Ereignisse Belebtheit.

Notwendig ist in jedem Fall ein schlüssiges Konzept der Orientierung und der Ermöglichung des Ablesens der räumlichen Qualitäten in den Freiräumen der Region RM. Hier gibt es deshalb viel zu tun, weil es in RM diese Potentiale noch vielfach gibt. Notwendig dazu ist es aber, die richtigen und geeigneten Träger und Akteure zu bestimmen und für diese Sache zu gewinnen. Ein wichtiger Partner könnte hier gerade eine *Dachgesellschaft* für den Regionalpark und das öffentliche Grün werden. Wenn man stark auf die Projektebene drängen

will, um gute Beispiele zu schaffen, dann muss eine klare Trägerschaft gegeben sein, die dies leistet. Und dazu gehört gleichzeitig die Gewähr der dauerhaften Nutzung, Unterhaltung oder Pflege, also die Qualitätssicherung durch diesen Träger. Sonst werden hierzu keine Bereitschaft und Verantwortlichkeiten entstehen.

Ohne diese Ziele in der Freiraumsicherung wird die Metropolregion RM keine Regionalentwicklung der Zukunft aufweisen können. Die *Freiraumentwicklung* ist ein *Schlüsselement* im Rahmen der weichen Standortfaktoren für eine Region. Der Freiraum ist ein lebenswichtiges und lebensspendendes Organ der regionalen Entwicklung in Rhein-Main.

Autorenverzeichnis

Peter Benz, *1942; Studium in Frankfurt; Staatsexamen Universität Frankfurt; Studienrat an der Justus-Liebig-Schule; Mitglied des Hessischen Landtages; Hauptamtlicher Stadtrat; seit 1983 Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt.

Dietrich Fürst, Prof. Dr. rer. pol., *1940; Studium der Volkswirtschaft in Kiel und Köln. Promotion und Habilitation Universität Köln. Berufung an die Universität Konstanz (1974). Ab 1981 Professor für Landesplanung und Raumforschung an der Universität Hannover. Bücher und Beiträge zu Entscheidungsprozessen im politisch-administrativen System, neuen Steuerungsmodellen für die regionale Ebene, Regionalisierung, Wandel des Staates, Akteursnetzwerken und Netzwerksteuerung, „place making“ und „regional governance“.

Busso Grabow, Dr., *1954; Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Augsburg, Forschungstätigkeit an der Universität Augsburg zu Themen der Gemeindesoziologie von 1979 bis 1984, 1985 Promotion im Bereich Operations Research, seit 1984 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Urbanistik, Berlin, Koordinator des Arbeitsbereichs Wirtschaft und Finanzen; 1996 August-Lösch-Preis für Regionalwissenschaften, Leitung einer Vielzahl von Projekten in den Feldern Kommunale Wirtschafts- und Standortpolitik, Innovations- und Technologiepolitik, Stadtmarketing, Informations- und Kommunikationstechnologien sowie E-Government; Tätigkeit als Gutachter in verschiedenen Jurys und Förderausschüssen; zahlreiche Publikationen zu den genannten Themen.

Stephan Löb, Dipl.-Ing., *1967; Studium der Landschafts- und Freiraumplanung an der Universität Hannover, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Landesplanung und Raumforschung, Forschung und Publikationen zu Regionalmanagement, Fragen der Regionalentwicklung, Planungstheorie und Planungskommunikation.

Lorenz Rautenstrauch, Dr., *1939; Architekturstudium an der TH Darmstadt; Arbeit in freien Stadtplanungsbüros; 1966 bis 1969 Assistent am Städtebaulehrstuhl Darmstadt; 1974 Promotion über das Thema „Berufsbild von Stadtplanern“; 1976 bis 2001 Umlandverband Frankfurt; Leiter der Hauptabteilung Planung, Aufstellung des Flächennutzungsplanes, des Landschafts- und des Generalverkehrsplanes für das Gebiet des Verbandes mit 43 Kommunen einschließlich Frankfurt; seit 1989 Initiierung des Projektes Regionalpark Rhein-Main; seit 1996 Geschäftsführer der Regionalpark Rhein-Main GmbH als Pilotprojekt; Gründung und Geschäftsführung weiterer Regionalpark-Durchführungsgesellschaften. Seit 2001 Planungsverband Ballungsraum Frankfurt Rhein-Main, Aufstellung des „Regionalen Flächennutzungsplanes“.

Fritz Schramma, *1947; Studium an der Universität zu Köln; seit 1988 Studiendirektor am Geschwister-Scholl-Gymnasium; langjähriges ehrenamtliches Engagement in Jugendarbeit, Kirchengemeinde, Sport- und Bürgerverein mit verantwortlichen Positionen in Vorstand und Vorsitzfunktion; seit über 20 Jahren in der CDU (Ortsverband-, Stadtbezirk- und Kreispartei-Vorstand); seit 1989 Mitglied im Kölner Rat; seit 1997 Mitglied im Fraktionsvorstand; von 10/1999 bis 9/2000 Erster Bürgermeister der Stadt Köln und Stellvertreter des Oberbürgermeisters; Vorsitzender der Aufsichtsräte verschiedener Institutionen, seit 2000 Oberbürgermeister der Stadt Köln.

Jürgen Schultheis, M.A., *1959; stellvertretender Ressortleiter der Redaktion Rhein-Main&Hessen der Frankfurter Rundschau. Studium Politische Wissenschaften, Mittlere und Neuere Geschichte und Philosophie in Erlangen und Frankfurt am Main. Gast des Ladenburger Kollegs der Daimler-Benz-Stiftung „Lebensperspektiven der Zwischenstadt“ am Beispiel Frankfurt/Rhein-Main, Mitglied des Redaktionsbeirates des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (BDLA), zahlreiche Moderationen und Beiträge zum Thema „Zukunft der Regionen“ und „Metropolregionen in Europa“.

Thomas Sieverts, *1934; Studium Architektur und Städtebau in Stuttgart, Liverpool, Berlin; Wissenschaftlicher Assistent, Lehrstuhl für Städtebau, Prof. Eggeling, T.U. Berlin; 1966 Gründung Freie Planungsgruppe Berlin (zusammen mit Kossak und Zimmermann); 1967 bis 1970 Professor für Städtebau, Hochschule für bildende Künste, Berlin; Gastprofessor an der Harvard-University; 1971 bis 1999 Professor für Städtebau, T.H. Darmstadt; Special Professor, University of Nottingham; Direktor, Internationale Bauausstellung Emscher Park; Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin; Seit 1978 Eigenes Planungsbüro in Bonn (Städtebau, Wohnungsbau, kommunale Beratung); seit 1996 Partnerschaft Büro Prof. Sieverts, Trautmann, Kny-Neczas – Stadtplaner und Architekten, jetzt S.K.A.T., Architekten und Stadtplaner, Bonn, Köln; Leiter des Forschungsprojekts „Mitten am Rand: Auf dem Wege vom Vorort über die Zwischenstadt zur regionalen Stadtlandschaft“, finanziert von der „Gottlieb-Daimler-und-Karl-Benz-Stiftung“; Mitglied der Sächsischen Akademie der Künste.

Kevin Stolarick, PhD, *1968; Lecturer in Information Systems, College of Humanities and Social Sciences and Researcher, Software Industry Research Center, H. John Heinz III School of Public Policy and Management, Carnegie Mellon University, Pittsburgh, Pennsylvania, USA. Teaches courses in Information Systems and in Regional Economic Development. Research interests include the relationship between firm performance and information technology and the impacts of technology, tolerance, talent, and quality of place on regional growth. Provided primary quantitative support for Richard Florida during development of his book *The Rise of the Creative Class*.

Friedrich Thießen, Prof. Dr. rer. pol., *1957; Studium in Köln, Frankfurt und den USA. Promotion Universität Köln. Habilitation Universität Frankfurt. Stipendien des DAAD und des Institute for Humane Studies in Washington. Shell AG, Hamburg, und Hoechst AG, Frankfurt. Professor für Finanzwirtschaft und Bankbetriebslehre an der TU Chemnitz. Bücher und Beiträge zum Internationalen Finanzsystem, Internetbanking, Risikokapital. Direktor des Rhein-Main-Institut, Darmstadt.

Holger Tschense, Dipl.-Ing., *1963; Studium für Bauwesen, 1989-1990 Leitprojektant für Umwelttechnik bei Sket in Leipzig, 1990 bis 94 Amtsleiter Amt für Wohnungs- wesen, 1994 Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Wohnen der Stadt Leipzig, 1998 Bürgermeister und Beigeordneter für Umwelt, Ordnung und Wohnen der Stadt Leipzig, seit 1998 Vorsitzender des Umweltausschusses des Deutschen Städtetages, seit 2001 Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport, seit 2003 Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Aufsichtsratsmitgliedschaften in verschiedenen Institutionen.

Klaus Werk, Prof. Dr., *1953; Studium der Naturwissenschaften und Diplom-Landes- pflege an der Uni Hannover, Diplom 1983; 1982-1987 Planungsbüro in Nord- deutschland (mit Prof. Schlüter); 1987-1989 Referendariat in Hessen, Staatsexamen; 1990-2002 Leitung der oberen Naturschutzbehörde im RP Darmstadt, später Abteilungsleitung; seit 2002 Professor an der Fachhochhochschule Wiesbaden (Umweltrecht und Planungsinstrumente) für 75 Kommunen einschließlich Frankfurt als Teil des Regionalplans Südhessen. Aufstellung des Landschaftsplans.